

Ausleihexemplar *Star*

Bitte zurück an:
Dokumentationsstelle für Frauenfragen
Schwarztorstrasse 51
3003 Bern

Dokumentationsstelle für
Frauenfragen
Eigerplatz 5 ~~Schwarztorstr. 51~~
3003 Bern

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/88

Claudia Kaufmann: Quoten - besser als ihr Ruf: Das umstrittene Mittel zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann Les quotas valent mieux que leur réputation! La voie contestée à la réalisation de l'égalité entre hommes et femmes	2-13 14-24
Heide M. Pfarr: Gleichstellung durch 'Sonderrechte'? - Zur Frage der Zulässigkeit und Effektivität von Quoten	25-32
Eva Rühmkorf: Quotierung und Frauenförderung in der öffentlichen Verwaltung	33-37
Mariette Bottinelli: Les possibilités de promotion de la femme par la Con- fédération en sa qualité d'employeur	38-40
Mascha Madörin: Erfahrungen mit der Quotierung in einer schweizerischen Partei	41-45
Vorschläge der Eidg. Kommission für Frauenfragen für die 10. AHV-Revision	46-55
Proposition de la Commission fédérale pour les questions féminines en vue de la 10e révision de l'AVS	56-64
Proposte per la 10a revisione dell'AVS presentate dalla Commissione federale per i problemi della donna	65-74
Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1987 Les activités de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1987 Le attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1987	75-78 79-82 83-86
Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse, Juli bis November 1987	87-91
Martine Chaponnière: L'actualité au féminin, août - novembre 1987	92-95
Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	96-103
Passagen: Marga Bührig: 'Spät habe ich gelernt, gerne Frau zu sein', Kreuz Verlag, 1987.	17, 18, 114, 115, 182, 183, 190, 217, 220, 221

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



11. Jahrgang, Nr. 1
 Januar 1988

herausgegeben von der Eidgenössischen
 Kommission für Frauenfragen, Bundesamt
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Claudia
 Kaufmann, Verena Laedrach-Feller

Abdruck der Beiträge nach Rücksprache
 mit der Redaktion und unter genauer
 Quellenangabe erwünscht. Belegsexemplare
 sind willkommen

Die in diesem Heft erscheinenden
 Beiträge sollen unterschiedliche
 Meinungen zum Ausdruck bringen,
 die zu kennen und zu diskutieren
 sich lohnt, die sich aber nicht
 mit jenen der Eidg. Kommission
 für Frauenfragen zu decken brauchen

Seit längerer Zeit angekündigt, steht
 die 10. AHV-Revision in den nächsten
 Monaten wohl im Rampenlicht der sozial-
 politischen Diskussion. Die Suche nach ei-
 ner befriedigenden Lösung wird durch die
 niederschmetternde Abfuhr, die die Revi-
 sion des Kranken- und Mutterschaftsver-
 sicherungsgesetzes erfuhr, sicherlich
 nicht erleichtert. Voreilige Rückschlüsse
 für die AHV-Revision sind jedoch nicht ange-
 bracht; wichtige Verbesserungen für Frauen
 und Männer, Angehörige aller Zivilstände
 drängen sich auf, will die AHV ihrem An-
 spruch als Sozial-Versicherung künftig ge-
 recht werden:

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen ver-
 öffentlicht hier die von ihr entwickelten
 Revisionsvorschläge. Im Mittelpunkt steht
 dabei die Umsetzung der seit Jahren ver-
 sprochenen sog. "Frauenpostulate" inner-
 halb eines Systems eigenständiger Renten-
 ansprüche für alle Personen, unabhängig
 ihres Geschlechts oder Zivilstandes.

"Quoten - Reizwort oder Wundermittel?" lau-
 tete der Arbeitstitel der von der Botschaft
 der Bundesrepublik Deutschland und dem
 Dienst für Frauenfragen des Bundesamts für
 Kulturpflege organisierten Tagung zur Frau-
 enförderungsmaßnahme 'Quotierung' in Poli-
 tik und Arbeitswelt vom 31. Oktober 1987.

Mit der Wiedergabe der Tagungsreferate
 ist auch der Schwerpunkt dieses Bulletins
 bestimmt.

Quoten als Mittel zur Verwirklichung der
 Chancengleichheit für Frauen stellt vor
 allem für diejenigen ein Reizwort dar, die
 sich noch gar nicht mit dieser Förderungs-
 massnahme beschäftigt und auseinandergesetzt
 haben. Kenntnisse über deren Formen, An-
 wendungsmöglichkeiten sowie über in- und
 ausländische Erfahrungen lassen nämlich
 deutlich werden, dass das Mittel der Quo-
 tierung unserem politischen System und un-
 serer Rechtsordnung längst nicht so fremd
 ist wie anfänglich vermutet: Unter dem
 Stichwort Proporz, Minderheitenschutz und
 Berücksichtigung der Sprachgemeinschaften ist
 es gang und gäbe, bei Stellenbesetzungen,
 Aemterverteilung oder Kommissionszusammen-
 setzungen auf eine adäquate Vertretung ver-
 schiedener Bevölkerungsgruppen zu achten.
 Weshalb also nicht auch Zielvorgaben zu-
 gunsten von Frauen? - Und noch eine Frage:
 Würden Quoten für MAENNER in der Haus- und
 Familienarbeit (ganz im Sinne der Illustra-
 tion auf S. 13) ebenfalls als ungerech-
 fertigte Bevorzugung des männlichen Ge-
 schlechts betrachtet? Falls nicht, steht
 ihrer Einführung zumindest aus diesem Grun-
 de nichts im Wege...

Claudia Kaufmann

Quoten - besser als ihr Ruf: Das umstrittene Mittel zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann *)

von Claudia Kaufmann

"Alle reden von Quoten,
keiner will Quoten,
aber überall gibt es Quoten --
für Männer !"

Heide Pfarr

I. Quoten: bekannter als oft vermutet

In der aktuellen Diskussion zur Gleichstellung von Frau und Mann taucht immer wieder ein Wort auf, das selbst bei Frauenförderungsmassnahmen nicht Abgeneigten Stirnrunzeln, oft gar auch kategorische Ablehnung hervorruft: Quoten stellen, soweit sie in der Schweiz überhaupt in einer grösseren Öffentlichkeit diskutiert werden, ein Reizwort dar.

Während ausländische Instrumente, die zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann eingesetzt werden, auch in der Schweiz Gegenstand von Diskussionen sind und - allerdings erst behutsam - auch angewendet werden (1), ist das Thema Quotierung immer noch weitgehend tabu. Dabei sind Quotenregelungen selbst in der Schweiz gar nicht so fremd, wie die Reaktionen vermuten liessen. Zum einen finden wir sie bei der Zuweisung von politischen Mandaten sowie von administrativen Aemtern in erster Linie für regionale und sprach-

liche Minderheiten (2). Auf Bundesebene sind hierzu insbesondere zwei Regelungen von Interesse: Die bundesrätlichen Richtlinien für die Bestellung, Arbeitsweise und Kontrolle von ausserparlamentarischen Kommissionen vom 3. Juli 1974 führen als eines der Kriterien für die Auswahl von Mitgliedern ausserparlamentarischer Kommissionen an: "Bei der Zusammensetzung von Verwaltungskommissionen mit nicht rein wissenschaftlich-methodischer Aufgabenstellung ist auf eine angemessene Vertretung der verschiedenen Regionen und Sprachgruppen, der Geschlechter und der Altersgruppen sowie der Interessengruppen zu achten" (3).

Exakter und daher auch schärfer ist die entsprechende Weisung zur Vertretung der sprachlichen Minderheiten in der allgemeinen Bundesverwaltung (4) formuliert: "Die Wahlbehörden achten darauf, dass das Verhältnis zwischen den Bediensteten deutscher, französischer, italienischer und rätoromanischer Muttersprache jenem der Schweizer Bevölkerung laut der offiziellen Statistik entspricht (...). Diese ausgewogene Vertretung der sprachlichen Gemeinschaften ist auf der Stufe der Departemente und wenn immer möglich auch auf jener der Aemter anzustreben. Sind die Minderheiten in den höheren Funktionen zu wenig zahlreich vertreten, ist im Falle von Wahlen oder Beförderungen bei gleichen Fähigkeiten Vertretern der sprachlichen Minderheiten der Vorzug zu geben" (Unterstreichung C.K.)

Zum ändern bestehen Quotenregelungen ebenso für den parteipolitischen Bereich. Hier finden wir bei zwei Parteien Regelungen, die spezifisch eine bestimmte Vertretung der Frauen in den Parteigremien garantieren sollen. Die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) beschlossen am 15. Juni 1986, 60% der Parteileitungsämter mit Frauen zu besetzen. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) entschied sich ihrerseits am Parteitag im Herbst 1986 für eine Quotenregelung, nach der Frauen in Parteivorstand, Geschäftsleitung sowie Kommissionen entsprechend ihrem Mitglied-

*) Deutscher Auszug aus "Les quotas valent mieux que leur reputation!", erschienen in: "L'égalité entre hommes et femmes. Bilan et perspectives" sous la direction de Charles-Albert Morand, Payot Lausanne 1987.

schaftsanteil, jedoch zumindest zu einem Drittel vertreten sein sollen.

II. Quotierung - intensivste Massnahme zur Frauenförderung

1. Zielsetzung

Wie bei allen Massnahmen zur Frauenförderung, die ja ihrerseits wieder ein Instrument zur Konkretisierung und Verwirklichung des Geschlechtergleichstellungsgebots darstellt, geht es bei Quotierungen darum, die auf der rechtlichen Ebene zumeist garantierte Gleichberechtigung in die Realität umzusetzen. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist ebendiese Garantie der Chancengleichheit. Bei der Quotierung steht folglich nicht individuelle Benachteiligung der einzelnen Frauen im Vordergrund, sondern sie stellt ein Mittel zur Gegensteuerung und zum Ausgleich statistisch nachweisbarer Untervertretung von Frauen in der Arbeitswelt oder in der Politik dar. Diese Untervertretungen beruhen auf den historisch gewachsenen, gesellschaftlichen Rollenzuweisungen, die ihrerseits wiederum die entsprechend traditionellen Strukturen in der Berufswelt und in der Politik zementieren. Ernst BENDA spricht in diesem Zusammenhang deshalb treffend von "struktureller Diskriminierung" (5).

Quotierungen streben demzufolge nicht an, im Arbeitsleben hauptsächlich direkte Diskriminierungen, wie sie beispielsweise bei der Verletzung des Lohngleichheitsgebotes oder Ausschluss von Frauen von einem bestimmten Berufszweig vorkommen können, zu bekämpfen, sie werden vielmehr zur Behebung indirekter, versteckter Benachteiligungen eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, zur adäquaten Partizipation der Frauen in den Lebensbereichen beizutragen, in denen Frauen bisher quantitativ und/oder qualitativ (6) stark unterrepräsentiert sind.

Diese Massnahmen, die darauf abzielen, den zahlenmässigen Anteil der Frauen so lange systematisch zu erhöhen, bis zwischen den Geschlechtern ein Gleichgewicht bei der Besetzung gewisser Positionen erreicht ist (7), stellen kompensatorisches

Recht mit quasi Uebergangscharakter (8) dar. Kann das Ziel erreicht werden und hat sich das Partizipationsverhältnis Frauen-Männer stabilisiert, wird die Quotenregelung unnötig und verliert ihre Rechtfertigung.

2. Verschiedene Formen der Quotenregelung

Es fällt auf, dass in den - oft polemisch geführten - Diskussionen um Quotierungen meist von "der" Quote, resp. "den" Quoten gesprochen wird. Diese Ausdrucksweise erweckt den falschen Eindruck, es gäbe ausschliesslich ein Quotensystem, die verschiedenen Quotierungsregelungen verlangten jeweils die selben Voraussetzungen und würden unter den gleichen Bedingungen angewandt. Mit diesen Formulierungen wird schliesslich simplifizierend suggeriert, die rechtlichen Aspekte (s. Punkt 3) stellten sich bei der Quotierung stets auf die gleiche Weise und müssten nicht je nach vorliegendem System einerseits und Anwendungsbereich andererseits differenziert werden.

In Wirklichkeit sind verschiedene Arten von Quotenregelungen sowohl auf dogmatischer Ebene denkbar, als auch in der Praxis anzutreffen. Zu unterscheiden gilt es zunächst, ob Quoten in Form von influenzierenden Massnahmen gewählt oder ob sie mit imperativem Charakter ausgestattet werden.

Bei der influenzierenden Quotierung wird versucht, "durch Einsatz abgestufter Mittel (...), auf das Verhalten der entscheidenden Instanzen Einfluss zu nehmen, und zwar nicht mit hoheitlich sanktionierten Zwängen, sondern vielmehr mit Anreizen und Begünstigungen in Gestalt von Subventionen, Kreditsicherungen, Auftragszusagen, Abschreibungsmöglichkeiten u.a." (9). Für den Staat als öffentlicher Arbeitgeber müssen diese Möglichkeiten wegfallen, da das Gemeinwesen hier sein eigenes Verhalten regelt (10).

Imperative Quotenregelungen werden unter "Einsatz hoheitlicher Befehls- und Zwangsgewalt verordnet und die Nichterfüllung mit Sanktionen verknüpft" (11). Innerhalb dieser imperativen Quotierung, bei der sehr oft Zweck und Zielsetzung der Quotierung im Mittelpunkt der rechtlichen

Anordnung stehen, gibt es unterschiedliche Quotierungsformen: In der Literatur wird zwischen strikten, starren einerseits und flexiblen, leistungsbezogenen Quoten andererseits unterschieden (12).

Bei starren Quoten werden Frauen eine bestimmte Anzahl resp. einen bestimmten Prozentsatz an Positionen eingeräumt, der nach ihrem Anteil an der Bevölkerung oder an der Erwerbstätigkeit festzulegen ist. Quotierungen im Arbeitsleben müssen dabei den spezifischen Gegebenheiten in den einzelnen Branchen und Qualifikationsstufen Rechnung tragen. Die Bestimmung der jeweiligen Prozentsätze ist auf die vertikale Vertretung der Frauen abzustimmen und an ihr zu messen. Die Festsetzung einer Quote für die Gesamtheit aller in einem Betrieb beschäftigten Frauen ist untauglich, da ja die Zielsetzung von Quotenregelungen darin besteht, Frauen nicht nur vermehrten Zugang zur Erwerbsarbeit zu schaffen, sondern ihnen gleichzeitig auch Posten in bisher vorwiegend von Männern vorbehaltenen Berufen und hierarchischen Stellungen zu öffnen.

Unter leistungsbezogener Quotierung wird die Verpflichtung verstanden, Frauen immer dann, "wenn sie gleiche Leistungen wie die männlichen Mitbewerber nachweisen können" (13), anzustellen, bis der festgelegte Prozentsatz erreicht ist. Auch Ernst BENDA spricht von "gleicher Qualifikation" (14) als Voraussetzung für die leistungsbezogene Quotierung.

Da in der Schweiz von den Befürworterinnen und Befürwortern von Quotenregelungen stets leistungsbezogene Quoten gefordert und erörtert werden, bietet es sich an, hier näher auf das Kriterium der 'gleichen Qualifikation' einzugehen. Was heisst "gleiche Qualifikation", auf welche Faktoren hat sie sich bei den Bewerberinnen und Bewerbern um einen Arbeitsplatz zu beziehen und wer soll schliesslich diese nicht unheiklen Fragen entscheiden?

Sibylle RAASCH (15) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Begriff der "gleichen Qualifikation" zu ersetzen sei durch den Ausdruck der "gleichwertigen Qualifikation", da es klar sein müsse, dass es angesichts der Verschiedenheit der Individuen niemals gleiche, sondern immer nur gleichwertige Qualifikationen geben könne. Die

Qualifikation einer Person im Hinblick auf eine bestimmte Stelle setzt sich ja stets aus verschiedenen Faktoren zusammen die es in der Gesamtbeurteilung zu werten, also nicht nur mit objektiven Präferenzen zu versehen gilt. Ausbildung, fachliche Kenntnisse, Berufs- und Lebenserfahrung, Eignung, Persönlichkeitmerkmale sind bei den Einzelnen verschieden und müssen bei der Stellenvergabe gegenseitig abgewogen werden. Bei diesem Qualifikationsvergleich dürfen jedoch keinesfalls Kriterien mitberücksichtigt werden, die zwar von allgemeinem Interesse, nicht aber für die frei gewordene Stelle relevant sind. So wären z.B. gewisse Fremdsprachenkenntnisse nur dort in einer Beurteilung beizuziehen, wo der Arbeitsplatz einen regelmässigen Gebrauch der gelernten Fremdsprachen mit sich bringt.

Diese Schwierigkeiten einer objektiven Beurteilung ersparen eine sorgfältige Prüfung der Qualifikationen nicht (16). Im Gegenteil, eine mehr oder weniger subjektive Beurteilung, die rational nicht mehr nachvollziehbar ist, kann sich leicht erneut zuungunsten der Frauen auswirken, indem ihnen eine im Vergleich zu männlichen Bewerbern schlechtere Eignung entgegengehalten wird. Das Leistungskriterium kann so als Instrument missbraucht werden, um Frauen auf schwer kontrollierbare Weise auszuschliessen (17), was durch Quotenregelungen ja gerade verhindert werden sollte.

Damit die beabsichtigte Chancengleichheit für männliche und weibliche Bewerber einigermaßen zur Anwendung gelangt, müssen entsprechende Massnahmen für die Gremien getroffen werden, die über die Vergabe der offenen Stellen entscheiden. Es bietet sich daher die Forderung an, vermehrt auch Frauen über die Eignung von Bewerberinnen und Bewerbern mitentscheiden zu lassen (18) resp. in Frauenförderungsmaßnahmen und insb. in Quotierungsregelungen zu bestimmen, dass Frauen direkt auf die Entscheidungsfindung Einfluss nehmen können (19). Es ist zu vermuten, dass unter diesen Voraussetzungen mindestens Vorgänge versteckter Diskriminierung ausbleiben oder zumindest seltener werden.

als weitere flexible Quotierungsform sind Zielvorgaben zu nennen, die stets auch leistungsbezogen formuliert sind.

Bei den Zielvorgaben wird ein gewünschtes Zahlenverhältnis für bestimmte Bereiche als Ziel festgehalten und ein fester zeitlicher Rahmen gewählt, in dem das Ziel erreicht werden soll. Ansonsten haben jedoch die jeweils zuständigen Entscheidungsstellen freie Hand, auf welche Art und Weise sie ihrer Verpflichtung nachkommen wollen (20).

Diese Form der Quotierung stellt für den Arbeitsbereich die aufgrund ihrer häufigen Anwendung wichtigste und politisch mit grösster Akzeptanz verbundene Quotenregelung dar (21).

Für alle Quotierungsformen gilt eine wichtige Voraussetzung: Damit sie nicht nur programmatische Absichtserklärung darstellen, sondern regelmässig auf ihre Durchführbarkeit resp. auf die Gründe ihrer Defizite untersucht werden und eine entsprechende Kontrolle erfolgt, muss eine Verpflichtung zur regelmässigen Berichterstattung für die Betriebe resp. eine Pflicht zur Bilanzierung für Parteileitungen bei Quotenregelungen im politischen Bereich festgelegt werden.

3. Verfassungsrechtliche Aspekte

Ausgangspunkt für die Beurteilung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Quotenregelungen bildet zunächst Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung (22), der neben dem allgemeinen Verfassungsprinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau und dem auch für private Arbeitsverhältnisse direkt anwendbaren Lohngleichheitssatz den Gesetzgebungsauftrag enthält, für die Gleichstellung (*égalité de fait*) von Frau und Mann sei zu sorgen (23). Die Wahl des Begriffes Gleichstellung, die prioritär in den drei Lebensbereichen (nicht etwa Rechtsgebieten) Familie, Ausbildung und Arbeit zu ver-



Aus Jansen Mechtild (Hg.): Halbe-Halbe, Berlin 1986, 71.

wirklichen ist, macht deutlich, dass Art. 4 Abs. 2 BV nicht nur die Gleichbehandlung von Frau und Mann auf rechtlicher Ebene anstrebt, sondern ebenso die faktische, gesamtgesellschaftliche tatsächliche Gleichstellung der Betroffenen umfasst (24). Eine tatsächliche Gleichstellung setzt gesetzgeberische - gleichberechtigende - Schritte voraus, bedingt jedoch zusätzlich weitere Bemühungen, wie sie bspw. Frauenförderungsmassnahmen beinhalten. Das verfassungsmässige Gleichberechtigungsgebot kann daher nicht ein blosses Diskriminierungsverbot darstellen, sondern enthält vielmehr im Gleichstellungsauftrag die weiterreichende positive Verpflichtung für staatliche Organe, "aktiv gestaltend für eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in der soziale Wirklichkeit einzutreten" (25).

Die staatliche Förderungspflicht ergibt sich aus dem aktuellen Grundrechtsverständnis (26), wonach der Gehalt der Grundrechte nicht ausschliesslich in der defensiven Gewährleistung von Freiheitsrechten liegt. Grundrechtsverwirklichung kann sowohl staatliche Enthaltensamkeit wie auch aktive Förderung des Grundrechtszieles durch das Gemeinwesen bedeuten und erfordern. Grundrechtliche Freiheitsgewährleistung beinhaltet deshalb oft die Gewährleistung der tatsächlich möglichen Inanspruchnahme des verfassungsmässig garantierten Rechts (27). Gegen die 'hartnäckig' festgefahrene und traditionsgebundene Schlechterstellung von Frauen vor allem in den bedeutenden Gesellschaftsbereichen Arbeitswelt und Politik bedarf

es gezielter, den einzelnen Gebieten angepasster Förderungsmassnahmen.

Zu einem ähnlichen Schluss gelangt Karl Heinrich FRIAUF bezüglich der staatlichen Förderungspflicht von Art. 3 Bonner Grundgesetz: Das Gleichberechtigungsgebot verlange einen Abbau des bestehenden Defizits an Gleichberechtigung, der zwangsläufig ein aktives Eingreifen des Staates, "also eine positive Förderung der Gleichberechtigung" erfordere: "Der sozialstaatlichen, auf effektive Herstellung der Gleichberechtigung der Geschlechter gerichteten Dimension des Gleichberechtigungsartikels wäre nicht genügt, wenn man dieses Grundrecht lediglich defensiv als Abwehrrecht gegenüber staatlichen Eingriffen verstehen würde (...) (28). Die Eidg. Kommission für Frauenfragen drückt in ihrem neuesten Bericht denn auch die Befürchtung aus, dass Gleichberechtigung auf dem Papier bleiben müsse, wenn der Staat nicht in ihrem Interesse dort etwas mehr regelt, wo er sich bis heute zurückhält und die Sozialpartnerschaft vorschützt. "Bleibt alles beim alten, bringt die Gleichberechtigung zwar einigen Frauen, vorwiegend aus der Mittel- und Oberschicht, ein Plus an Lebensmöglichkeiten, die Frauen aus der Unterschicht aber bleiben weiterhin nach Erfahrung und Entfaltung in engen Grenzen" (29).

Bei den Förderungsmassnahmen steht daher weniger der individualrechtliche Anspruch auf Gleichbehandlung, wie er in Art. 4 Abs. 2 BV gewährt wird, als vielmehr der "programmatisch-objektivrechtliche Gehalt" (30) des Gleichberechtigungsgebots im Vordergrund. Dieser programmatische Gehalt hebt die für die Gewährleistung der Gleichstellung notwendigen Partizipationsmöglichkeiten der benachteiligten Gesellschaftsgruppe hervor. Gleichberechtigung ist von daher auch als kollektives Rechtsgut anzusehen, für dessen Verwirklichung kompensatorische Regelungen erforderlich sind (31).

Für die Schweiz lassen sich in Rechtsprechung und Materialien noch wenige entsprechende, dogmatische Ansätze finden. Immerhin enthält das bundesrätliche Rechtsetzungsprogramm "Gleiche Rechte für

Mann und Frau" vom 26. Februar 1986 eine zwar subtile, aber auf dieser Ebene erstmalige Quelle für die Anerkennung und grundsätzliche Rechtmässigkeit von Frauenförderungsmassnahmen: "Wenn (...) in bestimmten Einzelfällen die bestehenden tatsächlichen Ungleichheiten durch eine formelle Gleichstellung im Gesetz in absehbarer Zeit allein nicht beseitigt werden können, kann es im Sinne von Uebergangslösungen notwendig sein, zugunsten des einen Geschlechts besondere Massnahmen zu ergreifen. Die Gleichbehandlung im Recht ist nicht Selbstzweck, sondern auf die Schaffung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten in der gesellschaftlichen Wirklichkeit angelegt" (32). Dieser Auftrag zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung scheint auch für Charles-Albert MORAND im Mittelpunkt zu stehen, wenn er im Sinne des Rechtsetzungsprogrammes einen Schritt weiter geht und positive Massnahmen, insbesondere Quotierungen, für verfassungsmässig und mit Art. 4 Abs. 2 BV vereinbar hält und als geeignete Mittel bei der Umsetzung des Gleichbehandlungsgebots empfiehlt: Auf verfassungsrechtlicher Ebene seien sie "guère contestables, car elles s'inscrivent parfaitement dans la perspective du mandat législatif de l'article 4 al. 2 Cst et sont parfaitement proportionnelles, c'est-à-dire aptes à réaliser les fins visées. Même sous l'angle de la subsidiarité elles ne sont pas critiquables, car on ne voit pas quelles mesures plus libérales seraient capables d'amener à court terme une structure égalitaire du pouvoir de décision dans la société" (33).

Auch wenn in offiziellen Texten der Bundesrat oder andere Behörden sich bisher noch nicht so erfreulich deutlich zur Wünschbarkeit positiver Massnahmen und zu Quoten geäussert hat resp. haben, kann seit dem Erlass von Art. 4 Abs. 2 BV eine Sensibilisierung und Entwicklung in Gleichstellungsfragen festgestellt werden. Deutlich wird diese eingehendere Auseinandersetzung mit dem Gehalt des Gleichberechtigungsartikels auch bei der Wertung des Elements 'Chancengleichheit', das für die juristische Legitimation von Quotenregelungen und anderen Förderungsmassnahmen von grosser Bedeutung ist.

Die Botschaft über die Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" (34) äussert sich bezüglich der Bedeutung der Chancengleichheit nämlich noch sehr zurückhaltend, und auch der knappe Hinweis des Bundesgerichts zu deren Auslegung im ersten Entscheid zu BV 4 II (35) eignet sich wenig, die Richtung aufzuzeigen, in die sich die Anwendung des Gleichstellungsgebots künftig zu entwickeln hat (36). Der Bundesrat betont dagegen in seinem Bericht zum Rechtsetzungsprogramm, dass mit dem neuen Gleichheitsartikel insbesondere die Chancengleichheit der Geschlechter verwirklicht werden soll, und dass hierfür der Gesetzgeber Männern und Frauen den Zugang zu den verschiedenen Lebensbereichen in gleicher Weise öffnen müsse (37). Der richtige Weg scheint also erkannt worden zu sein; es gilt nun als nächstens, ihn ohne Verzug auch einzuschlagen.

Bei der rechtlichen Beurteilung von Quotenregelungen im Arbeitsleben sind neben dem Gleichstellungsauftrag vor allem zwei Grundrechtspositionen zu beachten: Die Handels- und Gewerbebefreiheit (38) auf der Arbeitgeberseite sowie der Anspruch auf Schutz vor Diskriminierungen bei den männlichen Arbeitnehmern (39).

Starre Quotierungen stellen sicherlich einen schweren Eingriff in die HGF dar und können nur schwerlich mit dem Diskriminierungsverbot gegenüber Männern vereinbart werden (40). Anders verhält es sich bei den flexiblen, leistungsbezogenen Quoten und erst recht bei den Zielvorgaben. Je grössere Spielräume für die einzelnen Personalentscheide der Arbeitgeberseite durch die Quotierungsform eingeräumt wird und sich diese auf Festlegung der Zielsetzung sowie der Rahmenvoraussetzungen beschränken, je geringer sind auch die Eingriffe in die obengenannten grundrechtsrelevanten Interessen von Arbeitgebern und Arbeitskollegen resp. Bewerbern. Die Gewährung eines solchen Entscheidungs- und Ermessensspielraumes bei der Anwendung der Quotenregelung im Einzelfall hilft dabei wesentlich mit, die individualrechtliche Seite des Gleichbehandlungsgebots zu sichern und Gerechtigkeit im Einzelfall

anzustreben (41). Hier ist deutlich festzuhalten, dass dieser erwünschte Spielraum keinesfalls als Vorwand missbraucht werden darf, um bestehende Quotenregelungen zu umgehen oder auszuhöhlen. Sie sind grundsätzlich einzuhalten. Ihre Zielsetzung, Frauen zu den gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik zu verhelfen, kann nur wirkungsvoll verfolgt werden, wenn Abweichungen von der Regelung seltene Ausnahme bleiben und nur in zu rechtfertigenden Einzelfällen erfolgen. Das Erfordernis des flexiblen Entscheidungsrahmens kann bspw. bei Quoten, die bei gleichwertiger Qualifikation eine Berücksichtigung der Frau festlegen, mit einer Ausnahmebestimmung für gewichtige Gründe befriedigend Rechnung getragen werden (42).

Bei der rechtlichen Befürwortung von Quotenregelungen ist stets in Erinnerung zu rufen, dass leistungsbezogene Quoten nicht a priori Frauen den Vorzug bei Ausbildung, Anstellung und Beförderung gewähren wollen. Sie zielen vielmehr darauf hin, eine in verschiedenen Gesellschaftsbereichen praktizierte Nichtberücksichtigung von im gleichen Masse wie Männer qualifizierten Frauen zu durchbrechen und zu kompensieren. Das Geschlecht der Bewerberin ist dabei nicht Hauptkriterium für die Vergabe einer Position, sondern sie ist neben den Qualifikationen und persönlichen Voraussetzungen der Betroffenen ein zusätzlicher Gesichtspunkt für die Entscheidungsfindung (43).

Die Frage nach einem allenfalls unzulässigen Eingriff in die HGF stellt sich bei Quotenregelungen öffentlicher Arbeitgeber natürlich nicht. Aber nicht nur deshalb bietet es sich an, dass für die Verwaltungen des Bundes und der Kantone Frauenförderungsmassnahmen mit Quotenregelungen entwickelt werden. Staatlichen Organen kommt bei der Konkretisierung und Umsetzung des verfassungsmässigen Auftrages, Frauen und Männern die gleichen Teilhaberechte zu gewähren, eine wichtige Vorreiterrolle zu. Positive Erfahrungen mit Förderungsmassnahmen und Quotierungen wären das geeignetste Mittel, die auf dogmatischer Ebene geäusserten Zweifel und Einwände gegen positive Massnahmen zu entkräften. Anhand

eigener Beispiele lassen sich private Arbeitgeber sicherlich eher überzeugen, in ihren Betrieben Frauenförderungsprogramme einzuführen.

4. Ausländische Beispiele

Die Zulässigkeit von Frauenförderungsmaßnahmen im Arbeitsleben finden wir in verschiedenen ausländischen Gleichstellungsgesetzen und eigenen Erlassen (44). Die schwedische Gesetzgebung geht jedoch einen entscheidenden Punkt weiter, indem sie die gezielte Berücksichtigung des sonst untervertretenen Geschlechts im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich nicht bloss gestattet, sondern als Massnahme zur verstärkten Integration von Frauen in der Berufswelt als gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber verankert. Der entsprechende Artikel ist ausführlich formuliert und hat folgenden Wortlaut:

"Ein Arbeitgeber soll im Rahmen seines Betriebes zielbewusst darauf hinwirken, die Gleichstellung im Arbeitsleben aktiv zu fördern. Zu diesem Ziel soll der Arbeitgeber solche Massnahmen ergreifen, die, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Arbeitgebers und der sonstigen Umstände, erforderlich sind, damit sich die Arbeitsverhältnisse für Frauen und Männer eignen. Der Arbeitgeber soll auch darauf hinwirken, dass sich Angehörige beider Geschlechter um freie Stellen bewerben, sowie durch Ausbildung und andere geeignete Massnahmen eine gleiche Verteilung von Männern und Frauen in den verschiedenen Arbeitstypen und innerhalb verschiedener Arbeitnehmerkategorien fördern.

Besteht in einem Betrieb keine im wesentlichen gleichmässige Verteilung von Männern und Frauen in einem bestimmten Typ von Arbeit und in einer bestimmten Arbeitnehmerkategorie, so soll sich der Arbeitgeber

bei Neueinstellungen besonders bemühen, Bewerber des untervertretenen Geschlechts zu bekommen, und darauf sehen, dass sich der Anteil dieses Geschlechts nach und nach erhöht. Dies gilt jedoch nicht, wenn besondere Umstände gegen solche Massnahmen sprechen oder diese im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers und die sonstigen Umstände unangemessen sind" (45).

Eine gleichmässige Verteilung der Geschlechter gilt als erreicht, wenn mindestens 40% der Belegschaft aus Angehörigen eines Geschlechts bestehen. Die Quotenregelung gilt also auch zugunsten von Männern, wie dies vor allem bei der Ver-



gabe von Stellen in Lehrberufen schon mehrfach vorgekommen ist.

Ähnlich wie bei den amerikanischen 'affirmative actions' verpflichteten sich die Arbeitgeber mittels Aktionsplänen und -programmen für eine gewisse Zeit zu Förderungsmassnahmen sowie zu Quotenregelungen im Anstellungs- und Beförderungsbereich.

In der Bundesrepublik Deutschland werden seit einigen Jahren für die Verwaltungen der einzelnen Bundesländer 'Frauenförderungsrichtlinien' (44) erlassen, die z.T. auch Quotenregelungen enthalten. (Zur Hamburger Quotenbestimmung vgl. die nachfolgenden Ausführungen von Eva Rühmkorf).

Die eingangs erwähnten in- und ausländischen Beispiele für Quotenregelungen in der Politik sind um den französischen Versuch zu ergänzen, das Wahlgesetz mit einer Quotenbestimmung zu erweitern: 1982 verabschiedete nämlich das Parlament einen Zusatz zum nationalen Wahlgesetz, nach dem bei den Gemeinderatswahlen in Gemeinden mit über 3'500 Einwohnerinnen und Einwohnern auf einer Wahlliste nicht mehr als 75% Kandidierende eines Geschlechts aufgeführt werden dürfen. Diese Quotenregelung ist indessen von den neun "Weisen" des Verfassungsrates (Conseil constitutionnel) für verfassungswidrig erklärt worden. Als zulässige Wählbarkeitsvoraussetzungen wurden einzig die im Wahlgesetz genannten bisherigen Kriterien für eine mögliche Kandidatur erachtet. Zusätzliche Bedingungen, wie bspw. die vom Parlament beschlossene Quotenregelung, stellten nach Auffassung des Verfassungsrats eine unzulässige Einschränkung des passiven Wahlrechts der Wahlberechtigten dar.

III. Quoten - eine Perspektive

"(...) keiner will Quoten, aber überall gibt es Quoten - für Männer" - wie verhält es sich mit dieser provokativen Behauptung von Heide PFARR? Eine englische Untersuchung von 1979 liefert hierzu interessante Aussagen: Darin wurde nämlich Personalchefs die Frage gestellt, wem sie

den Vorzug geben würden, wenn sich Frauen und Männer mit gleichen Qualifikationen auf eine Stelle bewerben. 68% der Personalchefs gaben den Männern den Vorzug, 1% den Frauen; 22% sagten, das Geschlecht sei für die Stellenvergabe unerheblich. Die restlichen Befragten waren unentschlossen resp. konnten keine Antwort geben (47).

Würde das Ergebnis bei einer analogen Untersuchung in der Schweiz grundsätzlich anders ausfallen? Konkrete Hinweise hierfür fehlen zumindest... Auf die vielschichtigen Gründe, weshalb faktisch bestehende Präferenzen von Männern gesellschaftlich akzeptabel (oder zumindest akzeptabler) erscheinen als Gleichstellungsmassnahmen, die bei gleichwertiger Qualifikation eine konsequente Berücksichtigung von Frauen fordern, kann hier nicht näher eingegangen werden. Unbestritten bleibt jedenfalls, dass unter den nachgenannten Voraussetzungen Quotenregelungen den grossen Vorteil haben, dass sie relativ rasch eine angemessene Integration von Arbeitskräften bisher benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt bringen (48) und über Mechanismen, wie die Identifikation mit Vorbildern, grössere Ermutigung und Signalwirkung auslösen (49).

Damit diese konsequente Form, Frauen bei entsprechenden Leistungen und Qualifikationen zu fördern, tatsächlich auch angewandt werden kann, sind weitere Massnahmen mit Rahmenbedingungen notwendig. Um beispielsweise Mädchen in traditionellen Männerberufen auszubilden, braucht es unter anderem eine umfassende Informations- und Aufklärungsarbeit im Berufskundeunterricht, sind nicht traditionelle, rollenfixierende Schulbücher und -materialien nötig, haben Gleichstellungsfragen Eingang in Unterrichtspläne zu finden. Um Frauen in Kaderpositionen anzustellen, muss im ganzen Betrieb konsequente Frauenförderung durchgeführt, Weiterbildungsmöglichkeiten und Anreize für Frauen auf allen Stufen geschaffen werden.

Auf politischer Ebene haben Parteien und Gewerkschaften nicht erst kurz vor den Wahlen daran zu denken, dass sie vermehrt weibliche Mitglieder in allen Gremien vertreten haben wollen, wenn die

Quotenregelungen mehr als Alibi-Charakter aufweisen sollen.

Die Einrichtung von Quoten - und Frauenförderungsmaßnahmen ganz allgemein - muss jeweils von Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit auf breiter Basis begleitet werden. Erst wenn die noch bestehenden hohen Barrieren und die z.T. dahinter stehenden Ängste bei Männern und Frauen, Arbeitgebern und Gewerkschaften, Parteileitungen und Basismitgliedern abgebaut werden können, haben auch Quoten die Chance, Frauen den ihnen zustehenden Zugang zu den verschiedenen Gesellschaftsbereichen tatsächlich zu erleichtern.

Anmerkungen

- 1) So bspw. die neu geschaffene Stelle einer Delegierten für Gleichstellungsfragen in Genf und die Frauenstelle in der Zürcher Verwaltung, aber auch die private Initiative "Taten statt Worte", die versucht, öffentliche und private Arbeitgeber für die Entwicklung und Anwendung von Frauenförderungsprogrammen zu motivieren.
- 2) Z.B. das im Kanton Bern der französischsprachigen Minderheit per Verfassung zugesicherte Regierungsmandat (Art. 33 Abs. 4); vergleichbare Regelungen existieren in den Kantonen Freiburg und Wallis. Diese Beispiele werden auch von Charles Albert MORAND aufgeführt als Beweis für die in der Schweiz auf dem Sprachensektor schon seit längerer Zeit bekannten Quoten; *L'égalité des sexes ou l'érosion jurisprudentielle d'un droit fondamental. Rapport présenté au séminaire sur l'égalité des sexes, Martigny 7-9 mai 1987, organisé par l'université de Genève, Faculté de droit, p. 28.*
- 3) BBl 1974 II 467.
- 4) Weisungen des Bundesrates über die Vertretung der sprachlichen Gemeinschaften in der allgemeinen Bundesverwaltung vom 12. Januar 1983, BBl 1983 I 812.
- 5) Ernst BENDA: Notwendigkeit und Möglichkeit positiver Aktionen zugunsten von Frauen im öffentlichen Dienst, Freiburg 1986, S. 7.
- 6) Resp. auf horizontaler und/oder vertikaler Ebene.
- 7) Ernst BENDA: a.a.O., S. 41.
- 8) Claudia KAUFMANN: Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Familie gemäss Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung, Grusch 1985, S. 37.
- 9) Walter SCHMITT GLAESER: Die Sorge des Staates um die Gleichberechtigung der Frau, in: Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 10/1982, S. 385.
- 10) Vgl. Ernst BENDA: a.a.O., S. 42.
- 11) Walter SCHMITT GLAESER: a.a.O., S. 385.
- 12) Ernst BENDA: a.a.O., S. 43f.; Christine HOHMANN-DENNHARDT: Ungleichheit und Gleichberechtigung. Zur kompensatorischen Funktion von Frauenquoten in Rechts- und Sozialpolitik, Heidelberg 1982, S. 30ff.
- 13) Christine HOHMANN-DENNHARDT: Ebenda, S. 30.
- 14) a.a.O., S. 44.
- 15) Sibylle RAASCH: Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: Demokratie und Recht 3/1985, S. 329.
- 16) Christine HOHMANN-DENNHARDT fordert hierzu präzise Raster, die bestimmen, welche Leistungskriterien für welche Tätigkeiten relevant werden sollen; a.a.O., S. 42.
- 17) Ernst BENDA: a.a.O., S. 170; Christine HOHMANN-DENNHARDT: Ebenda, S. 41.

- 18) Aehnlich Ernst BENDA, a.a.O., S. 178.
- 19) Sibylle RAASCH: a.a.O., S. 334.
- 20) Vgl. Christine HOHMANN-DENNHART: a.a.O. S. 30.
- 21) Im Ausland - insb. in den USA und in Skandinavien - sind Zielvorgaben wichtige Teile der affirmative action programs, deren Einhaltung u.a. zur Zuweisung staatlicher Aufträge oder Subventionen führen können.
- 22) SR 101.
- 23) In der deutschsprachigen Fassung von Art. 4 Abs. 2 BV wird also explizit unterschieden zwischen Gleichberechtigung und Gleichstellung.
- 24) Vgl. hierzu ausführlich Claudia KAUFMANN: a.a.O., S. 30ff.
- 25) Karl Heinrich FRIAUF: Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesministers des Innern, Stuttgart 1981, S. 7.
- 26) Vgl. hierzu bspw. Jörg Paul MUELLER: Soziale Grundrechte in der Verfassung? 2. erweiterte Auflage, Basel u. Frankfurt 1981, insb. S. 152ff. und 220ff.; René A. RHINOW: Grundrechtstheorie, Grundrechtspolitik und Freiheitspolitik. In: Recht als Prozess und Gefüge. Festschrift für Hans HUBER zum 80. Geburtstag, Bern 1981, S. 43/ff.; Peter SALADIN: Grundrechte im Wandel, 2. Auflage, Bern 1981, S. XVIIIff.
- 27) René A. RHINOW: Ebenda, S. 440ff.
- 28) Karl Heinrich FRIAUF: a.a.O., S. 29.
- 29) Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien, Bern 1987, S. 29.
- 30) Alexander DIX: Gleichberechtigung durch Gesetz, Baden-Baden 1984, S. 374f.; zitiert nach Ernst BENDA: a.a.O., S. 123ff.
- 31) Ebenda; ähnlich Claudia KAUFMANN: a.a.O., S. 123ff.
- 32) BBl 1986 I 1151.
- 33) Charles-Albert MORAND: a.a.O., S. 30.
- 34) Vom 14. November 1979; BBl 1980 I 110.
- 35) BGE 108 Ia 22ff.
- 36) Vgl. kritisch hierzu Claudia KAUFMANN: a.a.O., S. 52f.; Charles-Albert MORAND: a.a.O., S. 43.
- 37) A.a.O., S. 1151.
- 38) Art. 22 ter BV.
- 39) Es steht ausser Frage, dass Art. 4 Abs. 2 BV zwar zur Besserstellung der Frauen eingeführt wurde, aber auch von Männern geltend gemacht werden kann. Vgl. auch den ersten Bundesgerichtsentscheid, in dem ein Eidg. Beamter die Verletzung der EVK-Statuten gegen das Gleichbehandlungsgebot geltend machte und das BGer feststellte, dass der vorzeitige Altersrücktritt Männern und Frauen unter den gleichen Voraussetzungen zu gewähren sei; Urteil vom 25. März 1983.
- 40) In der Literatur lassen sich immerhin einige AutorInnen finden, die starre Quoten bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen befürworten und für verfassungsrechtlich zulässig befinden, da es hier quasi ums Schlüsselloch zur Chancengleichheit gehe; s. bspw. Christine HOHMANN-DENNHARDT: a.a.O., S. 42.
- 41) Aehnlich Ernst BENDA: a.a.O., S. 189ff.
- 42) So auch Ernst BENDA: a.a.O., S. 193.
- 43) Hieraus folgt auch, dass Quotierungen nicht etwa Ausnahmen vom Diskriminierungsverbot - und schon gar nicht 'positive Diskriminierungen' - darstellen, sondern als zeitlich beschränktes Mittel zur Kompensation traditioneller Diskriminierung des untervertretenen Geschlechts mit dem Gleichstellungsauftrag gemäss ihrem Zweck und ihrer Natur vereinbar sind.
- 44) Vgl. bspw. für Irland: The Employment Equality Act vom 1. Juni 1977; für Norwegen: Gesetz über die Gleichstellung von Frauen und Männern vom

9. Juni 1978; für USA: Executive Orders No 11246 und 11375 (1965 u. 1967), die Betriebe verpflichten, verbindliche Aktionspläne aufzustellen, wenn sie staatliche Aufträge erhalten.
- 45) Gesetz über die Gleichstellung von Frauen und Männer im Erwerbsleben vom 13. Dezember 1979.
- 46) Oft zusammen mit entsprechenden Durchsetzungsorganen (Leitstellen für Gleichstellungsfragen, Frauenbeauftragte etc.).
- 47) Leitfaden zur Frauenförderung in den Betrieben, Hg. Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn 1985.
- 48) Analoges gilt für Quoten im politischen Bereich.
- 49) Hanna Beate SCHOEPP-SCHILLING: Förderpläne, Quoten und Zielvorgaben: Internationale Erfahrungen. In: Quotierung - Reizwort oder Lösung? Expertenanhörung der Hessischen Landesregierung am 2. Mai 1985, S. 51.
- * * * *
- Literaturverzeichnis
- BENDA Ernst: Notwendigkeit und Möglichkeit positiver Aktionen zugunsten von Frauen im öffentlichen Dienst. Rechtsgutachten erstattet im Auftrag der Senatskanzlei - Leitstelle Gleichstellung der Frau - Freie und Hansestadt Hamburg, Freiburg 1986.
- DAEUBLER-GMELIN HERTA/PFARR HEIDE/WEG MARIANNE (Hg.): Mehr als nur gleicher Lohn! Handbuch zur beruflichen Förderung von Frauen, Hamburg 1985.
- EIDG. KOMMISSION FUER FRAUENFRAGEN (Hg.): Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien, Bern 1987.
Die Stellung der Frau in der Schweiz. Teil IV: Frauenpolitik, Bern 1984.
- FRIAUF KARL HEINRICH: Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesministers des Innern, Stuttgart 1981.
- HANAU PETER: Die umgekehrte Geschlechterdiskriminierung im Arbeitsleben. In: Festschrift für Wilhelm Herschel zum 85. Geburtstag, München 1982, S. 191ff.
- HOHMANN-DENNHARDT CHRISTINE: Ungleichheit und Gleichberechtigung. Zur kompensatorischen Funktion von Frauenquoten in Rechts- und Sozialpolitik, Heidelberg 1982.
- JANSEN MECHTILD (Hg.): Halbe - Halbe. Der Streit um die Quotierung, Berlin 1986.
- JANSSEN-JURREIT MARIELOUISE: Frauenprogramm. Gegen Diskriminierung. Ein Handbuch, Reinbek 1979.
- KAUFMANN CLAUDIA: Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Familie gemäss Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung, Grusch 1985.
- MEYER BIRGIT: Frauen an die Macht!? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. In: Das Parlament, B 9-10, 1987, S. 15ff.
- MUELLER JOERG PAUL: Soziale Grundrechte in der Verfassung? 2. erweiterte Auflage, Basel/Frankfurt 1981.
- MORAND CHARLES-ALBERT: L'égalité des sexes ou l'érosion jurisprudentielle d'un droit fondamental. Rapport présenté au séminaire sur l'égalité des sexes, Martigny 7-0 mai 1987, organisé par l'Université de Genève, Faculté de droit.
- PFARR HEIDE M.: Herstellung und Sicherung von Chancengleichheit durch Recht - dargestellt am Beispiel von Frauen. In: Grundrechte und soziale Wirklichkeit, hg. durch W. HASSEMER/W. HOFFMANN-RIEM/J. LIMBACH, Baden-Baden 1982, S. 255ff.
- RAASCH SIBYLLE: Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: Demokratie und Recht 3/1985, S. 319ff.
- RHINOW RENE A: Grundrechtstheorie, Grundrechtspolitik und Freiheitspolitik. In: Recht als Prozess und Gefüge. Festschrift für Hans Huber zum 80. Geburtstag, Bern 1981, S. 427ff.

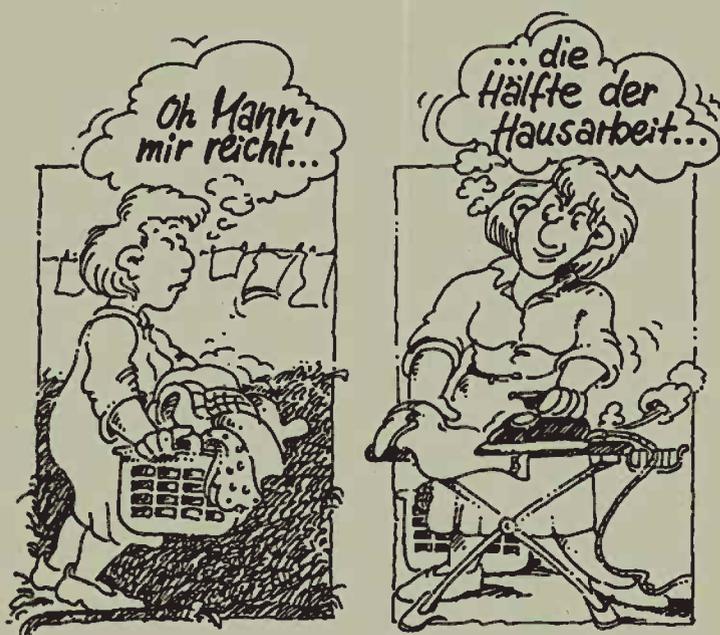
ROSSINELLI MICHEL: Actions positives et égalité des sexes en droit suisse. Rapport présenté au séminaire sur l'égalité des sexes, Martigny 7-9 mai 1987, organisé par l'Université de Genève, Faculté de droit.

SALADIN PETER: Grundrechte im Wandel, 2. Auflage, Bern 1981.

SCHMITT GLAESER WALTER: Abbau des tatsächlichen Gleichberechtigungsdefizites der Frauen durch gesetzliche Quotenregelungen. Rechtsgutachten erstattet im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Stuttgart 1982.

Die Sorge des Staates um die Gleichberechtigung der Frau. In: Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 10/1982, S. 381ff.

SCHOEPP-SCHILLING HANNA BEATE: Förderpläne, Quoten und Zielvorgaben: Internationale Erfahrungen. In: Quoten - Reizwort oder Lösung? Expertenanhörung der Hessischen Landesregierung am 2. Mai 1985, S. 47ff.



Aus Jansen Mechtild (Hg.):
Halbe-Halbe, Berlin 1986, S. 44.

Les quotas valent mieux que leur réputation ! La voie contestée à la réalisation de l'égalité entre hommes et femmes *)

par Claudia Kaufmann

"Tout le monde parle de quotas
personne n'en veut
mais partout ils existent
- à l'avantage des hommes"

Heide Pfarr

I. Les quotas: une existence discrète et prospère

Dans la discussion actuelle sur l'égalité entre hommes et femmes un mot apparaît toujours, qui provoque froncement de sourcils défavorables, et souvent refus catégorique, même chez ceux qui ne sont pas opposés à des mesures de promotion pour les femmes: les quotas, pour autant qu'ils soient discutés dans le grand public en Suisse, constituent un mot irritant.

Si les instruments juridiques utilisés à l'étranger pour réaliser l'égalité entre femme et homme sont aussi l'objet de discussions en Suisse, et si l'on s'en approche aussi - de façon circonspecte (1) - le thème des quotas demeure pratiquement tabou. Pourtant les quotas ne nous sont pas aussi inconnus que les réactions qu'ils provoquent pourraient le laisser supposer. D'une part, nous les connaissons pour l'attribution des mandats politiques et des postes administratifs sur une base avant tout régionale et linguistique (2). Deux réglementations sont particulièrement intéressantes au plan fédéral: les Directives du Conseil fédéral touchant l'institution et le mode de tra-

vail des commissions extra-parlementaires ainsi que la surveillance à exercer sur elles, du 3 juillet 1974, prévoient qu'un des critères du choix des membres de ces dernières soit qu' "en formant les commissions de l'administration qui ne sont pas chargées de travaux purement scientifiques, on veillera à ce que les différentes régions du pays, les groupes linguistiques, les sexes, les diverses classes d'âge et les groupements d'intérêts y soient équitablement représentés" (3). Les Instructions sur la représentation des minorités linguistiques dans l'administration fédérale (4) sont formulées de façon plus précise et par là plus rigoureuse: "L'autorité qui nomme fera en sorte que la proportion des agents de langue allemande, française, italienne et rhéto-romane corresponde à celle de la population résidante suisse selon la statistique officielle (...). Ils veilleront à garantir une représentation équilibrée des forces linguistiques par département et, dans toute la mesure du possible, par office. Pour les nominations et les promotions à des fonctions supérieures, la préférence sera donnée, à qualités égales, à des représentants des minorités linguistiques, s'ils sont sous-représentés (souligné par l'auteur).

D'autre part, il existe des quotas dans le domaine des partis politiques. Nous trouvons ici deux règles qui doivent garantir aux femmes une représentation déterminée dans les organes des partis. Les Organisations progressistes de Suisse (POCH) ont décidé le 15 juin 1986 que 60% de tous les postes dirigeants seraient occupés par des femmes. Le parti socialiste suisse (PSP), quant à lui, a décidé lors de son assemblée générale en automne 1986 de réserver aux femmes une représentation équivalente à la proportion des femmes membres du parti, mais au minimum de 30%, dans le comité directeur, le bureau et les commissions.

*) Extrait du livre: "L'égalité entre hommes et femmes. Bilan et perspectives" sous la direction de Charles-Albert Morand, Payot Lausanne 1987.

II. Les quotas: unique garantie de la promotion des femmes

1. L'objectif à atteindre

Comme toutes les mesures de promotion des femmes qui constituent en elles-mêmes un instrument pour concrétiser et réaliser l'égalité des droits entre hommes et femmes, les quotas visent à réaliser dans la pratique la règle d'égalité garantie sur le plan juridique. La condition essentielle pour cela est la garantie de l'égalité des chances. Par conséquent, les quotas ne visent pas en premier lieu les préjudices individuels subis par des femmes déterminées mais représentent un moyen de réorienter et de compenser la sous-représentation statistiquement démontrable des femmes dans les domaines du travail de la politique. Cette sous-représentation des femmes se fonde sur une division historique et sociale des rôles qui à son tour cimenter les structures traditionnelles correspondantes dans le monde du travail et de la politique. Ernst BENDA parle à ce propos et de manière frappante de "discrimination structurelle" (5).

Les quotas ne cherchent par conséquent pas tellement à lutter contre les discriminations directes dans le domaine du travail, comme cela peut arriver en cas de violation du principe d'égalité des salaires ou d'exclusion des femmes d'une branche professionnelle donnée, mais ils visent surtout à éradiquer les préjudices indirects, cachés. Leur fonction est de garantir une participation adéquate des femmes dans tous les domaines de la vie dans lesquels elles sont jusqu'à présent gravement sous-représentées, que ce soit sur un plan quantitatif ou qualitatif (6).

Ces mesures qui ont pour but d'augmenter systématiquement la proportion des femmes jusqu'à ce que l'égalité entre les sexes soit atteinte dans des fonctions déterminées (7), constituent un droit compensatoire ayant presque le caractère de dispositions transitoires (8). Une fois le but atteint et la proportion hommes-femmes stabilisée, les quotas deviennent inutiles et perdent leur justification.

2. Des différentes formes de quotas...

Dans les discussions - souvent polémiques - à propos de la réglementation de quotas, on traite généralement d'un seul type de quotas. Cette manière de faire éveille l'impression trompeuse qu'il n'existerait qu'un seul système de quotas et que les différentes réglementations possibles répondraient chaque fois aux mêmes présuppositions et seraient appliquées dans les mêmes conditions. Cette formulation simpliste suggère à tort que les aspects juridiques de la réglementation des quotas se ferait toujours de la même façon et qu'aucune différenciation, soit selon le système proposé soit selon son domaine d'application, ne nécessaire.

En réalité, différentes sortes de réglementation des quotas sont pensables sur le plan théorique et se trouvent dans la pratique. Avant tout, il convient de distinguer si les quotas prennent la forme de mesures cherchant à influencer la réalité (quotas d'influence) ou s'ils ont un caractère impératif (quotas impératifs).

Les quotas d'influence tentent "par la mise en action de mesures échelonnées (...) d'exercer une influence sur les instances de décision et cela sans contraintes pouvant faire l'objet de sanctions étatiques, mais au contraire par des incitations et des avantages sous forme de subventions, de garanties de crédits, d'octroi de mandats, de possibilités d'amortissement, entre autres" (9). Ces possibilités n'existent pas pour l'Etat en sa qualité d'employeur puisqu'ici la collectivité règle elle-même son propre comportement (10).

Les quotas impératifs opèrent "par la mise en action des ordres et contraintes étatiques, et leur violation est liée à des sanctions" (11). Pour ce qui concerne les réglementations de ces quotas impératifs dans lesquels très souvent l'objectif et le but de l'atteindre sont au centre de la réglementation juridique, diverses formes existent: dans la doctrine, on distingue les quotas stricts, rigides, et les quotas flexibles, liés aux prestations (12).

Avec les quotas rigides, les femmes obtiennent un nombre déterminé ou un pourcentage des postes et positions, à calculer d'après leur quote-part de la population totale ou de la population active. Ainsi les quotas dans le domaine du travail doivent-ils tenir compte des données spécifiques dans les différentes branches et échelles de qualification. La détermination des pourcentages respectifs doit se faire d'après la représentation verticale des femmes et se mesurer à cette dernière. Les comparaisons fondées sur le nombre total de femmes employées dans une entreprise sont insuffisantes car les quotas n'ont pas uniquement pour but une augmentation des possibilités d'accès des femmes au travail salarié mais veulent en même temps leur ouvrir l'accès à des professions et des postes hiérarchiques jusqu'à présent essentiellement masculins. Avec les quotas d'influence, l'obligation est ainsi conçue que des femmes doivent être nommées "quand elles peuvent prouver que leurs prestations sont égales à celles de collègues masculins" (13) jusqu'à ce que le pourcentage stipulé soit atteint. Ernst BENDA parle lui aussi de "qualification égale" (14) comme présumé aux quotas d'influence. Comme en Suisse les partisans et partisanes des quotas exigent et débattent des quotas d'influence, il est nécessaire de développer le critère de la "qualification égale". Que signifie "qualification égale", sur quels facteurs doit-elle se fonder chez les candidates et candidats à un poste de travail et qui doit décider en dernier ressort de cette épineuse question?

Sibylle RAASCH (15) a souligné avec raison que le concept de "qualification égale" doit être complété par celui de "qualification équivalente", car il est clair, que vu la diversité des individus, il ne peut jamais y avoir qualification égale mais seulement qualification équivalente. La qualification d'une personne pour un poste déterminé se mesure toujours selon différents facteurs, qui doivent être pondérés dans l'estimation globale, cette qualification ne pouvant être mesurée seulement selon des préférences objectives. La formation, la connaissance professionnelle, l'expérience professionnelle et l'expérience de vie, l'aptitu-

de, les caractéristiques de la personnalité sont différentes chez chacun et doivent être évalués individuellement lors de l'octroi d'une place. Dans cette comparaison des qualifications il ne faut en aucun cas tenir compte de critères certes intéressants sur un plan général, mais non pertinents pour la place à pourvoir. Ainsi par exemple, la connaissance de certaines langues étrangères ne devrait être prise en compte lors de l'évaluation que pour les postes de travail où ces langues seront fréquemment utilisées.

Les difficultés d'une évaluation objective ne dispensent donc pas d'un examen soigneux des qualifications (16). Au contraire, une évaluation plus ou moins subjective, qui ne peut être expliquée rationnellement, conduit souvent à désavantager les femmes, dans la mesure où l'on retient contre elles une évaluation de leurs qualifications inférieure à celle des candidats masculins. On peut ainsi faire un usage abusif du critère des prestations afin d'exclure les femmes d'une manière difficilement contrôlable (17), alors que les règles de quotas devraient précisément empêcher de telles exclusions.

Afin que l'égalité des chances pour les candidats et les candidates soit un tant soit peu respectée, il est nécessaire de prendre des mesures concernant les cercles qui décident de l'attribution des places offertes. Il convient donc que les femmes puissent co-décider (18) des qualifications des candidates et candidats, respectivement dans les programmes de promotion des femmes et en particulier en présence de quotas, pour que les femmes puissent exercer une influence directe sur la prise de décision (19). On peut supposer que dans ces conditions les cas de discrimination cachée seraient éliminés ou du moins qu'ils deviendraient plus rares.

Parmi les autres formes de quotas flexibles, on peut citer les systèmes d'objectifs quantifiés (Zielvorgaben) qui sont eux aussi toujours fixés en référence aux prestations et qualifications.

Dans ces systèmes, on fixe une certaine proportion souhaitée dans un domaine déterminé et on fixe le délai dans lequel le but devrait être atteint. A part cela, les cercles dirigeants ont toute liberté pour déterminer la manière dont ils s'acquitteront de leur obligation (20). Ce type de quotas constitue dans le domaine du travail la forme la plus importante vu son utilisation fréquente, et représente également le système de quotas politiquement le plus acceptable (21).

Une condition préalable importante existe pour tous les types de quotas: afin qu'ils ne demeurent pas de simples déclarations d'intention, mais que leur exécution ou les raisons de leur inexécution soient vérifiées et que leur contrôle soit effectif, les entreprises doivent avoir l'obligation d'établir des rapports réguliers, et les directions des partis politiques ont aussi le devoir d'établir le bilan de l'application des quotas dans leur domaine.

3: Aspects constitutionnels

Le point de départ pour juger de la conformité à la Constitution des réglementations sur les quotas est constitué en premier lieu par l'article 4 al. 2 Cst. (22); à côté du principe général de l'égalité des droits entre homme et femme et du principe directement applicable de l'égalité des salaires notamment dans les relations de droit privé, cet article charge le législateur du mandat de réaliser l'égalité de fait (23). Le choix de ce concept, qui est à réaliser en priorité dans les trois domaines de vie (pas seulement dans les domaines juridiques) que sont la famille, la formation et le travail indique clairement que l'article 4 al. 2 Cst. ne vise pas seulement l'égalité des droits entre homme et femme sur un plan juridique, mais englobe aussi l'égalité de fait, une égalité effective, matérielle s'appliquant à toute la société (24). L'égalité de fait nécessite certes l'égalité juridique, mais des mesures additionnelles sont nécessaires, comme par exemple les mesures de promotion pour les femmes. Le principe constitutionnel de l'égalité des droits ne

s'épuise par conséquent pas dans une simple interdiction de discrimination, mais contient en plus, par le mandat de réaliser l'égalité de fait, une obligation positive de vaste portée pour les organes de l'Etat qui doivent "s'engager activement dans la réalisation de l'égalité de fait entre les sexes dans la réalité sociale" (25).

L'obligation d'agir ressort de la conception actuelle des droits fondamentaux (26), d'après laquelle la teneur des droits fondamentaux ne réside pas seulement dans la garantie défensive des libertés publiques. La réalisation des droits fondamentaux peut impliquer et exiger aussi bien l'abstention de l'Etat qu'une promotion active des buts du droit fondamental par la collectivité publique. C'est pourquoi la garantie des libertés publiques implique souvent celle de la possibilité effective d'obtenir le respect du droit constitutionnel en question (27). Pour lutter contre la dure situation inférieure des femmes - situation ancienne et liée aux traditions - avant tout dans les domaines importants de la vie sociale que sont le travail et la politique, des mesures de promotion, ciblées selon chaque domaine sont nécessaires.

Karl Heinrich FRIAUF arrive à la même conclusion à propos de l'obligation de l'Etat de prendre des mesures positives, obligation fondée sur l'art. 3 de la Loi fondamentale allemande. Le principe d'égalité exige une disparition de l'actuel déficit d'égalité, ce qui suppose une intervention contraignante et active de la part de l'Etat, soit "une promotion positive de l'égalité". "On ne ferait pas justice à la dimension d'Etat sociale de l'article sur l'égalité des sexes qui tente d'en réaliser une application effective, si on le conçoit uniquement comme un droit de résistance contre les atteintes de l'Etat (...)" (28). La Commission fédérale pour les questions féminines exprime aussi dans son dernier rapport la crainte que l'égalité des chances ne demeure sur le papier si l'Etat ne légifère pas davantage pour la réaliser dans les domaines où jusqu'à présent il est en retrait et allègue la réalisation de l'égalité par les partenaires sociaux. "Si rien ne change, l'égalité des droits permettra à quelques femmes des couches moyennes et supérieures de disposer de davantage de possibilités; les femmes des couches inférieures, elles,



Jansen Mechtild (Ed.): Halbe-Halbe, Berlin 1986, p. 124.

resteront limitées dans leurs expériences et leur épanouissement" (29).

Les mesures de promotion des femmes visent donc moins le droit individuel à l'égalité de traitement tel qu'il est accordé par l'art. 4 al. 2 Cst. que "le contenu programmatique objectif" (30) du principe d'égalité. Ce contenu programmatique favorise les possibilités de participation des groupes défavorisés, nécessaire à l'octroi de l'égalité des chances. L'égalité doit donc être conçue comme un bien juridique collectif, pour la réalisation duquel des réglementations de nature compensatoire sont requises (31).

En Suisse, on trouve encore peu d'éléments dogmatiques dans la jurisprudence et les textes officiels (Messages du Conseil fédéral, travaux parlementaires, etc.). Toujours est-il que le Programme législatif du Conseil fédéral "Egalité des droit

cette matière une première source, certes subtile, pour la reconnaissance des mesures de promotion des femmes et de leur conformité de principe à l'ordre juridique: "(...) dans certains cas, il ne suffit pas d'énoncer le principe de

l'égalité dans la loi pour éliminer les inégalités dans un délai convenable; il peut donc s'avérer nécessaire de prévoir des solutions transitoires, qui permettent de prendre des mesures particulières en faveur de l'un des deux sexes. L'égalité de droit n'est pas un but en soi; c'est un moyen de donner aux hommes et aux femmes les mêmes possibilités de s'épanouir au sein de notre société" (32). Le mandat tendant à la concrétisation de l'égalité de fait apparaît également comme un point central pour Charles-Albert MORAND, qui va un pas plus loin que le Programme législatif. Cet auteur admet la constitutionnalité des mesures positives, en particulier des quotas, et leur

conformité à l'art. 4 al. 2 Cst. et il en recommande l'utilisation comme moyen adéquat pour parvenir à la réalisation du principe d'égalité: sur le plan constitutionnel, ces mesures ne sont "guère contestables, car elles s'inscrivent parfaitement dans la perspective du mandat législatif de l'art. 4 al. 2 Cst. sont parfaitement proportionnelles, c'est-à-dire aptes à réaliser les fins visées. Même sous l'angle de la subsidiarité elles ne sont pas critiquables, car on ne voit pas quelles mesures plus libérales seraient capables d'amener à court terme une structure égalitaire du pouvoir de décision dans la société" (33).

Même si jusqu'à présent les textes officiels du Conseil fédéral ou d'autres autorités ne se sont pas prononcés d'une façon aussi encourageante sur le caractère désirable des mesures positives et des quotas, on constate depuis l'adoption de l'art. 4 al. 2 Cst. une sensibilisation et un développement dans les questions liées à l'égalité. L'analyse actuelle de la teneur de l'article constitutionnel sur l'égalité s'accompagne clairement d'une réflexion sur l'égalité des chances, ce qui est d'une très grande importance pour la légitimation juridique des réglementations sur les quotas et sur les

autres mesures de promotion. Certes, le Message du Conseil fédéral sur l'initiative populaire "pour l'égalité des droits entre hommes et femmes" (34) est très réticent quant à la signification de l'égalité des chances et l'explication succincte que le Tribunal fédéral a donnée de l'interprétation de ce concept dans son premier arrêt consacré à l'art. 4 al. 2 3^e phrase (35) se prête mal à indiquer la direction dans laquelle l'application du principe d'égalité devra se développer à l'avenir (36). En revanche, dans son rapport sur le Programme législatif, le Conseil fédéral souligne que le nouvel article constitutionnel exige en particulier la réalisation de l'égalité des chances, et que pour ce faire le législateur doit offrir aux hommes et aux femmes l'accès aux différents domaines de la vie d'une même manière (37). Ainsi, le bon chemin semble être reconnu; il s'agit maintenant de le suivre sans délai.

Dans l'appréciation juridique des réglementations sur les quotas dans le domaine du travail, il faut tenir compte, à côté du mandat d'égalité, de deux autres droits fondamentaux, à savoir la liberté du commerce et de l'industrie pour les employeurs (38), travailleurs masculins (39).

Les quotas impératifs constituent certes une atteinte importante à la Loi et ne sont que difficilement conciliables avec la protection des travailleurs masculins contre les discriminations (40). Il en va tout autrement avec les quotas flexibles, liés aux prestations et en particulier avec les systèmes d'objectifs quantifiés. Les atteintes aux intérêts protégés des employeurs et des travailleurs et collègues masculins sont d'autant plus réduites que la réglementation des quotas laisse une grande liberté d'action aux employeurs dans l'attribution de chaque poste de travail et se limite à la fixation du but et des conditions-cadre nécessaires à son obtention. L'octroi d'un pareil pouvoir de décision et d'appréciation dans les cas individuels permet d'assurer le respect à la fois du principe d'égalité et celui de la justice dans les cas indivi-

duels (41). Il faut affirmer clairement ici que cette marge souhaitable d'action ne doit en aucun cas être utilisée abusivement pour contourner ou vider de leur contenu les réglementations sur les quotas. Celles-ci doivent être respectées. Leur but, qui est de permettre aux femmes d'obtenir l'égalité des chances sur le marché du travail et en politique, ne peut être efficacement poursuivi que si les écarts à la règle ne représentent qu'une exception, dans des cas particuliers et justifiés. On peut ainsi bien tenir compte de l'exigence d'un cadre de décision flexible par des quotas prévoyant en cas de qualifications égales, que la préférence soit donnée à la femme, avec une clause de dérogation pour motifs importants (42).

Lors de l'appréciation juridique des quotas, il faut toujours se souvenir que ces réglementations ne visent pas à priori à avantager les femmes dans les domaines de la formation, de l'emploi et de la promotion. Au contraire elles cherchent à redresser et compenser l'absence constante de prise en considération, dans les différents domaines de la société, de femmes aussi qualifiées que les hommes. Le sexe de la travailleuse n'est ainsi pas le critère principal dans l'attribution d'une position mais constitue un élément additionnel qui s'ajoute lors de la prise de décision aux qualifications et conditions personnelles des gens concernés (43).

La question d'une atteinte à la Loi ne se pose naturellement pas pour les réglementations sur les quotas s'appliquant aux employeurs publics, mais ce n'est pas la seule raison pour laquelle des mesures positives en faveur des femmes doivent être prises par les administrations fédérale et cantonales. En effet, par la concrétisation et la réalisation du mandat constitutionnel de l'égalité donnant aux hommes et aux femmes les mêmes possibilités de participation, les organes de l'Etat peuvent jouer un rôle important de précurseurs. Des expériences réussies avec les mesures de promotion et les quotas seraient le meilleur moyen de lever les doutes et les résistances exprimées au plan théorique envers les mesures positives. Au vu de tels exemples caractéristiques, les employeurs privés se lais-

seraient certainement plus facilement convaincre d'introduire dans leurs entreprises des programmes de promotion des femmes.

4. Exemples étrangers

Diverses lois étrangères sur l'égalité et quelques décrets spécifiques nous montrent l'admissibilité des mesures positives en faveur des femmes dans le domaine du travail (44). La législation suédoise va cependant un pas plus loin: en effet, la prise en compte du sexe jusqu'alors sous-représenté dans les domaines de la formation et de l'emploi n'est pas seulement autorisée mais est conçue comme une obligation pour l'employeur, afin de réaliser une intégration plus forte des femmes dans le monde professionnel. L'article très détaillé a la teneur suivante:

"Dans le cadre de son entreprise, l'employeur doit promouvoir activement l'égalité dans la vie professionnelle. Pour atteindre ce but, l'employeur doit prendre les mesures qui, compte tenu de sa situation économique et des autres éléments, permettent d'atteindre un équilibre entre hommes et femmes dans l'emploi. L'employeur doit aussi faire en sorte que des représentants des deux sexes puissent être candidats aux postes vacants et que, par des mesures de formation et d'autres mesures adéquates, une représentation égale des hommes et des femmes soit assurée dans les différents types de travail et à l'intérieur des différentes catégories de travailleurs".

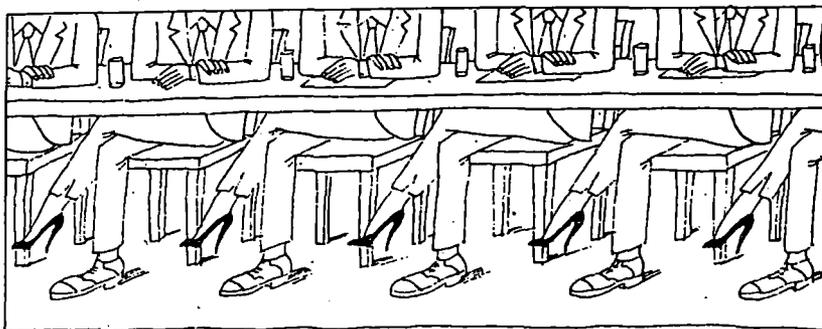
"Lorsque dans une entreprise la représentation des hommes et des femmes dans un certain type de travail et dans certaines catégories de travailleurs est essentiellement différente, l'employeur doit faire des efforts particuliers afin de pourvoir les postes vacants ou nouvellement créés avec des personnes appartenant au sexe sous-représenté, afin que sa proportion augmente toujours davantage. Ceci ne vaut en revanche pas lorsque des circonstances particulières s'opposent à de telles mesures ou que ces dernières sont inappropriées au vu de la situation économique de l'employeur et les autres circonstances" (45).

On considère qu'une représentation égale des sexes est atteinte lorsque les représentants de chacun des deux sexes constituent au minimum 40% de la main d'oeuvre. Cette réglementation des quotas peut donc aussi être invoquée par les hommes, comme cela a déjà été le cas à maintes reprises, en particulier pour les postes dans l'enseignement.

Par analogie avec les "affirmative actions" connues aux Etats-Unis, les employeurs suédois s'obligent par des plans d'action et des programmes à adopter pendant une certaine période des mesures de promotion et des quotas dans l'engagement et la promotion du personnel.

En République fédérale d'Allemagne, des directives sur la promotion des femmes (46) existent depuis quelques années à l'intention des administrations de certains 'Länder', directives qui contiennent parfois aussi des quotas. Pour la réglementation en vigueur à Hambourg, nous vous renvoyons à l'exposé ci-dessous d'Eva Rühmkorf.

Les exemples de quotas connus à l'étranger et en Suisse dans le domaine politique doivent être complétés avec la tentative française d'élargir la loi électorale par un quota: en 1982, le Parlement a amendé la loi électorale s'appliquant aux élections municipales en prévoyant que pour les communes de plus de 3'500 habitantes et habitants, les listes électorales ne pourraient pas contenir plus de 75% de candidats du même sexe. Cette réglementation a été jugée contraire à la Constitution par les 9 "sages" du Conseil constitutionnel pour qui les seules conditions d'éligibilité admissibles étaient celles déjà prévues dans la loi; toute condition additionnelle, telle que celle voulue par le Parlement, représenterait, d'après le Conseil constitutionnel, une restriction inadmissible du droit de vote des électeurs.



Jansen Mechthild (Ed.): Halbe-Halbe, Berlin 1986, p. 34.

III. Les quotas - une perspective

"(...) personne ne veut des quotas, pourtant ils existent partout - à l'avantage des hommes": qu'en est-il de cette affirmation provocante de Heide PFARR? Une enquête anglaise de 1979 fournit des résultats intéressants: A la question de savoir à qui ils donnèrent la préférence en présence d'hommes et de femmes également qualifiés, 68% des chefs du personnel interrogés donnaient la préférence aux hommes, 1% aux femmes; 22% répondaient que le sexe était insignifiant. Les autres soit n'étaient pas décidés soit ne pouvaient donner aucune réponse (47). Une telle enquête en Suisse donnerait-elle des résultats bien différents? Des indications concrètes manquent, à tout le moins... On ne peut développer ici davantage les multiples raisons pour lesquelles, à qualifications égales, la préférence de fait pour les hommes apparaît comme socialement acceptable (ou du moins plus acceptable) alors que les mesures en faveur de l'égalité qui exigent une prise en compte des femmes sont si mal considérées. Il n'en demeure pas moins incontesté qu'avec les conditions mentionnées précédemment, les quotas présentent le grand avantage de provoquer relativement vite une intégration proportionnée des forces de travail et font entrer dans le marché du travail les groupes jusqu'à présent défavorisés (48). Ils constituent de plus un encouragement et un effet de signal notamment sur des mécanismes comme l'identification à des modèles (49).

Afin que la méthode cohérente consistant à promouvoir des femmes à qualifications et prestations égales à celles des hommes, puisse être véritablement appli-

quée, des mesures additionnelles avec des conditions-cadre sont nécessaires. Pour favoriser par exemple l'entrée des jeunes filles dans des professions traditionnellement masculines, il faut entre autres que l'orientation professionnelle offre des informations et explications complètes sur le monde du travail, que les livres et le matériel scolaires évitent une représentation traditionnelle des rôles masculins et féminins, et que les questions d'égalité fassent leur apparition dans les programmes d'étude. Afin de nommer des femmes à des postes élevés, il faut que dans le cadre des entreprises la promotion des femmes soit poursuivie de manière conséquente, que des possibilités de formation continue et des stimulations soient offertes aux femmes, à tous les niveaux hiérarchiques.

Sur le plan politique, les partis ou les syndicats voulant vraiment augmenter leur proportion de femmes à tous les niveaux, ne doivent pas penser à elles uniquement avant les élections, pour éviter que les quotas n'aient qu'un caractère d'alibi.

L'institution de quotas et de mesures de promotion des femmes doit de toute façon être accompagnée d'un effort soutenu d'explication et de sensibilisation, sur une base très large. Ce n'est que lorsque les barrières actuelles encore élevées, qui cachent en partie les peurs des hommes et des femmes, des employeurs et des syndicats, des directions des partis et de leurs membres, auront été supprimées que les quotas pourront aussi faciliter effectivement aux femmes l'accès à tous les domaines de la société qui leur reviennent.

(Traduction: Patricia Schulz)

Remarques

- 1) Ainsi par exemple la création d'un Bureau pour l'égalité des droits à Genève et l'Office pour les femmes dans l'administration zurichoise, mais aussi l'initiative privée "Des faits au lieu de paroles", qui tente de motiver les employeurs privés et publics à développer et appliquer des programmes de promotion des femmes.
- 2) Par exemple le siège réservé auprès du Gouvernement bernois par la Constitution à la minorité francophone (art. 33 al. 4); des règles analogues existent dans les cantons de Fribourg et du Valais. Ces exemples ont aussi été utilisés par Charles-Albert MORAND comme preuve qu'en Suisse les quotas linguistiques sont connus de longue date; L'égalité des sexes ou l'érosion jurisprudentielle d'un droit fondamental. Rapport présenté au séminaire sur l'égalité des sexes, Martigny, 7-9 mai 1987, organisé par l'Université de Genève, Faculté de droit, p. 28.
- 3) FF 1974 II 469.
- 4) Instructions du Conseil fédéral concernant la représentation des communautés linguistiques dans l'administration générale de la Confédération du 12 janvier 1983, FF 1983 I 787.
- 5) Ernst BENDA: Notwendigkeit und Möglichkeit positiver Aktionen zugunsten von Frauen im öffentlichen Dienst, Fribourg (RFA) 1986, p. 7
- 6) Respectivement sur un plan horizontal ou vertical.
- 7) Ernst BENDA: op. cit. p. 41.
- 8) Claudia KAUFMANN: Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Familie gemäss Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung, Grusch 1985, p. 37.
- 9) Walter SCHMITT GLAESER: Die Sorge des Staates um die Gleichberechtigung der Frau. In: Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 10/1982, p. 385.
- 10) Comparer Ernst BENDA: op. cit. p. 42.
- 11) Walter SCHMITT GLAESER: op. cit. p. 38
- 12) Ernst BENDA: op. cit. p. 43 et ss; Christine HOHMANN-DENNHARDT: Ungleichheit und Gleichberechtigung. Zur kompensatorischen Funktion von Frauenquoten in Rechts- und Sozialpolitik, Heidelberg 1982, p. 30 et ss.
- 13) Christine HOHMANN-DENNHARDT: op. cit. p. 30.
- 14) Ernst BENDA: op. cit. p. 44.
- 15) Sibylle RAASCH: Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: Demokratie und Recht 3/1985, p. 329.
- 16) Christine HOHMANN-DENNHARDT exige pour cela des classifications précises déterminant les critères de prestations pertinents pour chaque activité.
- 17) Ernst BENDA: op. cit. p. 170; Christine HOHMANN-DENNHARDT: op. cit. p. 41.
- 18) Dans le même sens Ernst BENDA: op. cit. p. 178.
- 19) Sibylle RAASCH: op. cit. p. 334.
- 20) Cf. Christine HOHMANN-DENNHARDT: op. cit. p. 30.
- 21) A l'étranger, et ce particulièrement aux Etats-Unis, les systèmes d'objectifs quantifiés représentent une part importante des programmes d'action positive, dont le respect peut conduire à l'octroi de mandats publics ou de subventions.
- 22) RS 101.
- 23) Dans la version allemande de l'art. 4 al. 2 Cst. la différence entre égalité de droit et de fait est donc explicite.
- 24) Comparer à ce propos les explications plus détaillées de Claudia KAUFMANN: op. cit. p. 30 et ss.
- 25) Karl Heinrich FRIAUF: Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Stuttgart 1981, p. 7.

- 26) Comparer à ce propos par exemple Jörg Paul MUELLER: Soziale Grundrechte in der Verfassung? 2e édition complétée, Bâle et Francfort 1981, notamment p. 152 et ss. et p. 220 et ss.; René A. RHINOW: Grundrechtstheorie, Grundrechtspolitik und Freiheitspolitik. In: Recht als Prozess und Gefüge. Festschrift für Hans HUBER zum 80. Geburtstag, Berne 1981, p. 430 ss; Peter SALADIN: Grundrechte im Wandel. 2e édition, Berne 1981, p. XVIII et ss.
- 27) René RHINOW: op. cit. p. 440 et ss.
- 28) Karl Heinrich FRIAUF: op. cit. p. 29.
- 29) Femmes et hommes: Faits, perspectives, utopies, Berne 1987, p. 29.
- 30) Alexandre DIX: Gleichberechtigung durch Gesetz. Baden-Baden 1984, p. 374; cité d'après Ernst BENDA: op. cit. p. 123 et ss.
- 31) Ibidem; dans le même sens Claudia KAUFMANN: op. cit. p. 52.
- 32) FF 1986 I 1139 et ss.
- 33) Charles-Albert MORAND: op. cit. p. 30.
- 34) Du 19 novembre 1979; FF 1980 I 110.
- 35) ATF 108 Ia 22 et ss.
- 36) Voir à ce propos la critique de Claudia KAUFMANN: op. cit. p. 52 et ss; Charles-Albert MORAND: op. cit. p. 43.
- 37) FF 1986 I 1139.
- 38) Art. 22ter Cst.
- 39) Il est incontesté que l'art. 4 al. 2 Cst. a été introduit pour permettre l'amélioration de la situation des femmes, mais qu'il peut aussi être invoqué par les hommes. A comparer avec le premier jugement rendu par le Tribunal fédéral, affaire dans laquelle un fonctionnaire a invoqué la violation du principe d'égalité par les Statuts de la Caisse fédérale de pension en ce qui concerne la retraite anticipée: le TF a estimé que la retraite anticipée serait soumise aux mêmes conditions pour hommes et femmes; arrêt du 25 mars 1983.
- 40) Dans la doctrine, on trouve quelques auteurs qui approuvent les quotas rigides dans l'octroi des places de formation et qui les considèrent con-
- formes à la Constitution, car il s'agirait là d'une condition essentielle à l'égalité des chances; voir dans ce sens Christine HOHMANN-DENN-HARDT: op. cit. p. 42 et 46 s.
- 41) Dans le même sens Ernst BENDA: op. cit. p. 189 et ss.
- 42) Ibidem: op. cit. p. 193.
- 43) De ce fait les quotas ne sont en rien une exception au principe de l'interdiction de la discrimination - et ne constituent en aucun cas une "discrimination positive" - mais représentent un moyen limité dans le temps afin de compenser la traditionnelle discrimination à l'encontre du sexe sous-représenté, moyen compatible, en raison du but et de la nature des quotas, avec le mandat constitutionnel tendant à la réalisation de l'égalité.
- 44) Comparer p.ex. avec l'Irlande: The Employment Equality Act du 1er juin 1977; la Norvège: Loi sur l'égalité des femmes et des hommes du 9 juin 1978; les Etats-Unis: Executive Orders: No 11246 et 11375 (1965 et 1967) imposent des programmes d'action comme condition pour les entreprises afin d'obtenir des contrats publics.
- 45) Loi sur l'égalité des femmes et des hommes dans la vie salariée du 13 décembre 1979.
- 46) Souvent accompagnées d'organes d'exécution (office pour l'égalité, déléguée à l'égalité des droits, etc.).
- 47) Guide sur la promotion des femmes dans les entreprises, publié par le Ministère fédéral pour la jeunesse, la famille et la santé, Bonn 1985.
- 48) Il en va de même pour les quotas dans le domaine politique.
- 49) Hanna Beate SCHÖEPP-SCHILLING: Förderpläne, Quoten und Zielvorgaben: Internationale Erfahrungen. In: Quotierung - Reizwort oder Lösung? Expertenanhörung der Hessischen Landesregierung am 2. Mai 1985, p. 51.

Bibliographie

- BENDA ERNST: Notwendigkeit und Möglichkeit positiver Aktionen zugunsten von Frauen im öffentlichen Dienst. Rechtsgutachten erstattet im Auftrag der Senatskanzlei - Leitstelle Gleichstellung der Frau - Freie und Hansestadt Hamburg, Fribourg i.Br. 1986.
- DAEUBLER-GMELIN HERTA/PFARR HEIDE M./WEG MARIANNE (Ed.): Mehr als nur gleicher Lohn! Handbuch zur beruflichen Förderung von Frauen, Hambourg 1985.
- COMMISSION POUR LES QUESTIONS FEMININES (Ed.): Femmes et hommes: Faits, perspectives, utopies, Berne 1987.
La situation de la femme en Suisse. Quatrième partie: Politique au féminin, Berne 1984.
- FRIAUF KARL HEINRICH: Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesministers des Innern, Stuttgart 1981.
- HANAU PETER: Die umgekehrte Geschlechterdiskriminierung im Arbeitsleben. In: Festschrift für Wilhelm Herschel zum 85. Geburtstag, Munich 1982, p. 191ss.
- HOHMANN-DENNHARDT CHRISTINE: Ungleichheit und Gleichberechtigung. Zur kompensatorischen Funktion von Frauenquoten in Rechts- und Sozialpolitik, Heidelberg 1982.
- JANSEN MECHTILD (Ed.): Halbe - Halbe. Der Streit um die Quotierung, Berlin 1986.
- JANSSEN-JURREIT MARIELOUISE: Frauenprogramm. Gegen Diskriminierung. Ein Handbuch, Reinbek 1979.
- KAUFMANN CLAUDIA: Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Familie gemäss Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung, Grösch 1985.
- MEYER BIRGIT: Frauen an die Macht? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. In: Das Parlament, B 9-10, 1987, p. 15 ss.
- MUELLER JOERG PAUL: Soziale Grundrechte in der Verfassung? 2e édition augmentée, Bâle/Francfort 1981.
- MORAND CHARLES-ALBERT: L'égalité des sexes ou l'érosion jurisprudentielle d'un droit fondamental. Rapport présenté au séminaire sur l'égalité des sexes, Martigny 7-9 mai 1987, organisé par l'Université de Genève, Faculté de droit.
- PFARR HEIDE M.: Herstellung und Sicherung von Chancengleichheit durch Recht - dargestellt am Beispiel von Frauen. In: Grundrechte und soziale Wirklichkeit, éd. par W. HASSEMER/W. HOFFMANN-RIEM/J. LIMBACH, Baden-Baden 1982, p. 255 ss.
- RAASCH SIBYLLE: Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: Demokratie und Recht 3/1985, p. 319 ss.
- RHINOW RENE A.: Grundrechtstheorie, Grundrechtspolitik und Freiheitspolitik. In: Recht als Prozess und Gefüge. Festschrift für Hans Huber zum 80. Geburtstag, Berne 1981, p. 427 ss.
- ROSSINELLI MICHEL: Actions positives et égalité des sexes en droit suisse. Rapport présenté au séminaire sur l'égalité des sexes, Martigny 7-9 mai 1987, organisé par l'Université de Genève, Faculté de droit.
- SALADIN PETER: Grundrechte im Wandel, 2e édition, Berne 1981.
- SCHMITT GLAESER WALTER: Abbau des tatsächlichen Gleichberechtigungsdefizites der Frauen durch gesetzliche Quotenregelungen. Rechtsgutachten erstattet im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Stuttgart 1982.
Die Sorge des Staates um die Gleichberechtigung der Frau. In: Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 10/1982, p. 381 ss.
- SCHOEPP-SCHILLING HANNA BEATE: Förderpläne, Quoten und Zielvorgaben: Internationale Erfahrungen. In: Quoten - Reizwort oder Lösung? Expertenanhörung der Hessischen Landesregierung am 2. Mai 1985, p. 47 ss.

Gleichstellung durch "Sonderrechte" ? -
Zur Frage der Zulässigkeit und Effektivität von Quoten *)

von Heide M. Pfarr, Professorin für Arbeitsrecht an der Universität Hamburg

1. Ohne bewusste Frauenförderung geht nichts...

Die übergrosse Mehrheit der Frauen heute will anders leben als sie es tun. Die übergrosse Mehrheit der Frauen will nicht nur eines, sondern alles: Familie und Gesellschaft und Erwerbsarbeit. Frauen reklamieren ihr Recht auf Arbeit, sie verlangen, dass sie endlich in allen Bereichen des Erwerbslebens, auch den zukunfts-trächtigen, und in allen Positionen, auch den höheren, ihren gleichberechtigten Platz einnehmen können. Und sie wollen mitmachen, mitbestimmen im gesellschaftlichen Leben, auch in der Politik. Das klingt ganz selbstverständlich und harmlos, ist aber weder selbstverständlich noch gar harmlos.

Denn es kann ja nicht bedeuten, dass die Frauen werden wollen wie die Männer und leben wollen wie sie, um diese Chancen zu haben. Wenn wir die Welt betrachten, so wie die Männer sie gemacht haben, wenn wir die Männer selbst liebevoll und nachsichtig mustern, wie es so unsere Art ist, wäre es schlechtweg aberwitzig, den Frauen zu unterstellen, sie wollten leben und sein wie die Männer. Frauen wollen ein friedliches, ein menschliches und ein lebenswertes Leben und sie wollen Frauen sein und bleiben. Das heisst übrigens

*) Referat gehalten an der Tagung 'Quoten - Reizwort oder Wundermittel?' vom 31.10.87 in Bern, organisiert von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland und dem Dienst für Frauenfragen im Bundesamt für Kulturpflege, Bern.

nicht, dass sie sich nun eine vielleicht ein bisschen modernere Fassung aufschwätzen lassen davon, wie Frauen sind oder gefälligst in ihrem 'Wesen' zu sein haben, friedlich z.B. und sanft - das haben die Männer und ihre Institutionen, etwa die Kirche, ein paar Jahrhunderte zu lange gemacht, davon haben Frauen inzwischen wirklich genug. Wie sie sind, wie sie sein wollen, das wollen die Frauen selbst und eigenständig bestimmen, unabhängig vom Rollendiktat durch die Männer. Uebrigens auch unabhängig von den Vorstellungen anderer Frauen darüber, wie 'wirkliche Frauen' zu sein haben.

Es gibt auch schon viele Männer, die anders leben und anders arbeiten wollen, die nicht mehr akzeptieren wollen, was auch von ihnen wie selbstverständlich als Rolle erwartet wird. Die Zahl dieser Männer wird immer grösser - aber sie ist noch so klein, dass sie in repräsentativen Untersuchungen noch gar nicht erfassbar ist.

Aber noch ist die übergrosse Mehrheit der Männer anders gesonnen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Frauen, aber sie ist keines für die Mehrheit der Männer. Das gleiche gilt für die Vereinbarkeit von Familie und Politik. Und da verwundert es natürlich nicht, wenn Männer nicht einmal auf die Idee kommen, dass es auch für sie gelten soll, dass sie, sie selbst, die Männer, Beruf und Familie, Politik und Familie, und das heisst Familienarbeit miteinander vereinbaren können sollen. Männer sind im Gegenteil daran interessiert, die Trennung von beruflichem und politischem zum familiären Bereich aufrecht zu erhalten, weil gerade diese Trennung ihre männlichen Privilegien in Berufsleben und Politik wie auch zu Hause absichert und gleichzeitig legitimiert.

Wenn wir die Bedingungen der Erwerbsarbeit heute betrachten oder die Bedingungen, unter denen Politik gemacht wird, dann müssen

wir feststellen: Beruf und Familie, Politik und Familie sind nicht vereinbar oder nur um den hohen Preis einer dauerhaften Ueberforderung - einen Preis, den viele Frauen schon erbringen und erbringen müssen. Für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Politik und Familie, die nicht diesen zu hohen Preis fordert, muss die Erwerbsarbeit verändert werden, müssen die Bedingungen verändert werden, unter denen Politik gemacht wird.

Die Arbeitswelt und die Welt der Politik sind heute gemacht von denen und für die, die nur dies haben und, wie schon gesagt, auch nur dies wollen. Erwerbsarbeit und Politik: sie ist gemacht für die Männer, die Familienarbeit und die tägliche Fürsorge für Kinder nicht leisten. Die Arbeitsbedingungen, die Anforderungen an Arbeitsplätzen und in Aemtern und Funktionen, die heute gestellt werden, nehmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten von Menschen, die Familienarbeit machen müssen und - übrigens - durchaus auch ihren Teil in der Familie machen wollen, die mit ihren Kindern leben und nicht nur deren Foto auf dem Schreibtisch haben wollen. Auch für die weniger qualifizierte Berufsarbeit, die weniger herausgehobenen politischen Funktionen gelten Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten, die blosser Berufsmenschen, Nur-Politiker verlangen und voraussetzen, Menschen, die andere Menschen für sich und ihre Kinder sorgen und das heisst arbeiten-lassen. Menschen also, die Frauen für sich arbeiten lassen und damit, auf mittelbare Weise, auch für die Arbeitgeber der Männer arbeiten lassen - unbezahlt, versteht sich. So werden durch die Strukturen der Erwerbsarbeit und der politischen Arbeit bestimmte Sorten von Menschen hervorgebracht, Berufsmenschen und Nur-Politiker zum einen, aber auch die andere Sorte, die die Frauen stellen. Und die einen, die Männer, wollen das auch so.

Sollen Arbeitsplätze, alle Arbeitsplätze auch Arbeitsplätze für Frauen sein, so müssen die Bedingungen der Berufsarbeit geändert werden. Sollen alle Aemter und Funktionen auch von Menschen besetzt werden können, die nicht Nur-Politiker sein wollen, so müssen die Bedingungen, unter denen Politik gemacht wird, verändert wer-

den. Die Arbeitswelt, die Politik dürfen zukünftig den Geschlechtern ihre Rollen nicht mehr diktieren.

Aber: Arbeitgeber halten die Beschäftigung von Männern für günstiger als die von Frauen. Diese Aussage gilt mit Ausnahme weniger und dann unten angesiedelter Arbeitsplätze. Arbeitgeber bevorzugen Männer als Beschäftigte übrigens nicht deshalb, weil sie einen Charakterfehler haben oder Frauen grundsätzlich nicht mögen. Vielmehr halten sie die Beschäftigung von Männern im Kosten-Nutzen-Verhältnis für ökonomisch gewinnträchtiger und die Zuteilung von zeitweiliger wie von dauerhafter Erwerbslosigkeit an die Frauen für sozial ungefährlicher, ja günstig. Männer werden nicht schwanger und Frauen sind leidensfähiger. Hinzu kommen ausgeprägte Vorurteile über das Arbeitsvermögen der Frauen.

2. Was für die Erwerbsarbeit gilt, trifft auch für die Politik zu

Für den Bereich der Politik gilt: Politiker wie männliche Parteimitglieder ahnen bereits, dass die Gleichstellung der Frauen in Politik und Partei ihr Leben nicht unberührt lassen kann. Denn in schöner Regelmässigkeit bedeutet der Funktionszuwachs für die Frauen ja nicht nur, dass den Männern weniger Aemter zu besetzen bleiben. Schlimm genug. Vielmehr werden ihnen - und das ist noch viel bedrohlicher - weibliche Ressourcen entzogen, über die sie bisher in beruhigender Selbstverständlichkeit verfügt haben. Frauen werden selbst in den Gremien und Aemtern sitzen, statt den Männern für ihren ersten und ihren zweiten Beruf in der Politik zu Hause den Rücken frei zu halten. Sie werden gar erwarten, dass er, der Mann, sich derweil um Kinder und Küche kümmert. Ueberhaupt könnten Männer dann, von den Frauen in den Funktionen zur Hälfte entlastet, viel mehr zu Hause sein. Wie Erfahrung und Untersuchungen belegen, ist dies aber für Männer offenbar ein so schrecklicher Gedanke, dass sie möglichst viel tun und übernehmen, nur damit sie nicht zuviel zu Haus und zu nahe an der Hausarbeit sein können. Noch können sich zu wenige der Männer vorstellen, dass ihnen auch Positives wächst, wenn sie anders leben und anders arbeiten, dass die Für-

sorge um Menschen, täglicher, enger Umgang mit Abhängigen, mit Schutzbedürftigen nicht nur Kraft nimmt, sondern auch Kraft gibt und wichtige Erfahrungen.

Für die Frage wirksamer Instrumente zur Herstellung der Gleichberechtigung folgt daraus: Nur gegenüber den Vorurteilen mögen Ueberzeugungsarbeit und Aufklärung helfen. Bleibt das Kosten-Nutzen-Verhältnis unverändert, wird eine Reservearmee gebraucht, werden Arbeitgeber Männer bevorzugen, wenn sie können - und sie können es, wenn Männer auf dem Arbeitsmarkt ausreichend zu haben sind. Solange Männer in der Gleichstellung der Frauen in Politik und Partei keinen Nutzen, sondern nur Gefahren für sich selbst sehen, werden Argumente nicht weit tragen.

Diese Gegebenheiten sind es, die eine Politik berücksichtigen muss, die effektiv sein soll zugunsten der Frauen und ihren Interessen. Eine Politik, die diese Bedingungen ausser acht lässt, die ihre Programme, ohne Rücksicht auf diese Bedingungen formuliert, muss scheitern, wenn sie nicht gar gegen die Frauen und ihre Interessen läuft. Politikerinnen und Politiker, die eine solche abgehobene Politik als wirksame Frauenpolitik vertreten, sind bestenfalls naiv, dann durchaus sympatisch, oder sie wissen, was sie tun, dann sind sie unglaublich, um es zurückhaltend auszudrücken.

Wie gesagt: Die Bedingungen, unter denen Erwerbsarbeit erbracht wird, unter denen Politik gemacht wird, müssen geändert werden, es bliebe sonst bei den auf Männer und ihre Lebensmuster hin zugeschnittenen Strukturen. Die Bedingungen können aber nur von innen verändert werden, von denen, die in ihnen arbeiten und denjenigen, die die Bedingung für sie vereinbaren. Es wäre ganz unrealistisch zu glauben, Arbeitsbedingungen könnten von aussen

geändert werden, durch Beschwörung von denen, die draussen bleiben müssen, weil sie in die Strukturen nicht hineinpassen. Nein, diejenigen, die die Bedingungen der Erwerbsarbeit ändern wollen, müssen erwerbstätig sein und sie müssen ihre Interessen da einbringen können, wo die Bedingungen der Erwerbsarbeit festgelegt werden. Das sind der Gesetzgeber, die Regierung und die Parteien, das sind auch die Gewerkschaften. So ist es nur logisch, dass die Frauen sowohl in den Parteien wie auch in den Gewerkschaften immer energischer ihr Recht anmelden, vertreten zu sein in all den bestimmenden Gremien, Vorständen, Kommissionen, bei den hauptamtlich Beschäftigten - also überall da, wo sie heute bestenfalls eine verschwindende Minderheit sind.



Diejenigen, die Politik mitbestimmen wollen, müssen erst einmal Ämter und Mandate bekommen. Für den Bereich der politischen Parteien bedeutet das, den weiblichen Mitgliedern ein Recht auf anteilmässige Berücksichtigung einzuräumen. Für den Bereich des Erwerbslebens bedeutet das: Arbeitsbedingungen werden erst dann verändert werden können, wenn die Unternehmer, wenn die Arbeitgeber Frauen einstellen und auch auf qualifizierten Positionen akzeptieren müssen. Und zwar auch diejenigen Frauen akzeptieren müssen, die weibliche Lebensmuster haben, also Familie, um die sie sich kümmern müssen und kümmern wollen.

Was die Parteien betrifft, kann der bewusste und unbewusste Widerstand gegen die Gleichstellung der Frauen nur durch verbindliche Quotenregelungen überwunden werden. Anders geht es nicht, schon deshalb nicht, weil zu viele kurzfristige Interessen am Istzustand hängen. Es bedarf daher notwendig des steuernden Eingriffs. Wer auf schleichende Prozesse hofft, verniedlicht die Probleme. Wer auf Appelle setzt und auf Steuerung verzichtet, beschliesst die Gleichstellung der Frauen in Gesellschaft und Partei folgenlos, zum Schein.

Ohne eine bewusste Politik der Frauenförderung aber werden auch Unternehmen Frauen nicht akzeptieren, werden sie die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, nicht ändern. Sondern es werden weiterhin Anforderungen an Arbeitsplätze gestellt, die ganz auf Männer zugeschnitten sind und die Menschen mit Familienpflichten nicht erfüllen können.

Durch verbindliche Frauenförderpläne mit Zielvorgaben, auch Quoten genannt, müssen wir die Unternehmer dazu bringen, Menschen in allen Bereichen einzustellen und zu befördern, die ihnen zwar ausgezeichnete Qualifikationen, aber nicht unbegrenzte Verfügbarkeit bieten, Menschen, die nicht nur an ihren Beruf denken. Und die auch einmal schwanger werden. Nicht dauern und ewiglang schwanger und nicht immer zur Unzeit, wie alle Personalchefs glauben, aber zweifellos: sie werden auch mal schwanger. Den Arbeitgebern darf nicht mehr gestattet werden, die Männer dazu zu

zwingen, ihre Frauen auszubeuten, wenn sie es mal nicht von ganz alleine tun. Eine halbe Arbeitskraft zu Hause unbezahlt zur Verfügung zu haben, darf nicht mehr karierefördernd sein oder gar die Voraussetzung, einen Arbeitsplatz überhaupt ausfüllen zu können. Das gilt auch für die Politik.

3. Das Mittel "Quotierung"

Also: es geht nicht ohne bewusste Frauenförderung. Es geht nicht ohne Quoten, die notwendiger Bestandteil von Frauenförderung sind.

Dabei ist den Frauen, die Quoten fordern, durchaus bewusst, dass Quoten Regelungen sind, die auf den ersten Blick den Zustand, den sie beseitigen sollen, erst einmal selbst festschreiben. Denn Entscheidungen für Personen sollen vom Geschlecht abhängig gemacht werden, im Unterschied zur alltäglichen Praxis allerdings soll die Bevorzugung einmal nicht den Männern gelten. Im Gegenteil: Frauen sollen bevorzugt werden.

Die Bevorzugung dieses Geschlechts allerdings ruft erhebliche Widerstände hervor, von denen einige auch als Argumente auftreten. Sicherlich genügt für ihre Widerlegung nicht allein der Hinweis, Frauenquoten seien darauf angelegt, sich selbst überflüssig zu machen. Wenn niemand mehr ihres Geschlechts wegen benachteiligt wird, soll niemand seines Geschlechts wegen benachteiligt werden.

Die Argumente sind breiter. So wird befürchtet, Quoten würden dazu führen, dass unqualifizierte Frauen qualifizierten Männern vorgezogen werden.

In dieser Diskussion entsteht der Eindruck, als sei selbstverständlich und verbindlich, was Qualifikation allgemein und im Einzelfall bedeutet. Eine solche Annahme beruht aber entweder auf Naivität oder auf interessengeleiteter Wahrnehmung.

So wird zum Beispiel über Qualifikation heute in Zusammenhängen gesprochen, in denen zu Zeiten, in denen nur Männer diese Positionen beanspruchten und bekamen, nie von Qualifikation, sondern von vielfälti-

gen anderen Auswahlkriterien die Rede war, z.B. von Proporz, Seriosität, Hausmacht, Herkunft, regionale Verbundenheit etc. Das gilt vor allem für Funktionen in Organisationen, auch in Parteien und Gewerkschaften. Die neue Frage nach der Qualifikation dient hier regelhaft der Abwehr der Ansprüche von Frauen; der Begriff wird in der konkreten Situation so ausgefüllt, dass die Frauen ihm nicht, der männliche Mitbewerber ihm aber wohl oder wenigstens annäherungsweise zu entsprechen vermag. Die Erfahrung zeigt, dass dann, wenn die Abwehr von Bewerberinnen durch Definition der erforderlichen Qualifikation misslingt, weil wie auch immer Frauen sie gleichfalls erfüllen, auf die alten Auswahlkriterien zurückgegriffen wird.

In der juristischen Auseinandersetzung wird die Qualifikation als notwendiges Kriterium für die Besetzung von Arbeitsplätzen im Bereich der Privatwirtschaft gesehen; keine Unternehmung dürfte durch Regelungen gezwungen werden, Stellen mit minderqualifizierten Bewerber/inne/n zu besetzen. Diese Aussage setzt voraus, dass Arbeitgeber regelmässig feste Vorstellungen von der spezifischen Qualifikation der Arbeitskräfte haben und sich bei ihren Personalentscheidungen rational nach diesen Kriterien richten. Beides ist nur höchst eingeschränkt der Fall.

Die Anforderungen an die Qualifikation von Arbeitskräften, von einer Grundausbildung also Mindestqualifikation abgesehen, richten sich in der Praxis weniger nach den Anforderungen des Arbeitsplatzes als nach den Bedingungen des Arbeitsmarktes. Nicht die für einen bestimmten Arbeitsplatz geeignete Person erfüllt das Kriterium der Qualifikation, sondern diejenige jeweils beste Qualifikation wird verlangt, die der Arbeitsmarkt ausreichend bereithält.

Darüber hinaus wird Qualifikation für den Einzelfall mit Begriffen umschrieben, die beliebig deutbare Inhalte haben. Sie dienen oft dazu, eine Personalentscheidung zu begründen, nicht, sie inhaltlich zu bestimmen.

Schliesslich haben sich die Kriterien für Qualifikation für anspruchsvollere Positionen regelmässig an den Erfahrungen mit Männern gebildet. Sie, ihre Art, eine Position auszufüllen, ihre Stärken und ihre Schwächen, schliesslich ihre Lebensmuster prägen die Vorstellungen der Personalentscheider über die erwarteten Qualifikationen.

4. Zwei Arten von Quoten

Aber die Auseinandersetzung mit dem Argument der Gefährdung von Qualifikationsanforderungen verlangt auch eine Klärung, was wir überhaupt unter Quoten verstehen wollen. Wir finden nämlich ganz unterschiedliche Vorstellungen von Quotierungen vor, die durchaus unterschiedliche Wirkungen haben. Wir können danach unterscheiden, ob es sich um Entscheidungs- oder Ergebnisquoten handelt. Regelungen, die darauf verzichten, die Mittel festzulegen, wie der Anteil der Frauen zu erhöhen sei, aber verbindlich machen, wie hoch der Anteil der Frauen zu einer bestimmten Zeit sein soll, sind Ergebnisquoten. Ueber die Höhe des Anteils ist übrigens damit noch nichts gesagt.

Es gibt aber auch Entscheidungsquoten. Entscheidungsquoten wollen dadurch eine Erhöhung des Anteils der Frauen erreichen, indem sie auf Personalentscheidungen im Einzelfall zugunsten von Frauen einwirken wollen. Die Richtlinie Hamburgs enthält eine solche Entscheidungsquote.

Wenn Quoten als Zielvorgaben benannt werden, dann ist der Inhalt dieser Quote die Forderung, dass innerhalb einer bestimmten Frist ein festgelegtes Verhältnis der Geschlechter für bestimmte Positionen zu erreichen sei. Das ist dann die Zielvorgabe. Auf welchem Weg die Verantwortlichen diese Zielvorgabe erfüllen, bleibt ihnen allein überlassen.

Bei einer Quotenregelung, die da lautet: "Vorrangige Berücksichtigung von Frauen bei gleicher Qualifikation", wird für die Besetzung von Stellen eine Quote für Männer und Frauen festgelegt. Die Auswahl erfolgt nach Qualifikationsgesichtspunkten unabhängig vom Geschlecht. Liegt bei einem Bewerber und einer Bewerberin eine gleiche Qualifikation vor, so werden die Ange-

IM RAHMEN DER
HUMANISIERUNG DER ARBEITS-
WELT WOLLEN WIR SIE VOM KON-
KURRENZDRUCK BEFREIEN:
FRL. KLEIN WIRD
ENTLASSEN



Aus Jansen Mechtild (Hg.): Halbe-Halbe.
Berlin, 1986, S. 65.

hörigen des bisher unterrepräsentierten Geschlechts bis zum Erreichen der Quote vorrangig berücksichtigt. Mir ist sehr wichtig, dass bei einer solchen Entscheidungsquote das Argument "die Leistung werde beeinträchtigt" niemals zieht. Denn nur bei gleicher Qualifikation wird ja die Frau berücksichtigt.

Durch Ergebnisquotierungen würden Arbeitgeber hingegen möglicherweise gezwungen, von ihren auf Männer hin geformten Leistungsanforderungen Abstand zu nehmen; denn sie müssten zu einem bestimmten Anteil Frauen bei der Besetzung qualifizierter oder Frauen bisher weitgehend verschlossener Positionen berücksichtigen und könnten so ihnen gegenüber die Uebernahme männlicher Lebensmuster nicht durchsetzen. Nicht unter dem Druck permanenter männlicher Konkurrenz würden Frauen ihre eigenen Werte und Lebensentwürfe beibehalten können. Wie ich zu Beginn ausgeführt habe, ist diese Abkehr von dem allein auf Männer zugeschnittenen Leistungsbegriff in meinen Augen gerade Sinn und Chance ergebnisorientierter Quotierungen.

So ist es nur konsequent, dass ich von Zielvorgaben eine erheblich grössere Wirkung erwarte als von Entscheidungsquoten, eine Wirkung vor allem, die Frauen sie selbst sein lässt. Allerdings meine ich, dass Unternehmer zu der Er-

füllung von Zielvorgaben nicht gezwungen werden dürfen. Personen einzustellen, die nicht über die erforderliche Mindestqualifikation für die auszuübende Tätigkeit verfügen. Wohl aber können sie angehalten werden, dafür zu sorgen, dass sich Frauen entsprechend qualifizieren können.

Aber noch einmal zurück zum Bereich der Politik. Den Frauen, die die Gleichstellung der Frauen in der Partei fordern, die Quoten verlangen, wird oft kritisch die Frage gestellt, was denn anders, was denn besser sein würde in Partei und Politik, wenn es mehr von ihnen in Ämtern und Funktionen gäbe. Schliesslich komme es auf die Inhalte an - darüber wenigstens herrsche doch wohl Konsens.

Diese kritische Frage hat mehrere Facetten. Sie kann dahin verstanden werden - und so ist sie wohl auch gemeint -, dass der Anspruch der Frauen auf Gleichstellung der Rechtfertigung bedürfe, erklärt und begründet werden müsse - eine erstaunliche Anmutung, deren massenhafte Verbreitung deutlich macht, dass gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen immer noch nicht selbstverständlich und Standard im Bewusstsein der meisten sind. Aber mehr noch: aus dieser kritischen Anfrage an die Frauen sprechen auch Selbstbewusstsein und Selbstzufriedenheit, die verblüffen. Denn es gehört doch schon eine Menge Selbstbewusstsein und Selbstzufriedenheit, um nicht zu sagen Unverfrorenheit dazu, zu meinen, diejenigen, die das Sagen bisher hatten und die Welt, die Partei und die Politik so gemacht haben, wie sie sind, sollten wir auch fürderhin ungestört untereinander lassen. Und erst recht gilt das für alles, was Fraueninteressen ausmacht. Ueberall haben Gesetzgeber, Regierungen und Parteien Fraueninteressen gegenüber Männerinteressen vernachlässigt und der Benachteiligung der Frauen lange, allzu lange tatenlos zugesehen oder sie sogar selbst massiv betrieben.

Unter Wahrung des Standpunktes, dass gar nicht danach gefragt werden darf, können die Frauen aber versichern, dass vieles besser werden wird, wenn sie endlich mehr beteiligt werden, zumindest für sie selbst, und das heisst immerhin für die

Mehrheit des Volkes. Im übrigen ist regelmässig, so z.B. jedenfalls in der Sozialdemokratie der Bundesrepublik, der Anspruch der Frauen auf Teilhabe immer auch mit Inhalten verbunden, insbesondere mit einem starken Einsatz für Frieden und Abrüstung und den Ausgleich mit der Dritten Welt. So scheint es mir sehr männlich zu sein, zu meinen, Frauen seien zu eigenen vernünftigen Politikformulierungen gar nicht in der Lage oder diese unterscheiden sich nicht von denen der Männer, wenn denn vernünftig. Und danach sind Vernunft und Politik doch allemal geschlechtsneutral - und das heisst: männlich.

5. Rechtliche Aspekte

Der Widerstand gegen Forderungen nach Quotierung zugunsten von Frauen kleidet sich gerne in juristische Argumente. In der Bundesrepublik wachen Juristen mit grosser Sorge darüber, dass ja nicht etwa Männer wegen ihres Geschlechts benachteiligt werden. Ihre Fürsorge war schon immer erheblich weniger intensiv und vor allem praktisch gar nicht wirksam, wenn Frauen alltäglich wegen ihres Geschlechts benachteiligt wurden und werden - kennen wir doch in der Bundesrepublik eine ganze Reihe formeller wie informeller Quoten zugunsten von Männern, die zwar verfassungswidrig sind, aber nichtsdestotrotz fröhlich praktiziert wurden und werden.

Ich habe mir über die Rechtslage und die Diskussion um den Gleichberechtigungsartikel in der Schweiz einen Ueberblick verschafft, der - ich bitte um Ihr Verständnis - notwendig oberflächlich sein muss. Mir ist dabei aufgefallen, dass es für die Diskussion um Quotierungen höchst ambivalent ist, dass die Schweiz so spät mit einem Gleichberechtigungsartikel in der Bundesverfassung gesegnet worden ist.

Auf der einen Seite fehlt es in der Schweiz noch immer an jenen Erfolgen in der rechtlichen, der gesetzlichen Gleichstellung der Frauen, die die Rechtsprechung (auch und gerade des bundesdeutschen Bundesverfassungsgerichts) seit 1953 nach und nach gegenüber unwilligen Gesetzgebern und Arbeitgebern durchgesetzt hat. Andererseits konnte aber in die so viel jüngere Gesetzgebung der Schweiz in Gleichberechtigungssachen deutli-

cher die Erkenntnis einfließen, dass die rechtliche Gleichstellung der Frauen allein noch lange nicht zu ihrer wirklichen Gleichberechtigung führt. Dafür bedarf es vielmehr intensiver Bemühungen tatsächlicher Art, aber auch auf rechtlicher Ebene. So scheint es mir überaus hilfreich zu sein, dass Art. 4 Abs. 2 BV neben dem Gleichberechtigungsgebot auch ausdrücklich einen Gleichstellungsauftrag enthält.

In der bundesdeutschen Diskussion kommt es gerade für die Frage der Zulässigkeit von Frauenfördermassnahmen und insbesondere von Quoten auf dieses Nebeneinander von Diskriminierungsverbot und Gleichstellungsauftrag in Art. 3 Abs. 2 GG entscheidend an. Dass Art. 3 Abs. 2 GG beide Aspekte umfasst, ist aber, anders als im schweizerischen Art. 4 Abs. 2 BV, nicht unübersehbar dem Wortlaut zu entnehmen, wenn auch nach meiner intensiv überprüften Einschätzung jede Auslegungsmethode zu diesem Ergebnis führt. Die beiden Aspekte Diskriminierungsverbot und Gleichstellungsauftrag können in Widerspruch zueinander geraten. Die strikte Erfüllung des einen kann dazu führen, dass der andere Aspekt nicht wirksam wird. Obwohl das Diskriminierungsverbot keine ausreichende Schutzwirkung zugunsten von Frauen entwickelt hat, lösen Rechtswissenschaftler regelmässig bei der Frage der Frauenförderung den Konflikt zugunsten des "absoluten" Diskriminierungsverbots (so auch Ernst Benda). Das verlangt die Verfassung nicht. Es genügt vielmehr, wenn Frauenfördermassnahmen zum Zwecke der Gleichstellung geeignet und erforderlich, also verhältnismässig sind und Männer vom Zugang zu Beruf und Aemtern nicht völlig ausschliessen.

Die rechtswissenschaftliche Diskussion in der Schweiz kann von den langen Erfahrungen der Bundesrepublik mit blossen Diskriminierungsverboten alles Wesentliche lernen, um zur Zulässigkeit von Quoten zu kommen. Zur Zulässigkeit auch von Quoten, durch die Frauen gegenüber Männern bevorzugt werden, durch die das "unbedingte" Gleichheitsgebot, auf das sich Männer berufen werden, zugunsten der Gleichstellung eingeschränkt wird, dass also Männer wegen ihres Geschlechts in Einzelfällen einmal bedingt und befristet nicht gleichbehandelt werden, nicht die gleichen

Rechte und Chancen haben, um das Ziel der Gleichberechtigung willen, um Quotenforderung eines Frauenförderplanes zu erfüllen.

Denn gerade weil in der Bundesrepublik das Verbot der Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts in Verfassung und Arbeitsrecht schon so lange gilt, kann nachgewiesen werden, dass es für den Anspruch auf Gleichstellung der Frauen keine ausreichende Wirksamkeit entfaltet. Strikte Gleichbehandlung von so Ungleichem kann erst in ein paar Jahrhunderten gleiche Chancen für die Frauen bringen. Es bedarf vielmehr kompensatorischer Regelungen, um Gleichberechtigung zu erreichen. Für eine Uebergangszeit ist eine, auch rechtliche Ungleichbehandlung der Geschlechter notwendig, indem Frauen besonders gefördert, besonders berücksichtigt werden, um ihnen im Ergebnis schliesslich als Gruppe lediglich die gleichen Chancen zu geben wie Männer sie haben.

Der Gleichstellungsauftrag des Art. 3 Abs. 2 GG wie der ausdrückliche des Art. 4 Abs. 2 BV erlauben diese bedingte und zielgerichtete Ungleichbehandlung, ohne in unlösbar Widerspruch zu den Gleichheitsgeboten der Verfassungen zu geraten. Ja, sie erfordern eine solche Frauenförderung sogar, um dem Gleichberechtigungsgebot zur Wirksamkeit zu verhelfen.

Frauen, die Quoten fordern, Quoten in allen Bereichen der Gesellschaft, in der Politik wie im Erwerbsleben, Frauen, die kompensatorische Regelungen zur Herstellung ihrer Chancengleichheit verlangen, sie stellen diese Forderungen nicht nur mit moralischem Recht, sondern in voller Uebereinstimmung mit der Verfassung und den in ihr verbrieften Zielen.



Bekehrung zum Feminismus – kann ich das für mich sagen? Ja, wenn ich damit meine, daß ich nie mehr hinter die hier mit »Berkeley« umschriebenen Erfahrungen und Erkenntnisse zurück kann. Ich kann nie mehr vergessen, daß ich im Patriarchat lebe, daß Bibel, Theologie, Kirche, Glaube davon geprägt sind ebenso wie die Gesellschaft, in der ich lebe. Mich so weit wie möglich davon zu lösen, mich damit auseinanderzusetzen, meinen eigenen Weg als Frau zu gehen versuchen, in Solidarität mit anderen Frauen, das bleibt. Ja, ich bin Feministin. Nein, wenn Bekehrung zum Feminismus heißen sollte, ich lasse die Verbindung mit der christlichen Tradition und auch zur Kirche abreißen. Das kann ich nicht, trotz aller Kritik kann ich es nicht. Bin ich nicht mutig genug? Oder nicht mehr jung genug? Ich kann mir diese Fragen nicht beantworten. Ich weiß nur, daß ich immer noch unterwegs bin und daß ich immer besser verstehen möchte, was feministische Theologie und Spiritualität ist und sein kann. Berkeley hat mir sowohl tiefere Dimensionen meiner selbst und meines Glaubens als auch ein Grundkonzept für weiteres theologisches und politisches Denken gegeben. Insofern war es eine dritte Bekehrung (s. Anhang »Was ist eigentlich feministische Theologie?« S. 256).

Quotierung und Frauenförderung in der öffentlichen Verwaltung *)

von Eva Rühmkorf, Leiterin der Leitstelle Gleichstellung der Frau in Hamburg

1. Einleitung

Frauenförderpläne - mit leistungsbezogener Quotierung für den Zugang zum Beruf und beim beruflichen Aufstieg - sind die konsequente Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Forderungen nach Recht auf Arbeit und nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Durch zeitlich begrenzte Sondermassnahmen soll Frauen der Zugang zu "gleicher Arbeit" erst ermöglicht, soll die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Erwerbsleben kontinuierlich abgebaut werden.

Die Diskussion über die geeignete Form solcher Massnahmen (Empfehlungscharakter, Zielvorgabe, Quotierung) sowie über die erforderlichen Rechtsgrundlagen und deren Zulässigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht abgeschlossen.

In nahezu allen Bundesländern sind in den Jahren nach 1984 Richtlinien zur Förderung von Frauen in der öffentlichen Verwaltung beschlossen worden, 1986 auch für Frauen in der Bundesverwaltung. Diese Richtlinien unterscheiden sich in ihren Vorgaben und in ihrer Verbindlichkeit. Sie sind einerseits Ausdruck der gewachsenen Einsicht in die Notwendigkeit solcher Fördermassnahmen, andererseits - in ihrer Unterschiedlichkeit - aber auch Spiegelbild der unterschiedlichen Auffassungen dazu.

Die Entwicklung von Frauenförderplänen für den öffentlichen Dienst geht zurück auf die Beratungsergebnisse einer Enquete-Kommission beim Deutschen Bundestag (Enquete-Kommission "Frau und Gesellschaft"),

die in ihrem 1980 veröffentlichten Bericht empfohlen hatte, für den öffentlichen Dienst "die Entwicklung von Zielvorgaben/Frauenaktionsplänen mit Richtliniencharakter zu versehen" und "ausserdem eine Berichtspflicht über die Beförderung und Einstellung von Frauen einzuführen, die eine Untersuchung und Kontrolle von Einstellungspraxis und Beförderungskriterien einschliesst". Dem öffentlichen Dienst müsse in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion abverlangt werden, begründete die Enquete-Kommission ihre Empfehlung.

Hamburg hat als erstes Bundesland diese Empfehlung aufgegriffen und umgesetzt.

2. Schritt für Schritt in Hamburg

Die am 1. Januar 1984 in Kraft getretene "Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg" hat eine fast fünfjährige Vorgeschichte, auf die ich kurz eingehen will. Dieser historische Rückblick scheint mir geboten, weil er zum einen erhellt, auf welche Vorbehalte und Vorurteile die Einführung leistungsbezogener Quotierung auch im öffentlichen Dienst stösst, zum andern aber auch über die notwendigen Schritte informiert, die dem Inkrafttreten einer Frauenfördermassnahme auch im öffentlichen Dienst notwendigerweise vorausgehen müssen.

1. Schritt: Problemanalyse und Entwickeln eines Arbeitskonzeptes (einer Strategie für das Vorgehen)

Nach Auswertung uns zugänglicher Publikationen über die Praxis von "affirmative action" in den USA und Frauenfördermassnahmen in der öffentlichen Verwaltung von Schweden sind wir davon ausgegangen, dass eine Frauenförder-Richtlinie für den öffentlichen Dienst des Landes Hamburg 4 Schwerpunkte haben müsse:

*) Referat gehalten an der Tagung 'Quoten - Reizwort oder Wundermittel?' vom 31.10.87

- Bevorzugte Berücksichtigung von Frauen bei der Besetzung von Stellen (Einstellung und Beförderung) in denjenigen Bereichen, in denen Männer überrepräsentiert sind (bei Erfüllen der Leistungsanforderungen der zu besetzenden Planstelle);
- Fortbildungsangebote
 - für Personen, die an Personalentscheidungen mitwirken, um so die Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Fraueninteressen zu verbessern,
 - für Frauen, und zwar insbesondere solche Fortbildungsangebote, die auf die Übernahme von Führungspositionen vorbereiten; Angebote mit Kinderbetreuung; Berücksichtigung von Teilzeitkräften; Öffnung der Angebote für Beurlaubte;
- Auftrag an die Fachbehörden und Dienststellen, dezentral Massnahmen zur Förderung von Frauen zu entwickeln und durchzuführen, die den besonderen Gegebenheiten der unterschiedlichen Behördenbereiche Rechnung tragen;
- regelmässige Berichtspflicht gegenüber der Landesregierung (dem Senat) als "Kontrollinstrument".

2. Schritt: Gespräche mit Personen und Institutionen, die im öffentlichen Dienst an Personalentscheidungen mitwirken

Bereits in dieser ersten Gesprächsrunde wurde uns deutlich, dass unsere Gesprächspartner das Vorhandensein beruflicher Benachteiligung von Frauen für den öffentlichen Dienst bislang nicht wahrgenommen hatten, verdrängten oder verleugneten nach dem Motto: "Das mag ja für den privatwirtschaftlichen Sektor des Arbeitsmarktes gelten, im öffentlichen Dienst gibt es vielfältige gesetzliche Regelungen, die eine Benachteiligung von Frauen ausschliessen" oder "das mag ja generell stimmen, aber doch nicht in meinem Bereich".

Mangelndes Problembewusstsein drückte sich auch darin aus, dass unsere Gesprächspartner auf den hohen Frauenanteil ganz generell verwiesen, bisweilen auch auf die gute schulische und berufliche Vorbildung jüngerer Frauen und uns aufforderten, abzuwarten, bis sich das Problem gewissermassen ganz von alleine dadurch löse, dass diese nach und nach in die Führungsposi-

tionen "durchwachsen".

Weit verbreitet war auch das Ablenken vom tatsächlichen Problem durch allgemeine Diskussionen darüber, wie sehr gerade dieser Gesprächspartner sich "schon immer" für die Gleichberechtigung eingesetzt habe oder auch das Darstellen bisheriger - vergeblicher - Bemühungen, die "leider gescheitert" seien ("wir hatten mal eine Betriebsärztin..." / "in der Abteilung XY wollten gerade die Frauen keine weibliche Vorgesetzte..." / "wir haben uns ja wirklich bemüht, aber es hat sich keine Frau beworben...").

Da waren wir schon froh, wenn uns ganz offen gesagt wurde: "Ich persönlich finde es nicht gut, wenn Frauen genauso berufsorientiert sind wie die Männer, mir ist eine familienorientierte Frau sympathischer" oder gar "ich muss ehrlich zugeben, ich habe über diese Frage noch nie nachgedacht".

3. Schritt: Durchführen einer Ist-Analyse, einer Bestandesaufnahme

Die Gespräche haben uns verdeutlicht, dass es notwendig war, unsere Ausgangshypothese von der beruflichen Benachteiligung von Frauen auch in der öffentlichen Verwaltung formal zu überprüfen und mit Zahlen zu belegen. Mit der Durchführung der Bestandesaufnahme wurde ein Institut beauftragt. Auf die Ergebnisse muss ich hier, vor sachkundigem Publikum nicht detailliert eingehen. Wir haben sie unter dem Titel "Frauen erobern den öffentlichen Dienst - aber nicht die guten Posten -" veröffentlicht.

4. Schritt: Diskussion der Untersuchungsergebnisse

Die Ergebnisse dieser Analyse waren Grundlage einer Vielzahl von Gesprächen und Informationsveranstaltungen, die spürbar zu einer Steigerung des Problembewusstseins und in Einzelfällen bereits zu veränderten Personalentscheidungen (zugunsten von Frauen) führten. Auch verbesserte sich in dieser Arbeitsphase die Zusammenarbeit mit den Personalräten in den Fachbehörden und Dienststellen, die unsere bisherigen Bestrebungen eher als

Konkurrenz denn als Unterstützung erlebt hatten.

5. Schritt: Herbeiführen einer politischen Entscheidung

Im Dezember 1982 verabschiedete die Landesregierung (der Senat) die von uns vorgelegte "Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg" und beauftragte gleichzeitig das Senatsamt für den Verwaltungsdienst, mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Verhandlungen über den Abschluss einer verbindlichen Vereinbarung (gemäß § 94 des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes) aufzunehmen.

6. Schritt: Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen

Diese Verhandlungen zogen sich fast über ein Jahr hin, so dass die Vereinbarung am 9. Dezember 1983 unterschrieben werden konnte.

7. Schritt: Inkrafttreten der Richtlinie

Am 1. Januar 1984.

3. Erste Erfahrungen

Der erste Erfahrungsbericht konnte der Landesregierung (dem Senat) im Oktober 1986 zugeleitet werden. Er enthält eine umfangreiche Dokumentation und Analyse der Erfahrungen der einzelnen Behörden und Dienststellen, die Auswertung von Daten und von Erhebungsbögen, die in den Behörden und Dienststellen geführt wurden, sowie erste Gedanken über notwendige Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen.

Nach einer Laufzeit von nur 2 Jahren waren statistisch nachweisbare, wesentliche Verbesserungen nicht zu erwarten, zumal das Inkrafttreten der Richtlinie zusammenfiel mit Personal-Bewirtschaftungsmassnahmen zur Stabilisierung der Haushaltslage. Wir hatten gefürchtet, dass der daraus resultierende Rückgang der Gesamtbeschäftigungszahl sich besonders zuungunsten von Frauen auswirken würde. Tatsächlich aber hat sich der Frauenanteil unterproportional verringert (Anteil an

den Beschäftigten im Jahre 1985: 43,9%, Anteil am Personalabbau: 37,7%). Das lässt den vorsichtigen Schluss zu, dass die Vorgaben der Richtlinie dazu geführt haben, dass Frauen bei Einstellungen stärker berücksichtigt wurden.

Ueber die Teilnahme von Frauen am beruflichen Aufstieg (Beförderungen) liegt uns Zahlenmaterial noch nicht vor.

Positiv zu bewerten ist auch die Vielfalt der flankierenden Massnahmen und Initiativen. So wurden

- mit zwei Ausnahmen in allen Dienststellen und Personalräten "Frauenbeauftragte" benannt,
- Fortbildungsveranstaltungen zu frauenspezifischen Fragestellungen angeboten,
- spezielle Fortbildungsangebote für beurlaubte Frauen durchgeführt
- und Fortbildungs-Curricula nach unseren Vorgaben verändert.

Aus der ständig wachsenden Zahl von Kolleginnen aus dem öffentlichen Dienst, die sich rat- und unterstützungssuchend an uns wenden, schliessen wir, dass das Vorhandensein der Richtlinie weibliche Beschäftigte ermutigt, ihre Interessen stärker als zuvor zu vertreten.

Wenn auch die Frauenförderrichtlinie noch nicht zu in Zahlen messbaren Verbesserungen der Situation von Frauen geführt hat, so ist doch offensichtlich, dass wir uns in der "historischen Phase" der "ersten Frauen" in ganz unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung befinden. Das ist vielleicht nicht direkt ein Erfolg der Richtlinie, ganz sicher aber ein Ergebnis der damit verbundenen internen und öffentlichen Diskussionen. So gibt es z.B. in Hamburg seit 1980:

- die beiden ersten Bezirksleiterinnen (Bürgermeisterinnen auf kommunaler Ebene) in der Geschichte Hamburgs;
- Amtsleiterinnen und Abteilungsleiterinnen in Bereichen, in denen bislang ausschliesslich Männer solche Funktionen wahrgenommen haben;
- in der Steuerverwaltung und beim Zoll Frauen in Funktionen, die bisher "Männerdomänen" waren;

- im Bereich der Justiz erstmals
- 2 vorsitzende Richterinnen am Oberlandesgericht
- 1 vorsitzende Richterin am Obergericht
- 1 Dezernatsleiterin beim Amtsgericht
- 7 vorsitzende Richterinnen bei Kammern des Landgerichts
- 1 Oberstaatsanwältin als Hauptabteilungsleiterin bei der Staatsanwaltschaft.

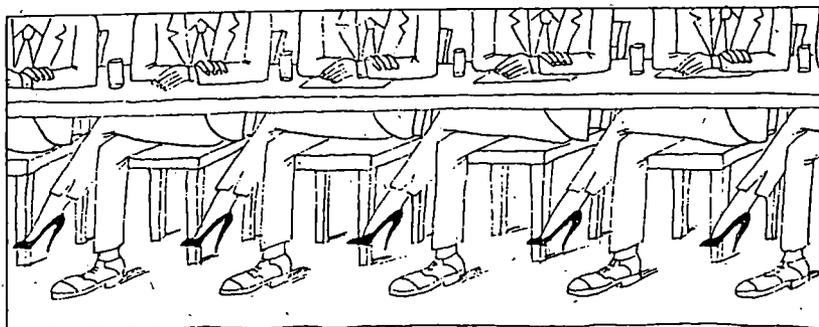
Positiv ist auch die Entwicklung des Frauenanteils bei der Einstellung für die Teilnahme zu Verwaltungslehrgängen für die verschiedenen Laufbahnen, unbefriedigend bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen im gewerblich-technischen Bereich.

In der bundesweiten Diskussion über arbeitsmarktpolitische Frauenfördermassnahmen wird immer wieder angeführt, positive Diskriminierung stehe im Gegensatz zu Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes:

"Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt und bevorzugt werden"

bzw. Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes:

"Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte."



Aus Jansen Mechtild (Hg.): Halbe-Halbe. Berlin 1986, S. 34.

Die hartnäckigste Barriere bilden nach wie vor gesellschaftliche Rollenzuschreibungen und Vorurteile, wie z.B. die generalisierende Zuordnung von Familienaufgaben zu Frauen oder die einseitige Ueberbewertung "männlicher" Verhaltensweisen und Eigenschaft im Zusammenhang mit Leitungs- und Vorgesetztenfunktionen.

4. Ausblick

Zur Vorbereitung des nächsten Erfahrungsberichtes entwickeln wir zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Senatsamt für den Verwaltungsdienst Erhebungsverfahren, die ermöglichen sollen, zahlenmässige Entwicklungen regelmässig vergleichend darzustellen. So z.B. auch Informationen über den Anteil von Männern und Frauen an Bewerbungen und darauf folgende Stellenbesetzungen.

Wir sind bei unserer Argumentation davon ausgegangen, dass diese Verfassungsartikel Quotierung zugunsten von Frauen geradezu gebieten, da nachweislich Frauen - trotz vorhandener Bildung und fachlicher Qualifikation - in vielen Bereichen unterrepräsentiert, in anderen dafür unangemessen überrepräsentiert sind.

Dennoch haben wir ein verfassungsrechtliches Gutachten zu dieser Frage in Auftrag gegeben. Der frühere Richter beim Bundesverfassungsgericht Prof. Dr. Ernst Benda hat in seinem Gutachten die Zulässigkeit leistungsbezogener Quotierung ausdrücklich bestätigt. Er geht allerdings davon aus, dass Grundrechtsverwirklichung nicht durch Verwaltungsvorschriften möglich ist, dass daher gesetzliche Regelungen - zumindest für den Beamtenbereich - erforderlich sind.

Da die bisherigen Frauenfördermassnahmen in der öffentlichen Verwaltung des Bundes, der Länder und der Kommunen als Verwaltungsvorschriften oder Verwaltungsrichtlinien erlassen worden sind, hat dieses Gutachten bundesweit Beachtung gefunden und neue Aktivitäten ausgelöst.

Wie bei uns in Hamburg verhandeln auch unsere Kolleginnen in den anderen Bundesländern mit den jeweils fachlich zuständigen Ministerien darüber, in welcher Form die für erforderlich gehaltenen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden können.

Nach unseren bisherigen Erfahrungen gehe ich davon aus, dass erneut die Ueberwindung von Vorbehalten eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Ich hoffe, dass wir Mitte 1988 der Landesregierung (dem Senat) einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen können.



Echtheit erweist sich in Beziehungen von Frauen. Man(n) hat uns lange nachgesagt, daß Beziehungen unter Frauen immer dann in die Brüche gingen, wenn ein Mann ins Spiel komme. Zweifellos gibt es viele solche Erfahrungen, und es gibt immer noch viele Frauen, die davon überzeugt sind, daß Beziehungen zu einem Mann oder zu Männern wichtiger sind als diejenigen zu Frauen. Solange frau das glaubt, wertet sie ihre Frauenbeziehungen als eine Art Notbehelf ab, auch wenn sie das nicht so formulieren würde. Sie steht sich auch selbst im Wege, ihre verschiedenartigen Beziehungen zu Frauen wirklich zu leben und Wärme, Herzlichkeit und Zärtlichkeit ohne Angst zuzulassen. Das patriarchale Muster von Ehe und Familie als der einzig normalen Lebensform steht der Entfaltung von Frauenbeziehungen der verschiedensten Art immer noch im Wege. Erst wenn frau diese Zusammenhänge durchschaut und die Abso-lutheit der herkömmlichen Muster in Frage zu stellen wagt, kann sie den Reichtum und die ganz verschiedenen Spielarten von Freundschaft unter Frauen wahrnehmen und erleben. Das soll nicht heißen, daß Frauen keine oder weniger Schwierigkeiten miteinander hätten als Männer.

(. . .)

»Was Feministinnen in den letzten zwanzig Jahren für alle Frauen erreicht haben, wäre nicht möglich gewesen ohne starke Frauenfreundschaften. Freundschaft war wirklich ein Nebenprodukt von manchen bewußtseinsbildenden Gruppen. Frauen entdeckten, daß die patriarchale Prägung, die sie gelehrt hatte, andere Frauen nicht zu schätzen, andere Frauen als Rivalinnen im Bemühen um Beachtung und Schutz von Männern zu sehen, sie selbst im Innersten zerstörte. Frauen fanden beieinander jene tiefste Menschlichkeit, von der man ihnen gesagt hatte, sie könnten sie nur in der Begegnung mit einem Mann finden. Manche entdeckten sogar, daß männliches Anderssein für sie Entfremdung und Tod bedeutete, ebenso wie das totale Anderssein eines patriarchalen Gottes.«

Diese Zerstörung erlebe ich an jenen Frauen, die meinen, ohne Beziehung zu einem Mann nicht leben zu können, und die von einer verunglückten Beziehung in die nächste stolpern oder dann bei einer Frau dasselbe Muster sexueller Bindung suchen, das sie mit Männern erlebt haben. Wir haben viel zu enge, von männlichen Erwartungen und männlicher Sexualität geprägte Vorstellungen von nahen persönlichen Beziehungen. Frauenfreundschaften, und zwar solche mit und ohne erotische und/oder sexuelle Komponente, sprengen diese Muster. Insofern sind sie ein Heilmittel gegen vom Patriarchat geschlagene Wunden, sowohl auf persönlicher als auch auf beruflicher oder politischer Ebene, und geben Frauen die Kraft, sich für Gerechtigkeit gegenüber Frauen und allen Benachteiligten zu wehren, Widerstand gegen alle Formen von Hierarchie zu leisten. Dies ist in unserer bürokratisch und technokratisch von Männern verwalteten Welt ein Politikum, ein auch politisch wirksamer Aufstand für das Leben.

Les possibilités de promotion de la femme par la Confédération en sa qualité d'employeur *)

par Mariette Bottinelli

Aperçu statistique et institutionnel

Compte tenu du fait qu'elles représentaient 37 pour cent de la population active lors du dernier recensement fédéral en 1980, les femmes sont généralement sous-représentées à la Confédération. Elles constituent 17 pour cent de l'effectif global (PTT et CFF compris). Leur présence est particulièrement déficitaire dans les classes de traitement moyennes et supérieures; elle est bonne en revanche (env. 50%) au bas de l'échelle, notamment dans des domaines d'activité typiquement féminins.

Que fait la Confédération pour améliorer la situation et de quels moyens dispose-t-elle à cet effet?

Organe d'état-major chargé d'élaborer les bases de la politique en matière de personnel, l'Office fédéral du personnel dispose d'un poste à temps partiel pour la condition féminine dans l'administration. En plus des conseils qu'il dispense, ce service contribue actuellement à la révision des instructions qui régissent la mise au concours public des places vacantes. Cette révision entraînera la désignation automatique des fonctions dans les genres masculin et féminin et le recours à des termes neutres pour la formulation des annonces. Dans le secteur de la formation, différents projets visant à sensibiliser les milieux

les plus larges possible à la question de la promotion de la femme, sont à l'examen. Ils ont trait aux cours de perfectionnement et à la formation des cadres. L'occupation des femmes dans le Corps des gardes-frontière est également à l'étude.

Indépendamment des questions touchant son propre personnel, la Confédération s'emploie aussi à créer les bases structurelles qui permettront d'instituer un service chargé de promouvoir l'application du principe de l'égalité dans tous les domaines de la vie.

Avant d'entrer dans le vif du sujet, il convient de relever que la Confédération ne dispose pas encore d'un projet formel qui permettrait de promouvoir l'égalité entre les sexes dans les emplois fédéraux. Il en résulte que les réflexions et les idées livrées ci-après ne sont que des généralités qui pourraient servir de référence pour l'élaboration de mesures plus concrètes.

Inconvénients de la solution des quotas

Dans l'impossibilité de réaliser l'égalité entre femmes et hommes dans un délai déterminé, il est loisible de recourir à la solution des quotas. Les quotas peuvent être fixés selon différents critères: proportion des femmes dans la population active, dans un secteur précis du marché du travail ou parmi les diplômé-es d'une profession. La solution des quotas exige que le principe de l'aptitude soit respecté. Autrement dit, lors d'un engagement ou d'une nomination, la préférence ne peut pas être donnée à une femme par rapport à un homme qui serait mieux qualifié pour la fonction. Il en résulte que ce genre de mesure ne peut

*) Discours tenu à la Journée des quotas dans la politique et dans le monde du travail, 'Quoten - Reizwort oder Wundermittel?' du 31.10.87

profiter à la femme que dans des situations où la candidate et le candidat justifient des mêmes aptitudes. Or, on ne sait pas si les situations "à qualifications égales" entre les candidats des deux sexes sont fréquentes ou si elles existent tout simplement. On ne peut admettre qu'il n'y a parité de qualifications entre la candidate et le candidat que si le choix définitif repose sur la stricte formulation des exigences liées à la fonction. Quel que soit le poste à occuper, il est difficile d'imaginer que les éléments subjectifs d'appréciation découlant des entretiens d'engagement ne joueraient aucun rôle.

Voilà une des raisons pour lesquelles la solution des quotas pourrait être considérée comme n'étant pas nécessairement légitime et renforcerait dès lors les attitudes sexistes, sans que le résultat statistique qu'on en attend ne soit assuré pour autant.

Les expériences réalisées au moyen de méthodes semblables nous confirment que certaines personnes ne croient pas à une parité de qualifications, parce qu'elles ont le sentiment d'être prétéritées - ne serait-ce qu'indirectement. Tel est le cas dans le domaine de la représentation des minorités linguistiques dans l'administration fédérale. D'où la tentation pour ces personnes de conclure qu'une solution par quotas serait le moyen de contrevenir indirectement au principe de l'aptitude. Par contre, elles n'ont rien à objecter contre des mesures dites de discrimination positive.

La solution des quotas peut présenter un autre inconvénient: le risque de reproduire, dans l'organisation dans laquelle elle s'applique, les inégalités qui existent entre les sexes sur le marché du travail.

Tenant compte de ces réserves, que pourrait entreprendre la Confédération? Il me paraît important de reposer le problème en vue de l'esquisse d'une autre solution.

Reformulation du problème et autre solution

La discrimination des femmes n'est pas seulement perceptible par le biais de leur représentation dans un organisme, dans la société ou sur le marché du travail. Elle se reflète aussi dans leur présence dans la hiérarchie. Il est intéressant de relever qu'en 1982, lors du dernier recensement du personnel fédéral, la classe de traitement médiane des femmes était la 17e, celle des hommes la 14e, la 24e étant la plus basse de l'échelle des traitements.

Donc, les femmes ne sont pas seulement sous-représentées à la Confédération, mais la valeur économique de leur travail est moindre. Cette constatation n'est pas en contradiction avec l'application du principe "à travail égal, salaire égal". Elle est en rapport avec le partage des rôles entre hommes et femmes. Les tâches pour lesquelles il faut justifier de compétences spécifiques et d'expérience de la gestion sont en général l'apanage des hommes. Les travaux qui requièrent une qualification professionnelle moins grande et ont un caractère d'exécution ressortissent principalement aux femmes. On pourrait par conséquent imaginer des solutions qui, tout en ayant des effets directs sur la division des fonctions, contribueraient à la revalorisation du travail des femmes.

En d'autres termes, on pourrait essayer de renforcer la présence des femmes aux postes importants réservés pour ainsi dire exclusivement aux hommes, au lieu d'assurer la parité à tous les échelons de la hiérarchie. Cette manière de procéder aiderait à corriger non seulement les effets statistiques de la division du travail, mais encore ses causes. D'autres motifs plaident en sa faveur.

Les qualifications professionnelles ou les "diplômes" exigés pour un poste d'encadrement moyen ou supérieur pourraient être assimilés, en tout ou partie, à l'ancienneté de service, voire à l'expérience professionnelle. En revalorisant certains diplômes, on relativiserait l'ancienneté, ce qui serait positif pour

les femmes eu égard au fait que leur carrière professionnelle accuse plus d'interruptions que celle des hommes, pour des raisons évidentes. Les femmes qui occupent des positions de cadres semblent, de plus, mieux à même de faire face à la double charge professionnelle et familiale. Voilà pour quelques aspects individuels de la question.

Les décisions relatives à la division du travail sont prises pour la plupart à l'intérieur de l'administration et cela au haut de la hiérarchie. Or, contrairement à la solution des quotas, celle que je viens d'esquisser éviterait la reproduction, dans l'administration fédérale, des inégalités que l'on constate dans la répartition du travail dans notre société. Elle permettrait de rehausser la valeur moyenne du travail des femmes, ce qui ne serait pas négligeable en attendant la réalisation d'une représentation paritaire.

Présentes dans les postes-clés, les femmes exerceraient de l'influence sur le recrutement et l'engagement du personnel, sur les promotions, etc. Cette influence serait d'autant plus importante en matière d'avancement que les promotions internes augmentent proportionnellement à la valeur des fonctions.

Une telle solution éviterait en principe aux femmes de devoir réclamer des mesures appropriées, puisqu'elles seraient en situation de les élaborer ou, pour le moins, de contribuer à leur élaboration. Il faudrait évidemment que les femmes en question soient absolument convaincues de la cause et prêtes à promouvoir, d'une manière conséquente, les autres femmes.



Erfahrungen mit der Quotierung in einer schweizerischen Partei *)

von Mascha Madörin

Im Oktober 1985 wurde an einem POCH-Frauen-Seminar der Antrag auf eine 60%-Quotierung der zentralen Gremien (Geschäftsleitung, Vorstand, Zentralsekretariat) gestellt und am 16. Juni 1986 an einer Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen. Die neuen Gremien begannen nach der Sommerpause zu arbeiten. Die Erfahrungen, über die ich schreiben kann, sind also kurz. Die Zeit nach der Einführung der 60%-Quotierung war von den kommenden Nationalratswahlen und Debatten um das grün-alternative Bündnis geprägt, und diese dominierten nach wenigen Monaten die parteiinterne Diskussion. Fragestellungen und Schwierigkeiten, die mit der Einführung der 60%-Quotierung entstanden, wurden deshalb - jedenfalls vorübergehend - verdrängt. Die Relevanz unserer Erfahrungen ist daher sehr beschränkt. Trotzdem sind schon in der kurzen Zeit ungeahnte und nichtvorweggedachte Fragestellungen aufgetaucht, die ich im folgenden darstellen will. Während der Quotierungsdebatte und nach ihrer Einführung hatten wir mehrere Gespräche mit Frauen von der Grünen Partei der BRD, die für die folgenden Überlegungen sehr anregend gewesen sind.

Die POCH-Frauen haben den Antrag auf 60% mit der Begründung gestellt, dass wir Frauen zuerst die Mehrheit haben müssen, um überhaupt unsere Anliegen durchsetzen zu können: die 50%-Quotierung sei später anzustreben. Im wesentlichen gab es zwei Motivationen, die zu dieser Forderung führten:

*) Ueberarbeitetes und gekürztes Referat, gehalten an der Tagung 'Quoten - Reizwort oder Wundermittel?' vom 31.10.87

- a) Das Bedürfnis, eine frauenorientierte Gesamtpolitik machen und die Doppelbelastung von Parteipolitik und Frauenbewegungspolitik abbauen zu können: Es bestand also der Anspruch, Debatten über frauenorientierte Politik in allen politischen Fragen in den regulären Parteigremien führen zu können. Zum Teil ist dieses Bedürfnis auch in einer Situation entstanden, in der die autonome Frauenbewegung stark projektorientiert arbeitet und als organisierte, gesamtpolitisch relevante Kraft wenig in Erscheinung tritt.
- b) Unzufriedenheit über parteiinterne Hierarchien, über die Diskussions- und Konfliktaustragungskultur und das Bedürfnis, Arbeitsweisen zu entwickeln, bei denen Frauen sich wohl fühlen können, ohne sich jeweils ihre psychische Regeneration vom Parteistress im Privaten oder "Frauenraum" organisieren zu müssen.

Thesenartig seien hier ein paar Aspekte zusammengefasst, die mir für eine Diskussion über frauenorientierte Politik wichtig zu sein scheinen:

1. Im Gespräch mit Grünen Frauen in der BRD wurde mir klar, dass ein wesentlicher Punkt bei der Beurteilung der Quotierung im Unterschied zwischen quotierten bezahlten Parteistellen und quotierter Gratisarbeit liegt. In der BRD existiert ein ausgebautes Subventionssystem für Parteien. Bei den Quotierungsforderungen der Grünen Frauen geht es auch um bezahlte Sekretariatsstellen und Fachreferate. Beim Vorstand und bei der Geschäftsleitung der POCH handelt es sich jedoch um ehrenamtliche Arbeit. Beim Zentralsekretariat handelte es sich um eine 60%-Stelle. Heute frage ich mich, ob es richtig ist, unbezahlte Arbeit in gemischten Organisationen zu quotieren, oder ob es nicht besser wäre, eine

Art Frauenvetosystem einzuführen.

2. Ein weiterer Unterschied zur BRD ist mir aufgefallen: die Kleinheit der Schweiz. Für eine eigenständige Politik müssen Frauen in grösseren Gruppen arbeiten können, schon nur deshalb, weil sich sehr viele Fragen neu stellen. Meiner Meinung nach haben kleine Frauengruppen zudem die Tendenz, den Ausschluss der Frauen aus der Öffentlichkeit und ihr Eingeschlossen-sein in quasi-familiärem Beziehungsverhalten zu reproduzieren. Die Initiantinnen der Quotierung in der POCH haben deshalb grosses Gewicht auf die Quotierung in den zentralen Gremien (als ersten Schritt) gelegt, um den Kontakt unter den Frauen zu fördern. Dies steht aber im Gegensatz zu den politischen Realitäten des schweizerischen Föderalismus' - auch die POCH-Frauen arbeiten vorwiegend kantonsorientiert und haben Schwierigkeiten, sich mehr für zentrale Gremien zu interessieren.

Es gibt zwei Arten von "kritischer Masse", die es braucht, damit Frauen sich in gemischten Organisationen durchsetzen können: Einerseits ist es notwendig, dass Frauen in Entscheidungsgremien mindestens die Hälfte sind (oder das Vetorecht besitzen). Andererseits muss es auch eine genügend grosse Anzahl von Frauen geben, die sich mit den zahlreichen und komplexen Aspekten frauenorientierter Politik befassen. Die Kleinheit der Schweiz und ihr ausgeprägter Föderalismus zwingen uns frauenpolitisch interessierten Frauen, unkonventionelle Organisationsformen zu suchen, die sowohl überregional als auch organisationsübergreifend sind. Dies wird auf jeden Fall parteipolitische Traditionen sprengen müssen - und das macht die Sache nicht einfacher.

3. Es ist schon viel über die Sozialisierung der Frauen gesagt und geschrieben worden: Unsere Sozialisierung geht bekanntlich in Richtung Beziehungspflege, Unterstützungsarbeit für Männer, Dienen und Unterordnung unserer eigenen Interessen unter andere, meist von Männern bestimmte.

Dies dürfte in der Schweiz nicht anders sein als in der BRD. Was in der Schweiz jedoch erschwerend hinzukommt, ist die Tradition der Konsensdemokratie, die nach meinem Dafürhalten den traditionellen Frauensozialisierungseffekt verstärkt: Die Bereitschaft zu antizipierten Kompromissen - bevor es überhaupt zu Konflikten kommt -, die Bereitschaft, auf den guten Willen der Männer zu vertrauen, anstatt auf der Institutionalisierung von Rechten zu beharren, ist unter uns Schweizerinnen fast grenzenlos; ebenso die Angst vor Konflikten und davor, durch fehlendes Wohlverhalten das konsensdemokratische Stillhalteabkommen zu stören. Ich habe in den letzten zwei Jahren gemerkt, wie schwierig es ist, sich diesen Sozialisierungseffekten zu entziehen. Die Kombination von frauenspezifischer und schweizerisch-politischer Sozialisierung ist meiner Meinung nach ein wesentliches Hindernis dafür, dass wir Frauen in der Schweiz eigenständige frauenorientierte politische Konzeptionen formulieren, sie öffentlich vertreten und auch durchsetzen. Frauenpolitik besteht in (allen) Parteien doch wesentlich immer noch aus dem geduldeten, zusätzlichen Einbringen sog. Frauenfragen, also einer Frauenkomponente in Männerparteien, und nicht aus einem autonomen Politikmachen aus Frauensicht und ausgehend von den verschiedenen weiblichen Lebenszusammenhängen und Interessen.

4. Die Quotierung hat sich positiv in Bezug auf zwei Hinsichten ausgewirkt: Der Quotierungsbeschluss selbst hat viele Debatten über Frauenpolitik ausgelöst. Bevor die NR-Wahlen zunehmend die Diskussion innerhalb der POCH zu dominieren begannen, fanden im neuen Vorstand interessante Diskussionen zu verschiedenen Fragen statt, die früher die Frauen in separaten Frauenkommissionen behandelt hatten.

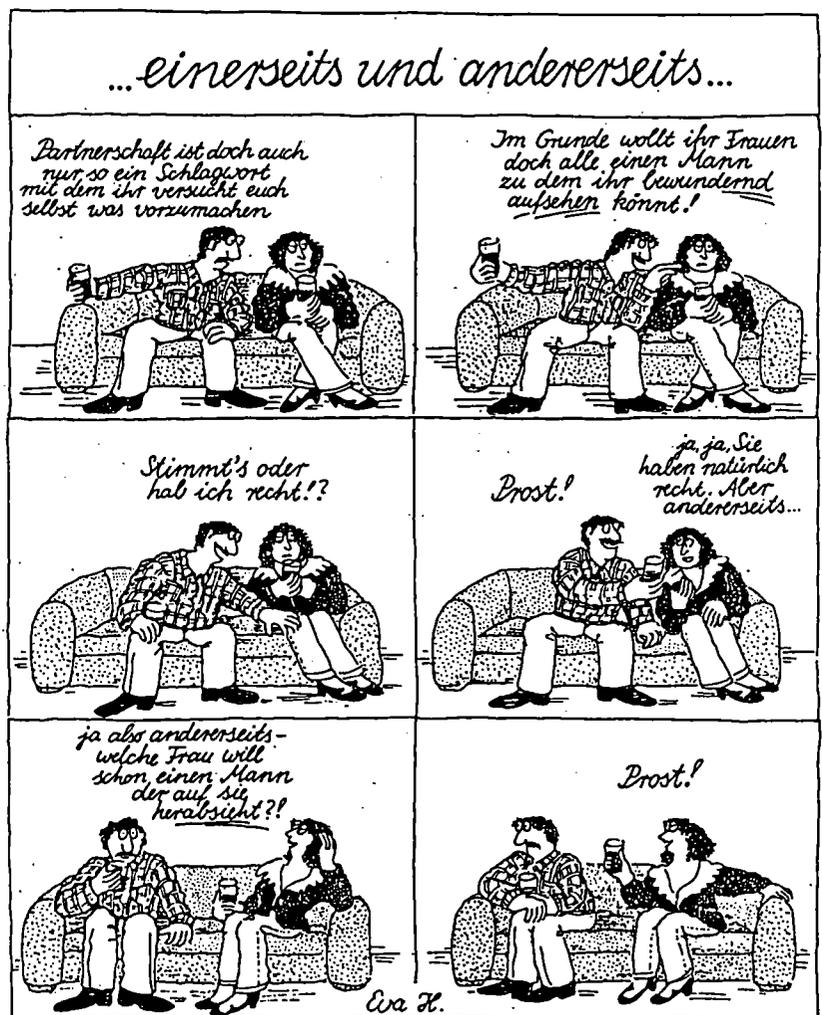
Negativ fallen dagegen folgende Punkte auf: Die Erwartungen an die neuen Gremien sind riesig gewesen. Die Frauen (und die ebenfalls neu in die zentralen Gremien gewählten Männer) sollten plötzlich mit allen parteiinternen Konflikten und Krisen klarkommen, neue

Wählerinnenstimmen gewinnen; sich mit Organisationsfragen der Partei herumschlagen und zu allen Sachfragen einen "feministischen" Standpunkt entwickeln. Von uns Frauen klar formulierte Prioritäten wurden von Parteigenossen ignoriert und jedes Nichterfüllen von Erwartungen als Schwächebeweis benutzt. Es spukt überall - nicht nur in der POCH - das elitäre Bild einer emanzipierten Superfrau herum, die selbstverständlich wesentlich fähiger als Männer zu sein und ebenso selbstverständlich die weibliche Zusatzkomponente mitzuliefern hat. Alle andern Frauen haben kein politisches Existenzrecht, d.h. kein Entscheidungsrecht und kein Recht auf Öffentlichkeit. Was Erfolg von Frauen ist und was nicht, wird eben auch wesentlich von Männern bestimmt. Und es braucht sehr viel Selbstbewusstsein, eigene Kriterien zu entwickeln und auf eigene Grenzen, Sichtweisen und Realitätsinterpretationen zu beharren.

Es ist zudem klar, dass in einer kleinen Partei wie der POCH (auch wenn ausschliesslich die alleremanzipiertesten Männer der Welt dabei wären), im wesentlichen nicht parteiintern entschieden wird, was prioritär und wie politische Kultur zu sein hat. Wir befinden uns im permanenten Zugzwang von aussen. Die Frustration hat schon an der POCH-Delegiertenversammlung zur Quotierung begonnen: Ausser bei einem kurzen Fernsehinterview hat kein Journalist und keine Journalistin Frauen befragt, sondern nur Männer. In den Zeitungsartikeln stammten zwei Drittel bis drei Viertel der Zitate und Ansichten von führenden POCH-Männern und nicht von Frauen. Frauenkultur ist immer noch Subkultur, vor allem in der schweizerischen Politik.

5. Was die Diskussionskultur und die Frage der Hierarchisierung innerhalb der Partei anbelangt, so lässt sich generell folgendes aussagen: im Vorstand hat sich die Diskussionsweise positiv geändert - sie ist engagierter

und problemlösungsorientiert geworden. Schon das allein ist eine Quotierung wert. Aber sehr schnell ist das Problem der Organisationsform Partei aufgetaucht. Grüne Frauen hatten uns vorgewarnt: "Wenn ihr wollt, dass Frauen vermehrt in die Parteipolitik einsteigen, dann müsst ihr Rotation einführen. Frauen sind nicht bereit so viele Aemter zu akkumulieren und so viel Zeit nur für Parteiarbeit aufzuwenden wie Männer." Sie sind nicht nur nicht dazu bereit, sie können es auch wegen ihrer Zusatzpflichten in Haushalt und Beziehungen nicht. Wir haben gemerkt, dass wir, wenn wir Rotation einführen wollen, zugleich alles - seien es Entscheidungsmechanismen und -Vorbereitung, Information, Qualifikation oder Arbeitsverteilung - umorganisieren müssen. Für mich ist dies eine zentrale Erfahrung. Wir kommen um die Organisationsfrage im weitesten Sinn nicht



herum. Die Frage, wie denn eine Partei aussehen und funktionieren muss, damit Frauen kreativ und ihren Interessen und Möglichkeiten gemäss mitarbeiten und wesentlich mitentscheiden können, ist für mich alles andere als beantwortet. Vielleicht ist das im traditionellen Parteiensystem gar nicht möglich. Zu diesem Thema gehört auch der Parlamentarismus in der Schweiz: Wer kann es sich schon leisten, ins Parlament gewählt zu werden? Und wie gehen wir damit um, dass das Parlament und Parlamentswahlen so stark personenorientiert sind? Parlamentarismus erschwert kollektives Handeln unter Frauen, weil Personenkult und Hierarchisierung gefördert werden. Auf welche Hindernisse Frauen stossen können, hat sich in St. Gallen gezeigt, wo den im Parlament vertretenen Ofrä-Frauen die gut funktionierenden Parlamentsrotation untersagt wurde.

Der entscheidende Punkt für mich bleibt, dass Frauen (mit Ausnahme einer kleinen Elite) schon nur von ihren Lebensumständen her auf sehr basisdemokratische, politische Strukturen angewiesen sind. Wer will, dass Frauen sich mehr am politischen Leben beteiligen, muss sich mit Fragen der Hierarchisierung innerhalb von politischen Organisationen, der Formen von Zusammenarbeit von Organisationen, des instrumentellen Verhältnisses führender Leute zur Basis und des Konkurrenz- und Profilierungsverhaltens befassen, also mit der Arbeitsweise politischer Organisationen und damit auch mit den Formen schweizerischer Demokratie.

Frauen sind sehr fähig in kleinen Gruppen und sachbezogenen Projekten zu arbeiten, aber es fehlen vorwiegend Erfahrungen in grösseren, kontinuierlich arbeitenden Organisationen. Es ginge darum, Organisationsformen zu finden, die kontinuierliches Arbeiten, Erfahrungsvermittlung und gezieltes Handeln ermöglichen, ohne in die traditionellen patriarchalischen Methoden der Aemterakkumulation, des Personenkults oder des Zentralkomiteestils zu fallen. Von Seiten der Frauen fehlen dazu weitgehend eigene Konzepte und politische Strategien.

6. Beim letzten Punkt meiner Ausführungen geht es um einen Aspekt von Hegemonie oder um die Frage, wer die Welt auf welche Weise interpretiert. Als wir die Diskussion über das instrumentelle Verhältnis von Parteien zu Bewegungen anlässlich der Auseinandersetzungen um die beiden Anti-AKW-Initiativen begonnen haben, sind wir auf starkes Unverständnis bei führenden Politikmacher/innen gestossen. Die Möglichkeit, sich politische Konflikte anders als in gängigen Zusammenhängen zu denken, befremdete sie sehr. Mir ist auch jetzt nach den Wahlen aufgefallen, wie stereotyp die gängigen Realitätsinterpretationen in der Politik sind, so wie wenn Frauen nicht existieren und z.B. wählen würden. Das gleiche gilt in Bezug auf die Debatten um die Neuformierung der Kräfte innerhalb des nicht-bürgerlichen Parteienspektrums. Frauen sind zwar in wesentlichen Bereichen gesellschaftskritischer Politik (Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung, Friedensbewegung, Flüchtlingspolitik, Umweltfragen) sehr aktiv, zahlenmässig vermutlich sogar mehr als Männer. Aber Frauen werden nicht als ein politisch relevanter Faktor angesehen, auch von Parteien nicht, die gesellschaftskritische Positionen vertreten. Das Bedenklichste jedoch ist, dass unter den Frauen Debatten über Themen wie Bündnispolitik gar nicht oder kaum geführt werden.

Kurz zusammengefasst: es gibt grosse Bereiche politischen Handelns, wo Frauen in der Schweiz den Anspruch auf ein eigenständiges Politikmachen noch gar nicht gestellt haben.

Zum Schluss möchte ich folgendes betonen: Ueber viele Fragen hätten ich und andere POCH-Frauen ohne Quotenregelung nie nachgedacht, einfach weil sie sich nicht gestellt hätten. Nur durch den ernsthaften Anspruch, frauenorientierte Politik durchzusetzen, werden wir Frauen gezwungen sein, uns damit zu befassen, was frauenorientierte Politik überhaupt ist/sein könnte. Quotenregelungen sind animierend, wenn die Quoten gross sind !

In den letzten zwei Jahren Quotierungspolitik habe ich oft an meinen Aufenthalt in Moçambique gedacht. Die antikoloniale Be-

freiungsbewegung hat dort immer wieder betont, dass die Befreiung vom Kolonialismus immer auch die Befreiung von verinnerlichten, herrschenden Denkstrukturen, Organisationskonzepten und Politikvorstellungen sind. Und ich denke, dass es bei einer frauenorientierten Politik genau auch darum geht. Quotenregelungen können ein grosser Anfangsschritt dazu sein, mehr nicht - aber immerhin dies.

Neulich im Rat: 4 x-beliebige RatzHerren der Rede einer Kollegin der Opposition lauschend...



Merke: Ein Schlips macht noch keinen Grips!

Aus: Jansen Mechtild (Hg.): Halbe-Halbe, Berlin 1986, S. 73.

Vorschläge der Eidg. Kommission für Frauenfragen für die 10. AHV-Revision

Einleitung

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat sich während rund einem Jahr intensiv mit den Fragen zur Stellung der Frau in der heutigen und einer künftigen AHV beschäftigt. Sie führte ein Hearing mit folgenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch: Prof. Dr. iur. Alexandre Berenstein, a. Bundesrichter, Genf; Dr. iur. Margrith Bigler-Eggenberger, Bundesrichterin, Lausanne; Dr. iur. Andreas Brunner, a. Nationalrat, Zug; Christiane Brunner, Advokatin, Genf; Dr. nat. oec. Petra Bürgisser-Peters, Basel; Anny Hamburger, Musikerin, Präsidentin Arbeitsgemeinschaft unverheirateter Frauen, Zofingen; Dr. oec. publ. Günter Latzel, Sekretär der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik, Zürich; Dr. iur. Georg Lechleiter, Mitglied PdA, Zürich. Im Anschluss daran hat die Kommission unter Beizug einer eidg. dipl. Pensionsversicherungsexpertin, Frau Helga Koppenburg, ein eigenes Modell für die erste Säule entwickelt. An der Plenarsitzung vom 25. Juni 1987 wurden diese Vorschläge, die nachstehend vorzustellen und näher auszuführen sind, von der Kommission einstimmig genehmigt.

Bei ihrer Arbeit liess sich die Eidg. Kommission für Frauenfragen von folgenden Grundsätzen leiten:

- Die künftige AHV-Gesetzgebung muss sowohl mit dem Verfassungsgebot "Gleiche Rechte für Mann und Frau" (Art. 4 Abs. 2 BV) wie auch mit dem neuen Eherecht, das am 1. Januar 1988 in Kraft treten wird, vereinbar sein und hat deren Kerngehalte im sozialversicherungsrechtlichen Bereich umzusetzen.
- In der bevorstehenden AHV-Revision ist prioritär die seit Jahren versprochene Realisierung der sog. "Frauenpostulate" zu verwirklichen; die Gleichstellung von Frau und Mann auf der einen, aber auch die Gleichbehandlung der Zivilstände auf der andern Seite darf keinesfalls erst in einer übernächsten Revision berücksichtigt werden. Die demographischen Probleme, die mittelfristig zu lösen sind, sollen Gegenstand einer 11. AHV-Reform sein.
- Die Eidg. Kommission für Frauenfragen bemühte sich, mit ihren Vorschlägen die oft geäusserte Behauptung zu entkräften, die Umsetzung der "Frauen- und Gleichstellungspostulate" seien mit

erheblichen Mehrkosten verbunden. Das Modell der Kommission zeigt auf, dass und auf welche Weise die alten Forderungen der verschiedenen Frauenkreise im heute gegebenen finanziellen Rahmen mehr als erfüllt werden können. Hierbei sind weder die mit der demographischen Entwicklung noch mit der Flexibilisierung des Rentenalters verbundenen Kosten berücksichtigt.

Geltende AHV-Bestimmungen und die Revisionsvorschläge des Eidg. Departementes des Innern vom November 1986 im Lichte von Art. 4 Abs. 2 BV und des neuen Eherechts

Da sich das geltende Sozialversicherungssystem auf eine Aufgaben- und Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern abstützt, wie sie im Eherecht von 1907 festgelegt wurde, finden wir auch im AHV-Gesetz als Anknüpfungspunkt die Leitbilder des ununterbrochen erwerbstätigen, unterhaltspflichtigen Ehemannes auf der einen, sowie der Ehefrau, die durch den Eheschluss ihre Selbständigkeit verliert und vom gesellschaftlichen und finanziellen Status des Ehegatten profitiert resp. abhängig ist, auf der andern Seite.

Die Stellung der verheirateten Frau ist nur mit dem überkommenen Rollenbild des Eherechts erklärbar. Dieses traditionelle Familienbild entspricht nicht mehr der in der Schweiz gelebten Realität: nur 1/5 der erwachsenen Frauen sind verheiratet und haben Kinder unter 16 Jahren; nur noch ein relativ kleiner Teil verheirateter Frauen, die Kinder zu betreuen haben resp. hatten, bleibt zeit lebens nicht erwerbstätig. Zu bedenken ist hierzu ferner, wie Kurt Lüscher betont, dass die zunehmende Durchdringung von Wirtschaft und Familie in Verbindung mit einer vermehrten Professionalisierung von Dienstleistungen aller Art dazu führt, dass die Erwerbstätigkeit für verheiratete Frauen vermehrt zur wichtigsten, wenn nicht sogar einzigen Möglichkeit wird, am gesellschaftlichen Leben persönlich und aktiv teilzunehmen. Aus dem Bedürfnis, die Berufsarbeit auf die Familienaufgaben abstimmen und je nach Lebenssituation, Alter und Zahl der zu betreuenden Kinder variieren zu können, ergeben sich für Frauen massive sozialversicherungsrechtliche Probleme bei Teilzeitarbeit und beruflichem Wiedereinstieg.

Neben den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten sind vor allem die zivilstandsbedingten Ungleichheiten in der AHV stossend und mit dem allgemeinen Gleichheitssatz von Art. 4 Abs. 1 BV nicht vereinbar.

Aus diesen Gründen bleiben namentlich folgende Bestimmungen des geltenden Rechts unbefriedigend:

- Das System des abgeleiteten Rentenanspruches und seine Folgen für die Ehefrau, insb.:
- primäre Berechnung der Ehepaar-Altersrente aufgrund der Beiträge des Ehemannes;
- Ausschliesslicher Rechtsanspruch des Ehemannes auf die Ehepaar-Altersrente und die daraus folgende grundsätzliche Ausbezahlung der ganzen Rente an ihn;

-
- Geschlechtsspezifische und zivilstandsabhängige Beitragsbefreiung für nichterwerbstätige Ehefrauen und Witwen.
 - Anspruch des Ehemannes auf eine Zusatzrente für seine jüngere Ehefrau.
 - Anspruch auf eine ausserordentliche Rente für die Ehefrau, unabhängig von ihrem Jahreseinkommen und Vermögen, sofern ihr Ehegatte noch keine Ehepaar-Altersrente beanspruchen kann und sofern er keine Beitragslücken hat (Art. 42 AHVG).
 - Geschlechtsspezifische Hinterbliebenenrente beim Ableben des Ehepartners.
 - Unterschiedliche Beitragsdauer für Frauen und Männer.

Revisionsvorschläge der Eidg. Kommission für Frauenfragen

I. Eigenständige Renten, Gleichbehandlung

1. Ersatz der Ehepaar-Altersrente durch zwei Einzelrenten

Die Rente für jeden Ehepartner wird nach der geltenden Formel für Einzelrenten berechnet (Fixbetrag von Fr. 6'912.- + 20% des massgebenden Einkommens). Zur Ermittlung des massgebenden Einkommens werden die Einkommen, auf welchen während der Ehejahre Beiträge geleistet wurden, hälftig auf die beiden Ehepartner aufgeteilt. Die Aufteilung erfolgt bei der erstmaligen Rentenfestsetzung.

Bei der Anwendung der Formel für Einzelrenten erhalten Ehepaare mit massgebenden Gesamteinkommen bis zu Fr. 34'560 höhere Altersrenten als bisher; Ehepaare mit massgebenden Gesamteinkommen zwischen Fr. 34'561 und Fr. 60'480 erhalten dagegen niedrigere Altersrenten als bisher. Bei noch höheren Gesamteinkommen ergeben sich aus der Anwendung der Formel für Einzelrenten nur dann höhere Altersrenten, wenn ein Ehepaar zusammen zwei Einzelrenten beziehen darf, welche Fr. 25'920 übersteigen.

2. Erhöhung des fixen Grundbetrages der Einzelrente durch einen Betreuungsbonus

Der fixe Grundbetrag der Rente wird für alle Versicherten, die Kinder erzogen haben, während 15 Jahren um $1\frac{1}{3}$ % pro Jahr, folglich max. 20%, erhöht (Fr. 1'382.- plafonierter Frankenbetrag pro Jahr). Während der Ehejahre wird dieser Bonus hälftig auf beide Partner aufgeteilt.

Der Kreis, der zur Anrechnung des Betreuungsbonus berechtigt, soll auf Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie resp. Ehegatten und Geschwister, die entweder eine IV-Rente beziehen oder in mittlerem Grade hilflos sind, ausgedehnt werden. Hierzu findet das System der Selbstdeklaration Anwendung.

Für die Eidg. Kommission für Frauenfragen stellt sich in diesem Zusammenhang die generelle Forderung, in den Sozialversicherungen die umfangreiche und gesellschaftlich bedeutende Benevolatsarbeit, die von Frauen als Erziehungs- und Betreuungsarbeit im inner- wie auch ausserfamiliären Bereich geleistet wird, zu berücksichtigen und sie als leistungsrelevant anzuerkennen.

Die Einführung des Betreuungsbonus hat zur Folge:

- eine Erhöhung der Altersrente lediger und geschiedener Versicherter, die Betreuungsfunktionen ausgeübt haben;
- eine nochmalige Erhöhung der Altersrenten von Ehepaaren mit Gesamteinkommen bis zu Fr. 34'560, sofern sie Kinder erzogen haben oder die obgenannte Betreuung von Angehörigen ausgeübt haben;
- für Ehepaare mit Gesamteinkommen zwischen Fr. 34'560 und Fr. 60'480 wird die aus dem Uebergang von der Ehepaarrente zur Einzelrente bedingte Verschlechterung kompensiert, sofern sie

Erziehungsfunktion ausgeübt haben.

3. Erhöhung des Plafonds der Altersrenten von Ehepaaren auf 160% der maximalen Einzelrenten

Diese Erhöhung des Plafonds, von bisher Fr. 25'920 auf Fr. 27'648, ermöglicht, dass auch Ehepaare mit einem gemeinsamen Einkommen von über Fr. 60'480 in den Genuss des Betreuungsbonus (s. Punkt 2) gelangen.

4. Einzel-Altersrente des überlebenden Ehepartners

Nach dem Tode eines Ehepartners erhält der überlebende Ehepartner eine Altersrente von 50% der Summe der beiden ungekürzten Einzel-Altersrenten bzw. weiterhin seine eigene ungekürzte Altersrente, sofern dieser Betrag höher ist.

Es handelt sich um eine Angleichung der Einzel-Altersrente verheirateter Personen an diejenige aller anderen Versicherten. Bisher sind verheiratet gewesene Altersrentner nach dem Tod ihres Partners privilegiert, da ihre Einzelrente 2/3 der Ehepaarrente beträgt.

Voraussetzung für die Einführung dieser niedrigeren Rente des überlebenden Ehegatten ist die Regelung einer langen Uebergangszeit: Der hier unterbreitete Vorschlag geht von einer gewissen Eigenverantwortlichkeit der Partner auch während ihrer Ehe aus und betrachtet deshalb konsequenterweise den Eheschluss nicht als Garantien für einen lebenslang gesicherten Unterhalt.

Damit diese Ueberzeugung gesellschaftliche Wirklichkeit werden kann, wird es noch einiger Zeit bedürfen, bis die Betroffenen in gleicher Masse aber auch Wirtschaft und Rechtsordnung (insb. Gesetzgebung zur 2. Säule), den im neuen Eherecht verankerten Leitbilder zum Durchbruch verhelfen können.

5. Streichen der Zusatzrente zur Altersrente eines verheirateten Mannes für die Ehefrau zwischen Alter 55 und 61

Bei der Streichung dieser Zusatzrente geht die Kommission davon aus, dass für Härtefälle existenzsichernde Ergänzungsleistungen ausgerichtet werden.

6. Ersatz der heutigen Witwenrente durch Hinterbliebenenrenten resp. Abfindung für verwitwete Personen

Eine Hinterbliebenen-Rente, soll grundsätzlich an Witwen und Witwer ausgerichtet werden, wenn sie

- waisenrentenberechtigte Kinder unter 15 Jahren zu betreuen haben, oder
- ab dem 50. Altersjahr des Hinterbliebenen bis zum Eintritt des Rentenalters, wenn sie Betreuungspflichten hatten oder in den letzten 5 Jahren vor dem Eintritt des Todesfalles des Ehegatten höchstens ein zu bestimmendes Maximaleinkommen erzielten.

(Wer obige Voraussetzungen nicht erfüllt, hat keinen Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente.

Alle anderen, nicht erwerbstätigen Personen erhalten ab dem 45. Altersjahr eine Abfindung zur Erleichterung des Wiedereinstiegs, die nach den heute geltenden Prinzipien der Witwen-Abfindung errechnet wird (je nach Ehedauer 1-5 Jahresrenten).

Als Berechnungsgrundlage gilt das massgebende Einkommen des verstorbenen Partners. Dieses System steht in keinem Gegensatz zum Splitting-Verfahren, das bei den Altersrenten für Ehepaare zur Anwendung gelangen soll, da ja das Anknüpfen am Einkommen des verstorbenen Ehegatten einen Ausgleich für die ab dem Zeitpunkt seines Todes entfallende Beteiligung an dessen Einkommen bedeutet.

7. Beitragspflicht

Von der Beitragspflicht ausgenommen sind nichterwerbstätige Versicherte, welche Kindererziehungsfunktion ausüben.

Alle übrigen Versicherten sind grundsätzlich beitragspflichtig.

Die Mindestbeiträge Nichterwerbstätiger sollen auf Fr. 300 festgesetzt werden; darüber hinaus bestimmen sich die Beiträge analog zur heutigen Regelung nach dem jeweiligen Vermögen.

Die dem ehemaligen Ehegatten zustehende Scheidungsrente ist wie der AHV unterstelltes Einkommen ("Salär") zu behandeln.

Die Beiträge aus der Scheidungsrente sind vom Rentenpflichtigen zu entrichten, wobei diese Summe vom AHV relevanten Einkommen abgezogen wird, damit für denselben Betrag nicht zweimal AHV-Beiträge bezahlt werden müssen.

II. Ordentliches Rentenalter

Unter der Voraussetzung der Beitrags- und Leistungsgleichheit für Frauen und Männer sowie der Zivilstandsunabhängigkeit (in Form des Splittings) spricht sich die Eidg. Kommission für Frauenfragen für ein gleiches Rentenalter von Frauen und Männern aus.

Hat sich die Kommission einstimmig für das Prinzip der Geschlechtergleichstellung auch beim ordentlichen Rentenalter entschieden, so ist ihr ein Beschluss über die Höhe des Rentenalters nicht leicht gefallen. Alle drei Varianten - Heraufsetzung des Rentenalters der Frau, Herabsetzung des Rentenalters des Mannes und eine Mischform der beiden erstgenannten Arten - fanden Fürsprecherinnen und Fürsprecher. In der Schlussabstimmung ist schliesslich eine hauchdünne Mehrheit - aus Kostengründen - für eine Anpassung des Frauenalters in Richtung 65 eingetreten. Diese Erhöhung des Rentenalters bleibt jedoch an die klare Voraussetzung geknüpft, dass sie nur im Zusammenhang mit den übrigen Gleichstellungspostulaten in Erwägung gezogen und nicht als einzelner Punkt verwirklicht werden darf.

III. Flexibles Rücktrittsalter

Unabhängig von der Höhe des ordentlichen Rentenalters spricht sich die Kommission für die Möglichkeit eines frühzeitigen Rücktritts ab 60 Jahren aus. An der Möglichkeit des Aufschiebs der AHV-Rente im Sinne von Art. 39 AHVG soll festgehalten werden. Der Kürzungsfaktor für die Flexibilisierung hat grundsätzlich 6,8% pro Jahr früherem Rücktritt zu betragen und für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit folgender Ausnahme zu gelten: Personen, deren verminderte Arbeitsfähigkeit in einem rechtlich geregelten Verfahren festgestellt wurde, sollten eine ungekürzte Rente erhalten.

IV. Uebergangsregelungen

1. Grundsatz

- 11 Auch nach Inkraftsetzung der revidierten AHV werden laufende und davon abgeleitete Renten nach heute geltendem Recht geleistet werden. Allerdings gilt als Modifikation, dass die Ehepaarrente automatisch hälftig an beide Ehegatten ausbezahlt wird.
- 12 Für Neurenten gilt ab Inkraftsetzung der revidierten AHV das neue Recht, wobei Ehegatten während einer Uebergangsfrist von mindestens zwölf Jahren ab Inkrafttreten des neuen Rechts ein Wahlrecht zwischen Leistungen nach altem und Leistungen nach neuem Recht haben.

2. Einzelbestimmungen

- 21 Vom Optionsrecht gemäss Ziff. 1.2. müssen die Ehegatten vor dem Eintritt des 1. Ehegatten ins AHV-Alter Gebrauch machen. Die Option ist von den Ehegatten gemeinsam auszuüben. Bei Uneinigkeit oder Schweigen gilt das neue Recht.
- 22 Das fixe Rentenalter kann nicht um mehr als jährlich drei Monate verändert werden.
- 23 Flexibles Rentenalter: In den Genuss des flexiblen Rentenalters kommen nur Versicherte, die unter dem neuen Recht stehen.

V. Finanzielle Konsequenzen der Vorschläge

Im folgenden sollen die Mehrkosten bzw. Einsparungen aufgeführt werden, soweit sie eingeschätzt werden können. Es ist zu beachten, dass sämtliche Schätzungen auf der Verteilung der Rentner/innen in Alters- und Einkommensgruppen gemäss "Ergebnissen der Monatserhebungen März 1984" des Bundesamtes für Sozialversicherung beruhen. Annahmen über zukünftige Abweichungen von dieser Verteilung konnten nicht getroffen werden. Ferner werden die meisten Mehrkosten und Einsparungen nur sukzessive zum Tragen kommen, da sie die zukünftigen Neurentner/innen betreffen. Die vollen Kosten- und Einsparungseffekte werden sich in ca. 15 Jahren auswirken, wenn praktisch nur noch nach neuem System festgelegte Renten laufen.

1. Zivilstandsunabhängige Einzelrenten

- 11 Ersatz der Ehepaar-Altersrente durch zwei Einzelrenten; Plafond der beiden Einzelrenten: 160% der maximalen Einzelrente.

Mehrkosten: rund Fr. 70 Mio

- 12 Erziehungsbonus/Betreuungsbonus von max. 20% des fixen Grundbetrags der Rente.

Mehrkosten: rund Fr. 200 Mio.

- 13 Einzel-Altersrente des überlebenden Ehepartners = 50% der Summe der beiden ungekürzten Altersrenten bzw. eigene ungekürzte Altersrente, sofern höher.

Einsparung: rund Fr. 250 Mio.

Diese Einsparung wird nur ganz allmählich realisiert, da die neue Berechnungsmethode nur auf Ehepaare Anwendung findet, deren Altersrenten bereits nach neuem Modell ermittelt wurden. Volle Auswirkung der Einsparung erst in ca. 15 Jahren nach Ersatz der Ehepaarrente durch zwei Einzelrenten.

- 14 Streichen der Zusatzrente zur Altersrente eines verheirateten Mannes für die Ehefrau zwischen Alter 55 und 61.

Einsparung: rund Fr. 140 Mio.

- 15 Beschränkung des Bezüger-Kreises für Hinterbliebenen-Renten auf überlebende Ehegatten, die

- a) Kinder unter 15 Jahren zu betreuen haben oder
 b) älter als 50 sind, Betreuungspflichten hatten und in den letzten 5 Jahren vor dem Tod des Ehegatten höchstens ein zu bestimmendes Maximaleinkommen erreichten.

Alle anderen, nicht erwerbstätigen Hinterbliebenen ab 45 erhalten eine Abfindung (1-5 Jahresrenten).

- a) Annahme A

Die Hälfte aller über 50-jährigen Witwen erhalten weiterhin Witwenrenten; ein Viertel erhält eine Abfindung von 5 Jahresrenten.

Einsparung: rund Fr. 190 Mio.

Annahme B

Ein Viertel aller über 50-jährigen Witwen erhalten weiterhin Witwenrenten; ein Viertel erhält Abfindungen.

Einsparung: rund Fr. 310 Mio.

Die Einsparungen kämen aufgrund der Uebergangsbestimmungen nur allmählich zum Tragen.

- b) Einführung von Witwer-Renten, gleicher Bezügerkreis; Abfindung für Nicht-Erwerbstätige ab dem 45. Altersjahr.

Mehrkosten: rund Fr. 50 Mio.

Diese "Schätzung" beruht auf der Annahme, dass es rund 3mal weniger Witwer als Witwen gibt und dass praktisch alle Witwer, zumindest in nächster Zeit, berufstätig sind.

- 16 Beitragspflichtsausdehnung auf nicht erwerbstätige verheiratete Frauen und Witwen, deren jüngstes Kind älter als 15 ist.

Mehreinnahmen: fallen vermutlich nicht ins Gewicht und können deshalb unberücksichtigt bleiben.

Kumulierte Mehrausgaben/Einsparungen zu den Revisionsbegehren betreffend zivilstandsunabhängige Einzelrenten nach Abschluss der Uebergangsphase:

Mehrausgaben: 320 Mio.

Einsparungen: 580 Mio.

Einsparungen: 260 Mio.

2. Ordentliches Rentenalter

Einsparung pro Jahr höheren
Rentenalters für Frauen

rund Fr. 300 Mio.

Wenn eine sukzessive Erhöhung des Rentenalters für Frauen in dem Sinne vorgesehen wird, dass das Rentenalter ab 1990 jährlich um drei Monate erhöht wird und 1993 das Alter 63 erreicht, beträgt die Einsparung rund Fr. 75 Mio. im Jahre 1990; sie würde jährlich um weitere Fr. 75 Mio. ansteigen und 1993 Fr. 300 Mio. erreichen. Unter der Voraussetzung der Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 würde die Einsparung bis zum Jahr 2001 insgesamt 900 Mio. betragen. Hierbei müssen die demographische Entwicklung und die Mehrkosten einer Flexibilisierung wegen der nicht bestimmbar Zahl der vorzeitig Zurücktretenden unberücksichtigt bleiben.

Propositions de la Commission fédérale pour les questions féminines
en vue de la 10e révision de l'AVS

Introduction

La Commission fédérale pour les questions féminines s'est consacrée pendant une année aux problèmes liés au statut de la femme dans l'AVS actuelle et future. Pour ce faire, elle a entendu les experts et expertes suivants: le professeur Alexandre Berenstein, ancien juge fédéral de Genève; Mme Margrith Bigler-Eggenberger, juge fédérale à Lausanne; M. Andreas Brunner, dr en droit, ancien conseiller national de Zoug; Mme Christiane Brunner, avocate à Genève; Mme Petra Bürgisser-Peters, dr en sc. écon. de Bâle; Mme Anny Hamburger, musicienne, présidente de l'"Arbeitsgemeinschaft unverheirateter Frauen" de Zofingen; M. Günter Latzel, dr en sc. écon., secrétaire de l'Association suisse de politique sociale de Zurich; M. Georg Lechleiter, dr en droit, membre du PST de Zurich. La Commission a ensuite mis au point son propre système d'AVS avec le concours d'une spécialiste, Mme Helga Koppenburg, qui dispose d'un diplôme fédéral en assurances vieillesse. Adoptées à l'unanimité à la réunion plénière du 25 juin 1987, ces propositions sont exposées ci-dessous.

Dans son travail, la Commission s'est inspirée des principes suivants:

- La future législation sur l'AVS doit respecter tant le principe constitutionnel de l'égalité des droits entre hommes et femmes institué par l'article 4, 2e alinéa Cst, que le nouveau droit matrimonial en vigueur dès le 1er janvier 1988, et en concrétiser le contenu dans le domaine des assurances sociales.
- La révision de l'AVS prévue doit donner la priorité à la concrétisation des revendications des femmes qui leur est promise depuis des années; il n'est pas question de reporter à une révision ultérieure des impératifs tels que l'égalité des droits entre les sexes et l'égalité de traitement entre tous et toutes indépendamment de l'état civil. Les problèmes démographiques qu'il faudra résoudre à moyen terme doivent être traités dans le cadre de la 11e révision.
- En élaborant ses propositions, la Commission s'est attachée à démontrer que contrairement à une affirmation fort répandue, la concrétisation des revendications féminines et de l'égalité des droits n'entraîne pas forcément un accroissement de dépenses. Le système proposé montre qu'il est tout à fait possible de donner suite aux demandes des femmes avec les fonds existants, et il

en décrit les modalités. La Commission n'a cependant pas tenu compte des frais supplémentaires pouvant résulter de l'évolution démographique et de l'échelonnement de l'âge de la retraite.

L'AVS actuelle et les propositions de révision du Département fédéral de l'intérieur de novembre 1986 à la lumière de l'article 4, 2e alinéa Cst et du nouveau droit matrimonial.

Puisque les assurances sociales que nous connaissons reposent sur l'idée d'une répartition stricte des tâches et d'une attribution déterminée des rôles à l'intérieur du couple, conformément au modèle établi par le droit matrimonial de 1907, nous retrouvons dans la loi sur l'AVS le schéma d'un époux qui mène une carrière professionnelle continue et qui a l'obligation d'entretenir sa famille, d'une part, et d'une femme qui perd son autonomie en se mariant et bénéficie du statut social et de la situation financière de son mari tout en dépendant de lui, d'autre part.

Le statut de la femme mariée ne s'explique que si l'on se réfère à l'image type présente dans l'ancien droit matrimonial. Or cette conception traditionnelle de la famille ne reflète plus la réalité: en Suisse, seul 1/5 des femmes adultes sont mariées et ont des enfants de moins de 16 ans, et le pourcentage des femmes mariées n'exerçant une activité professionnelle à aucun moment de leur vie, alors qu'elles élèvent ou ont élevé des enfants, est relativement peu élevé de nos jours. Il faut aussi savoir, comme le souligne Kurt Lüscher, que l'interpénétration croissante de l'économie et de la famille qui résulte de la professionnalisation des services de toute sorte, a pour effet qu'une activité professionnelle est le principal, voire le seul moyen à la disposition des femmes pour participer à la vie de la société de manière personnelle et active. Et comme les femmes doivent adapter leur vie professionnelle à leurs obligations familiales, en fonction de leur situation personnelle, de leur âge et du nombre d'enfants à élever, elles souffrent de problèmes considérables d'assurances sociales en travaillant à temps partiel ou en reprenant une activité professionnelle.

Si l'AVS contient des inégalités découlant du sexe de l'assuré, ce sont surtout les inégalités liées à l'état civil des individus qui sont choquantes et en contradiction flagrante avec le principe général d'égalité des droits institué par l'article 4, 1er alinéa de la Constitution.

Ces deux raisons font que le droit actuel est insatisfaisant particulièrement dans les cas suivants:

- Le système du droit à la rente dépendant du conjoint, et ses conséquences pour la femme mariée, à savoir:
 - détermination de base de la rente de vieillesse pour couple en fonction des cotisations versées par le mari.
 - droit exclusif du mari à la rente de vieillesse pour couple et, a fortiori, versement de principe de la totalité de la rente au mari.

- Exemption de l'obligation de cotiser prévue pour les veuves et les femmes mariées n'exerçant pas d'activité lucrative, parce qu'elles sont femmes et en raison de leur état civil.
- Droit du conjoint à une rente complémentaire pour son épouse plus jeune.
- Droit de l'épouse à une rente extraordinaire indépendante de son revenu annuel et de sa fortune lorsque son conjoint n'a pas encore droit à une rente de vieillesse pour couple et qu'il n'y a pas de lacunes dans le versement des cotisations (art. 42 LAVS).
- Octroi, au décès du conjoint, d'une rente de survivante à l'épouse parce qu'elle est femme.
- Durée de cotisation différente selon le sexe de l'assuré.

Les propositions de révision de la Commission fédérale pour les questions féminines

I. Rentes individualisées, égalité de traitement

1. Remplacement de la rente de vieillesse pour couple par deux rentes individuelles

La rente de chaque conjoint se calcule selon le système appliqué actuellement aux rentes simples (montant fixe de 6'912 francs + 20% du revenu déterminant). Pour trouver le revenu déterminant, on divise par deux, à l'intention de chaque conjoint, les revenus sur la base desquels des cotisations ont été versées pendant les années de mariage. La répartition se fait lors de la détermination de la rente.

Si l'on applique le système destiné aux rentes simples, les couples disposant d'un salaire déterminant cumulé jusqu'à 34'560 francs recevraient des rentes de vieillesse plus élevées; les couples avec un salaire déterminant cumulé entre 34'561 francs et 60'480 francs bénéficieraient en revanche de rentes réduites. Lorsque le revenu déterminant cumulé est encore plus élevé, les couples auxquels s'appliquerait le système des rentes simples n'obtiendraient des rentes plus importantes que s'ils avaient la possibilité de recevoir deux rentes simples dépassant 25'920 francs.

2. Augmentation du montant fixe de la rente simple par un bonus pour tâches éducatives

Tous les assurés qui ont élevé des enfants bénéficient pendant 15 ans d'une augmentation de 1 $\frac{1}{3}$ pour cent par année, soit de 20 pour cent au maximum (plafonnement à 1'382 francs par an). Pendant les années de mariage, chaque conjoint reçoit la moitié du bonus.

Le groupe des personnes encadrées justifiant l'octroi d'un bonus pour tâches éducatives comprendrait dorénavant aussi les consanguins de ligne ascendante et descendante, c'est-à-dire les conjoints ainsi que les frères et soeurs qui touchent une rente de l'AI ou présentent une impotence moyenne. Ce serait le système de la déclaration spontanée qui serait appliqué dans ce cas.

La Commission constate que cette formule permettrait de satisfaire l'exigence, plus générale, selon laquelle les assurances sociales devraient prendre en compte et considérer comme digne d'une prestation l'immense travail bénévole que les femmes accomplissent pour le bien de la société en élevant des enfants et en encadrant des personnes non autonomes, à l'intérieur et à l'extérieur du foyer.

L'introduction du bonus aurait pour effet:

- d'augmenter la rente de vieillesse des assurés célibataires et divorcés qui se sont livrés à des tâches éducatives;
- d'augmenter encore la rente de vieillesse des couples avec un revenu cumulé de moins de 34'561 francs qui ont élevé des enfants ou se sont occupés de membres de leur famille (voir ci-dessus) ;

- de compenser, dans le cas des couples avec un revenu cumulé se situant entre 34'560 francs et 60'480 francs, les inconvénients qui résulteraient du passage de la rente de couple à la rente individuelle, à condition qu'ils aient élevé des enfants.

3. Hausse du plafond des rentes pour couple, atteignant 160% de la rente maximale simple

En faisant passer le plafond de 25'920 francs à 27'648 francs, on fait également bénéficier du bonus (voir au point 2) les couples disposant d'un revenu cumulé supérieur à 60'480 francs.

4. Rente simple de vieillesse du conjoint survivant

Lorsqu'un des conjoints décède, l'autre conjoint reçoit une rente de vieillesse représentant 50 pour cent de la somme des deux rentes simples non réduites, à moins qu'il continue à toucher sa propre rente de vieillesse non réduite si ce montant s'avère plus élevé.

Il s'agit ici de rapprocher la rente de vieillesse simple des personnes mariées de celle des autres assurés, car jusqu'ici, les rentiers mariés qui perdaient leur conjoint étaient privilégiés dans la mesure où ils touchaient alors les deux tiers de la rente de couple.

Il faut toutefois poser comme condition à l'introduction d'une rente réduite du conjoint survivant l'établissement d'une longue période de transition; la formule que nous proposons se fonde sur une prise en charge relative de chaque conjoint, également pendant les années de mariage, et ne considère pas, par conséquent, la conclusion du mariage comme la garantie d'un entretien à vie.

Mais pour que cette formule devienne une réalité dans notre société, il faudra encore du temps, jusqu'à ce que non seulement les intéressés, mais également l'économie et la législation (en particulier le droit du 2e pilier) arrivent à une concrétisation de la nouvelle image du couple contenue dans le droit matrimonial actuel.

5. Suppression de la rente complémentaire allouée au rentier marié pour son épouse âgée de 55 à 61 ans

S'agissant de cette suppression, la Commission part du point de vue que des aides seront prévues dans les cas de rigueur, afin d'assurer le minimum vital aux rentiers concernés.

6. Remplacement de la rente de veuve par une rente de survivant ou une allocation pour personne veuve

Une rente de survivant doit en principe être versée aux veufs et veuves qui

- s'occupent d'enfants de moins de 15 ans qui touchent une rente d'orphelins, ou

- ont 50 ans au moins et n'ont pas encore atteint l'âge de la retraite, s'ils se sont livrés à des tâches éducatives ou s'ils sont arrivés à un revenu maximal donné (à définir) pendant les 5 années qui ont précédé le décès du conjoint.

(La personne veuve qui ne remplit pas ces conditions n'a pas droit à une rente de survivant).

Toutes les autres personnes n'exerçant pas d'activité lucrative reçoivent à partir de 45 ans une allocation susceptible de leur faciliter la reprise d'une profession, conformément aux principes qui régissent aujourd'hui l'octroi d'une allocation de veuve (1 à 5 rentes annuelles selon la durée du mariage).

C'est le revenu déterminant du conjoint décédé qui sert de base de calcul. Cette façon de faire ne s'oppose pas au système du "splitting" qui devrait être appliqué à l'avenir aux rentes de vieillesse pour couple, puisqu'en se fondant sur le revenu du conjoint décédé, on compense l'absence de participation au revenu qui découle de son décès.

7. Obligation de cotiser

Sont dispensés de l'obligation de cotiser, les assurés sans activité lucrative qui élèvent des enfants. Tous les autres assurés doivent en principe payer des primes.

La cotisation minimale des personnes sans activité lucrative serait fixée à 300 francs; au demeurant, les primes sont fonction de la fortune comme dans le système actuel.

La rente de divorce allouée à l'ex-conjoint est assimilée au revenu soumis à l'AVS ("salaire"). Les cotisations prélevées sur cette rente le sont par la personne chargée de verser la rente, qui déduit cette somme du revenu déterminant pour l'AVS, afin que l'AVS ne soit pas perçue deux fois sur le même montant.

II. Âge normal de la retraite

La Commission est favorable à l'introduction de la retraite au même âge pour la femme et l'homme, à condition que l'égalité se concrétise également dans le montant des cotisations et des prestations, et qu'aucune différence ne résulte de l'état civil de l'assuré (sous la forme du splitting).

Si la Commission est unanimement d'accord avec le principe de l'égalité des sexes dans la fixation de l'âge normal de la retraite, elle n'en a pas moins eu des difficultés à décider de l'âge donnant droit à la rente. Les trois variantes - augmentation de l'âge dans le cas de la femme, baisse de l'âge fixé pour l'homme, ou forme mixte des deux options précédentes - ont trouvé des défenseurs. Le vote final a dégagé une majorité extrêmement faible en faveur d'une adaptation de l'âge de la retraite des femmes vers le haut, ce pour des motifs financiers. Cette hausse est toutefois liée à l'exigence absolue que les autres projets de concrétisation de l'égalité se réalisent, et qu'elle ne constitue

pas une étape isolée sur le chemin de l'égalité.

III. Echelonnement de l'âge de la retraite

La Commission est favorable à la retraite à la carte dès l'âge de 60 ans, ce quel que soit l'âge normal de la retraite. Il convient en outre de maintenir la possibilité d'ajourner la rente AVS conformément à l'article 39 LAVS. Le facteur de réduction applicable à l'échelonnement serait en principe de 6,8 pour cent par année de retraite anticipée et devrait concerner l'ensemble des travailleurs, avec l'exception suivante: les personnes dont la diminution de la capacité de travail a été constatée juridiquement ne devraient pas voir leur rente réduite.

IV. Dispositions transitoires

1. Principe

- 11 Même après l'entrée en vigueur de la révision de l'AVS, les rentes en cours et celles qui en dépendent seront versées selon le droit actuel. La seule modification qui interviendra sera le paiement automatique de la rente de couple sous la forme d'une moitié du montant à chaque conjoint.
- 12 Les nouvelles rentes seront régies par le nouveau droit dès l'entrée en vigueur de la révision de l'AVS, les couples ayant cependant la possibilité, durant une période transitoire de douze ans au moins à partir de l'entrée en vigueur de la révision, de choisir entre les prestations de l'ancienne législation et celles du nouveau régime.

2. Dispositions particulières

- 21 Les conjoints doivent user de leur droit de choisir (voir au point 1.2) avant que le premier d'entre eux n'atteigne l'âge de la retraite. Les conjoints usent ensemble de ce droit. En cas de désaccord ou de silence de leur part, c'est le nouveau régime qui leur est applicable.
- 22 L'âge fixe de la retraite ne peut être modifié de plus de trois mois par an.
- 23 Echelonnement de l'âge de la retraite: seuls les assurés soumis au nouveau droit peuvent en bénéficier.

V. Incidences financières des propositions

Nous mentionnons ci-après les frais supplémentaires ou les économies que nos propositions entraîneraient selon les estimations qui ont pu être faites. Relevons que toutes les estimations se fondent sur la distribution des rentiers selon leur groupe d'âge et leur catégorie de revenu, telle qu'elle ressort des statistiques de 1984 de l'Office fédéral des assurances sociales. Il n'est pas possible d'évaluer les écarts qui pourraient se produire par rap-

port à cette distribution. De plus, les frais supplémentaires et les économies n'interviendront que progressivement, puisqu'ils concernent les futurs retraités. Ils ne déploieront donc pas tous leurs effets avant une quinzaine d'années, quand les rentes seront quasiment toutes fixées selon le nouveau droit.

1. Des rentes individuelles indépendantes de l'état civil

- 11 Remplacement de la rente de vieillesse pour couple par deux rentes simples, plafonnement des deux rentes simples à 160% de la rente maximale simple.

Frais supplémentaires: 70 millions de francs environ

- 12 Bonus pour tâches éducatives/encadrement, représentant au maximum 20% du montant fixe de la rente.

Frais supplémentaires: 200 millions de francs environ.

- 13 Rente de vieillesse individuelle du conjoint survivant: 50% de la somme de deux rentes de vieillesse non réduites, ou maintien de la rente individuelle non réduite si cette dernière est plus élevée.

Economie: 250 millions de francs environ.

Cette économie ne se réalisera que très progressivement, car le nouveau mode de calcul ne s'applique qu'aux couples dont les rentes sont déterminées sur la base du nouveau système. Elle ne déploiera pas tous ses effets avant une quinzaine d'années, lorsque les rentes pour couples auront été remplacées par des rentes de vieillesse individuelles.

- 14 Suppression de la rente complémentaire au retraité marié dont l'épouse est âgée de 55 à 61 ans.

Economie: 140 millions de francs environ.

- 15 Limitation des bénéficiaires de rentes de survivant aux veufs et veuves qui

a) s'occupent d'enfants de moins de 15 ans ou

b) ont 50 ans au moins et n'ont pas encore atteint l'âge de la retraite, s'ils se sont livrés à des tâches éducatives et sont arrivés à un revenu maximal donné pendant les 5 années qui ont précédé le décès du conjoint.

Les autres survivants n'exerçant pas d'activité lucrative reçoivent une allocation à partir de 45 ans (1 à 5 rentes annuelles).

a) Hypothèse A

La moitié de toutes les veuves de plus de 50 ans continue à bénéficier d'une rente de veuve; un quart reçoit une allocation représentant 5 rentes annuelles.

Economie: 190 millions de francs environ.

Hypothèse B

Un quart des veuves de plus de 50 ans continue à bénéficier d'une rente de veuve; un quart reçoit une allocation.

Économie: 310 millions de francs environ.

Ces économies ne seraient réalisées que progressivement sur la base des dispositions transitoires.

- b) Introduction de rentes de veufs, pour les mêmes bénéficiaires; allocation pour les personnes sans activité lucrative à partir de 45 ans.

Frais supplémentaires: 50 millions de francs environ.

Cette évaluation part de l'idée qu'il y a environ 3 fois moins de veufs que de veuves, et que presque tous les veufs ont une activité professionnelle, du moins pour l'instant.

- 16 Extension de l'obligation de cotiser aux femmes mariées et aux veuves sans activité lucrative, dont le plus jeune enfant a plus de 15 ans.

Recettes supplémentaires: ne font vraisemblablement pas une différence notable.

Frais supplémentaires et économies cumulés entraînés par les propositions de révision portant sur des rentes individuelles indépendantes de l'état civil, à l'issue de la période transitoire:

Frais supplémentaires	320 millions
Économies	<u>580 millions</u>
Économies	260 millions.

2. Age normal de la retraite

Économie par année de retraite différée pour les femmes 300 millions de francs environ.

Si l'on prévoit de faire reculer progressivement l'âge de la retraite des femmes de façon à ce qu'il soit différé de trois mois par année dès 1990, pour que l'âge de la retraite des femmes soit à 63 ans en 1993, l'économie réalisée sera de quelque 75 millions de francs en 1990; cette dernière augmenterait chaque année de 75 millions, jusqu'à ce qu'elle atteigne 300 millions en 1993. Si l'âge de la retraite des femmes est fixé à 65 ans, l'économie se monterait à 900 millions de francs au total d'ici à l'an 2001. Il n'est toutefois pas possible de tenir compte, dans ces calculs, de l'évolution démographique et des coûts que pourrait occasionner la retraite à la carte, car le nombre des personnes désireuses de profiter de la retraite anticipée n'est pas évaluable.

(Traduction: Lise Knöpfel)

Proposte per la 10a revisione dell'AVS
presentate dalla Commissione federale per i problemi della donna

Introduzione

La Commissione federale per i problemi della donna ha approfondito per circa un anno le questioni inerenti alla condizione della donna nell'ambito dell'ordinamento attuale e futuro dell'AVS; e ha poi indetto un'audizione con le partecipanti e i partecipanti seguenti: prof.dr Alexandre Berenstein, già giudice federale, Ginevra; dr iur. Margrith Bigler-Eggenberger, giudice federale, Losanna; dr iur. Andreas Brunner, già consigliere nazionale, Zugo; Christiane Brunner, avvocata, Ginevra; dr nat.oec. Petra Bürgisser-Peters, Basilea; Anny Hamburger, musicista, presidente della Comunità di lavoro delle donne non sposate, Zofingen; dr oec.publ. Günter Latzel, segretario dell'Associazione svizzera di politica sociale, Zurigo; dr iur. Georg Lechleiter, membro PdL, Zurigo. In seguito a ciò e in collaborazione con la signora Helga Koppenburg, perita-diplomata nel ramo assicurazioni sulla pensione, la Commissione ha sviluppato un proprio modello per il primo pilastro. Le proposte emerse - che verranno espone e chiarite in modo particolareggiato qui di seguito - sono state approvate all'unanimità in occasione della seduta plenaria tenutasi il 25 giugno 1987.

In questo suo lavoro, la Commissione federale per i problemi della donna ha osservato i seguenti principi:

- La futura legislazione sull'AVS deve essere compatibile sia con il principio costituzionale dell' "eguaglianza dei diritti tra uomo e donna" (art. 4 cpv. 2 Cost.), sia con il nuovo diritto matrimoniale, che entrerà in vigore il 1° gennaio 1988, dei quali deve contribuire a tradurre i contenuti essenziali nella pratica in materia di assicurazioni sociali.
- Nell'ambito dell'imminente revisione dell'AVS, la priorità va data all'attuazione delle cosiddette "rivendicazioni femminili"; la parità di diritti tra donna e uomo, da un canto, e la parità di trattamento tra gli stati civili, dall'altro canto, non devono per nessuna ragione essere procrastinati a una delle successive revisioni. I problemi demografici che si pongono a medio termine dovranno essere l'oggetto di un' lla riforma dell'AVS.
- Con le proposte avanzate, la Commissione federale per i problemi della donna ha voluto confutare l'idea, da troppi condivisa, secondo la quale l'attuazione delle "rivendicazioni femminili" e delle "rivendicazioni di parità" sia indissociabile da un consistente maggior costo. Il modello elaborato dalla Commissione

mostra in che modo le rivendicazioni formulate a suo tempo dai vari ambienti femminili possano essere più che soddisfatte anche nel contesto finanziario che conosciamo. In questo caso, non si sono considerati né i costi legati all'evoluzione demografica, né quelli derivanti dall'introduzione di una maggiore flessibilità nella scelta del termine di pensionamento.

Le disposizioni sull'AVS in vigore e le proposte di revisione del Dipartimento federale dell'interno datate del novembre 1986 viste alla luce dell'art. 4 cpv. 2 Cost. e del nuovo diritto matrimoniale

Poiché tutto il sistema di sicurezza sociale in vigore ha per fondamento la divisione dei compiti e dei ruoli tra donne e uomini, enunciata nella legge matrimoniale del 1907, anche nella legge sull'AVS si ritrova il modello che prevede, da un lato, un marito ininterrottamente dedito a un'attività lucrativa e tenuto a provvedere al sostentamento della famiglia, e, dall'altro lato, una moglie che col matrimonio abdica alla propria autonomia per trarre partito resp. rendersi dipendente dallo status sociale e finanziario del marito.

La condizione della donna sposata trova una spiegazione nella divisione normativa dei ruoli ripresa dal diritto matrimoniale. Tale immagine di vita non corrisponde purtroppo più alla realtà vissuta in Svizzera: solo 1/5 delle donne adulte sono sposate e hanno figlie e figli in età minore ai 16 anni; solo una parte relativamente esigua delle donne sposate che provvedono o hanno provveduto alla figliolanza rimane per sempre senza attività lucrativa. A questo proposito va ricordato - come asserisce Kurt Lüscher - che la crescente compenetrazione tra economia e famiglia, legata al diffondersi della professionalizzazione dei servizi d'ogni sorta, fa sì che, per le donne sposate, l'attività lucrativa fuori casa diventi sempre più la principale, se non addirittura l'unica possibilità di partecipare attivamente di persona alla vita sociale. L'esigenza di conciliare l'attività professionale con i doveri di famiglia, e di poterla adeguare in funzione della situazione esistenziale, dell'età e del numero delle figlie e dei figli da allevare, crea per le donne, per quanto riguarda il lavoro a tempo parziale e il reinserimento professionale, enormi problemi di carattere socioassicurativo.

Oltre alle disparità legate al sesso, nell'AVS risultano offensive e inconciliabili con il precetto generale dell'eguaglianza dei diritti enunciato all'art. 4 cpv. 2 Cost. soprattutto le disparità connesse con lo stato civile.

Per le ragioni elencate, i seguenti diposti del diritto vigente non sono soddisfacenti:

- Il sistema del diritto alla rendita derivato e le sue conseguenze per la moglie, segnatamente:
 - computo primario della rendita di vecchiaia per coniugi in base ai contributi del marito;
 - diritto esclusivo del marito di riscuotere la rendita di vecchiaia per coniugi e, conseguentemente, versamento dell'intera rendita a lui.

- In relazione con il sesso e lo stato civile: proscioglimento dall'obbligo di versare contributi per le mogli e le vedove senza attività lucrativa.
- Diritto del marito a una rendita completiva qualora la moglie sia più giovane di lui.
- Diritto a una rendita straordinaria per la moglie, indipendentemente dal suo reddito annuo e dalla sua sostanza, se il marito non ha ancora diritto alla rendita di vecchiaia per coniugi e se non ha lacune nel versamento dei contributi (art. 42 LAVS).
- Rendita per superstiti legata al sesso, in caso di decesso del coniuge.
- Diversa durata dell'obbligo contributivo per le donne e gli uomini.

Proposte di revisione avanzate dalla Commissione federale per i problemi della donna

I. Rendite individuali, parità di trattamento

1. Sostituzione della rendita di vecchiaia per coniugi con due rendite semplici

La rendita di ciascun coniuge è computata secondo la vigente formula applicata alle rendite semplici (parte fissa di 6'912.- fr. + 20% del reddito determinante). Al fine di stabilire il reddito determinante, si attribuisce a ciascun coniuge la metà dei redditi per i quali sono stati versati i contributi durante gli anni di matrimonio. Questa suddivisione ha luogo quando viene fissata per la prima volta la rendita.

Applicando la formula per le rendite semplici, i coniugi con un reddito determinante complessivo inferiore a 34'560.- fr. ricevrebbero delle rendite di vecchiaia superiori alle attuali; i coniugi con un reddito determinante complessivo tra 34'561.- e 60'480.- fr. percepirebbero per contro delle rendite di vecchiaia inferiori alle attuali. Nel caso di redditi complessivi più elevati, l'adozione della formula per rendite semplici si tradurrebbe in rendite di vecchiaia più elevate solo se ambedue i coniugi insieme riuscissero a riscuotere una rendita di oltre 25'920.- fr.

2. Aumento del montante di base fisso della rendita semplice in virtù di un assegno d'educazione e assistenza

Per tutti gli assicurati che hanno allevato i figli, il montante di base fisso della rendita viene maggiorato per 15 anni dell'1/3% l'anno, dunque al massimo del 20% (il montante annuo è limitato a 1'382.- fr.). Tale assegno viene attribuito per metà a ciascun coniuge in funzione della durata del matrimonio.

La cerchia delle persone aventi diritto all'assegno va estesa ai parenti consanguinei in linea ascendente e discendente risp. ai coniugi o fratelli e sorelle che percepiscono una rendita AI oppure si trovano in condizioni economiche mediamente disagiate. A questo fine viene applicato il sistema dell'autodichiarazione.

La Commissione federale per i problemi della donna sente di dover esprimere a tale proposito l'esigenza di riconoscere anche attraverso le assicurazioni sociali la mole di lavoro benevolo tanto importante per la collettività, che le donne svolgono nell'ambito delle loro funzioni educative e assistenziali dentro e fuori le mura domestiche, e, pertanto, di onorarla con delle prestazioni assicurative.

L'introduzione dell'assegno d'educazione e assistenza ha per conseguenza:

- Di aumentare la rendita di vecchiaia della assicurate nubili e divorziate che si sono prodigate nelle mansioni educative e assistenziali;
- di aumentare ulteriormente le rendite di vecchiaia dei coniugi aventi un reddito complessivo inferiore a 34'560.- fr., e che abbiano allevato i figli o assistito i parenti;
- di compensare la riduzione risultante dal passaggio dalla rendita per coniugi a quella semplice che colpirebbe i coniugi con un reddito complessivo tra 34'560.- e 60'480.- fr., e ciò a condizione che abbiano provveduto alla figliolanza.

3. Aumento del limite delle rendite di vecchiaia per coniugi al 160% della rendita semplice massima

L'aumento di tale limite dagli odierni 25'920.- a 27'648.- fr. consentirebbe anche ai coniugi con un reddito comune superiore ai 60'480.- fr. di beneficiare dell'assegno d'educazione e assistenza (v. paragrafo 2).

4. Rendita semplice di vecchiaia per il coniuge superstite

Alla morte del partner, il coniuge superstite percepisce rendita di vecchiaia pari al 50% della somma delle due rendite semplici complete risp. continua a percepire integralmente la propria rendita, se quest'ultimo montante risultasse più elevato del primo.

In questo caso si tratterebbe di una parificazione tra le rendite di vecchiaia semplici per le persone non coniugate e quelle degli altri assicurati. Alla morte del partner, i pensionati coniugati si trovavano finora avvantaggiati: la loro rendita semplice ammonta ai 2/3 della rendita per coniugi.

Quale premessa per l'introduzione di tale rendita ridotta va previsto un lungo termine di transizione: la proposta qui avanzata presuppone che i coniugi si assumano un certo grado di responsabilità anche durante il matrimonio e, di conseguenza, che il contratto matrimoniale non venga confuso con una garanzia di mantenimento a vita.

Ma ci vorrà del tempo affinché tale convinzione permei la realtà sociale e affinché gli assicurati, come pure l'economia e la legislazione (segnatamente quella riguardante il 2° pilastro), contribuiscano a promuovere l'affermazione dei modelli di vita accolti nel nuovo diritto matrimoniale.

5. Abolizione della rendita completiva per la moglie in età tra i 55 e i 61 anni, versata con la rendita di vecchiaia all'uomo sposato

Suggerendo l'abolizione di tale rendita completiva, la Commissione sottintende che in caso di bisogno possano essere versate delle prestazioni complementari atte ad assicurare il minimo d'esistenza.

6. Sostituzione dell'odierna rendita per vedove con una rendita per superstiti risp. un'indennità per persone vedove

La rendita per superstiti deve per principio essere versata alle vedove e ai vedovi

- che abbiano da provvedere alla figliolanza in età inferiore ai 15 anni avente diritto alla rendita per orfani, oppure
- a partire dal 50° anno di età del/della superstita fino al raggiungimento dell'età della pensione, purché abbiano svolto funzioni educative e assistenziali o abbiano conseguito, nei 5 anni precedenti il decesso del coniuge, un reddito inferiore a un massimo da stabilirsi.

(Chi non risponde ai requisiti formulati, non ha diritto alla rendita per superstiti.

Tutte le altre persone senza attività lucrativa ricevono, a partire dal 45° anno di età, un'indennità intesa a facilitare il reinserimento professionale, calcolata secondo i principi vigenti attualmente per l'indennità di vedovanza (da 2 a 5 rendite annue, secondo la durata del matrimonio).

La base di computo è fornita dal reddito determinante del coniuge deceduto. Tale sistema non si oppone per nulla al procedimento dello splitting, che dovrebbe essere adottato per le rendite di vecchiaia per coniugi, dato che un simile collegamento con il reddito del partner deceduto evidenzia il carattere di compensazione per la mancata partecipazione al suo reddito a partire dal momento del decesso.

7. Obbligo di contributo

Sono esentati dall'obbligo contributivo gli assicurati che allevano i figli.

Tutti gli altri assicurati sono per principio tenuti a versare i contributi.

I contributi minimi delle persone senza attività lucrativa devono essere fissati a 300.- fr.; per il resto, i contributi sono da fissarsi in base alla sostanza, in modo del tutto analogo a quanto avviene oggi.

Gli alimenti ai quali ha diritto l'ex coniuge devono essere considerati alla stessa stregua del reddito sottoposto all'AVS.

I contributi sugli alimenti devono essere corrisposti da chi è tenuto al pagamento di tali alimenti; ma in questo caso, la cifra è dedotta dal reddito determinante ai fini dell'AVS, per evitare che si paghi due volte il contributo AVS sullo stesso montante.

II. Età ordinaria di pensionamento

A condizione che i contributi e le prestazioni siano uguali per le donne e gli uomini, e a condizione che siano dissociati dallo stato civile (nella modalità dello splitting), la Commissione federale per i problemi della donna è favorevole alla stessa età di pensionamento per le donne e gli uomini.

Ma se la Commissione si è pronunciata all'unanimità per la parificazione tra i sessi per quanto concerne l'età regolare di pensionamento, la decisione a proposito dell'età stessa non è stata facile. Per tutte e tre le varianti - innalzamento dell'età di pensionamento della donna, abbassamento dell'età di pensionamento dell'uomo o una forma intermedia tra i due poli - si sono avute sostenitrici e sostenitori. Nella votazione finale si è cristallizzata una maggioranza di strettissimo numero a favore di un adeguamento verso i 65 anni per quanto riguarda l'età di pensionamento della donna, e ciò per ragioni di costo. Tale innalzamento dell'età di pensionamento rimane comunque legato all'esplicita condizione che abbia a essere considerato solo unitamente alle altre rivendicazioni di parificazione, e che non venga messo in pratica quale singolo provvedimento.

III. Età flessibile di pensionamento

Indipendentemente da quale sarà la regolare età di pensionamento, la Commissione si pronuncia a favore di un possibile ritiro anticipato dalla vita attiva a partire dai 60 anni. La possibilità di rinvio della rendita AVS nei sensi dell'art. 39 LAVS va mantenuta. Il fattore di riduzione per la flessibilità va fissato per principio al 6,8% per ogni anno di ritiro anticipato, come pure per tutte le lavoratrici e i lavoratori, a un'unica eccezione: le persone la cui ridotta capacità lavorativa sia stata accertata per mezzo di una procedura stabilita dalla legge hanno diritto alla rendita completa.

IV. Disposizioni transitorie

1. Principio

- 11 Anche dopo l'entrata in vigore dell'AVS riveduta, le rendite correnti e quelle derivate sono da versarsi secondo le modalità previste dal diritto in vigore oggi. Il cambiamento sta nel fatto che la rendita per coniugi verrebbe automaticamente versata per metà a ciascun partner.
- 12 Dal momento dell'entrata in vigore dell'AVS riveduta, alle nuove rendite si applicano i nuovi disposti; ma per un periodo di transizione di almeno 12 anni dall'entrata in vigore della nuova legge, ai coniugi è data facoltà di opzione tra le prestazioni secondo il vecchio diritto risp. le prestazioni secondo quello nuovo.

2. Disposizioni particolari

- 21 I coniugi devono far valere il diritto d'opzione definito al punto 1.2 prima che il più anziano di loro entri in età di pensionamento. L'opzione deve essere scelta di comune intesa; in caso di divergenze oppure in assenza di una richiesta esplicita si applica il nuovo diritto.
- 22 L'età ordinaria di pensionamento non può essere modificata di più di tre mesi l'anno.
- 23 Età di pensionamento flessibile: di tale modalità di pensionamento possono solo gli assicurati ai quali si applica il nuovo diritto.

V. Ripercussioni finanziarie delle proposte

I maggiori costi risp. i risparmi sono elencati di seguito nella misura in cui era possibile una loro valutazione. Tutte le stime sono state fatte in base alla distribuzione delle pensionate e dei pensionati per categorie di età e di reddito secondo i "Risultati dei rilevamenti mensili, marzo 1984" dell'Ufficio federale delle assicurazioni sociali. Non si sono potute formulare ipotesi a proposito di possibili future deviazioni da tale distribuzione. Inoltre, gran parte dei maggiori costi risp. dei risparmi incideranno sul bilancio solo in seguito e progressivamente, poiché interessano le future pensionate e i futuri pensionati. Maggiori costi e risparmi si ripercuoteranno appieno tra una quindicina d'anni, quando non vi saranno più che le rendite fissate secondo i nuovi criteri.

1. Rendite semplici dissociate dallo stato civile

- 11 Sostituzione della rendita di vecchiaia per coniugi con due rendite semplici; limite per le due rendite semplici: 160% della rendita semplice massima.
Maggior costo: circa 70 milioni di franchi.
- 12 Assegno d'educazione o d'assistenza pari a un massimo del 20% del montante di base fisso della rendita.
Maggior costo: circa 200 milioni di franchi.
- 13 Rendita semplice di vecchiaia per il coniuge superstite = 50% della somma delle due rendite complete risp. propria rendita semplice se tale montante fosse più elevato.
Risparmio: circa 250 milioni di franchi.

Tale risparmio potrà essere realizzato solo progressivamente, dato che il nuovo metodo di computo si applica solo ai coniugi le cui rendite di vecchiaia sono già state fissate secondo il nuovo modello. Gli effetti del risparmio si ripercuoteranno appieno solo dopo una quindicina d'anni a contare dal passaggio dalla rendita per coniugi alle due rendite semplici.

14 Abolizione della rendita completiva per la moglie in età tra i 55 e i 61 anni versata in aggiunta alla rendita di vecchiaia del marito.

Risparmio: circa 140 milioni di franchi.

15 Limitazione della cerchia degli aventi diritto alle rendite per superstiti ai coniugi superstiti.

a) che debbano provvedere a figli minori di 15 anni, oppure

b) che abbiano più di 50 anni, abbiano avuto obblighi d'assistenza e, nel corso degli ultimi 5 anni prima della morte del coniuge, abbiano conseguito un reddito inferiore a un montante massimo da stabilirsi.

Tutti gli altri superstiti senza attività lucrativa e in età superiore ai 45 anni beneficiano di un'indennità (da 2 a 5 rendite annue).

a) Ipotesi A

La metà delle vedove in età superiore ai 50 anni continua a percepire la rendita per vedove; un quarto riceve un'indennità pari a 5 rendite annue.

Risparmio: circa 190 milioni di franchi.

Ipotesi B

Un quarto di tutte le vedove in età superiore ai 50 anni continua a percepire la rendita per vedove; un quarto riceve un'indennità.

Risparmio: circa 310 milioni di franchi.

In virtù delle disposizioni transitorie, le ripercussioni dei risparmi si faranno sentire solo progressivamente.

b) Introduzione di una rendita per vedovi, uguale cerchia di aventi diritto; indennità per persone senza attività lucrativa a partire dal 45° anno di età.

Maggior costo: circa 50 milioni di franchi.

Tale "stima" si basa sull'ipotesi che vi sono tre volte meno vedovi che vedove e che praticamente tutti i vedovi, perlomeno in un futuro immediato, avranno un'attività lucrativa.

16 Estensione dell'obbligo contributivo alle donne sposate e alle vedove senza attività lucrativa, il cui figlio minore abbia già compiuto i 15 anni.

Maggiori entrate: probabilmente insignificanti, per cui si possono tralasciare.

Bilancio dei maggiori costi e dei risparmi riconducibili alle domande di revisione concernenti le rendite semplici dissociate dallo stato civile, al termine del periodo transitorio:

Maggiori costi	320 milioni
Risparmi	<u>580 milioni</u>
Risparmio effettivo	260 milioni

Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1987

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat sich während diesem Jahr vor allem intensiv mit den Fragen zur Stellung der Frau in der heutigen und in einer künftigen AHV beschäftigt. Dabei haben folgende Diskussionspunkte im Vordergrund gestanden: In einer künftigen AHV sind Inhalt und Zielsetzung von Art. 4 Abs. 2 Bundesverfassung und das damit verbundene Gleichberechtigungverständnis wie auch das neue Ehe-recht zu berücksichtigen; Frauen sind unabhängig vom Zivilstand als eigene Rechtspersönlichkeiten zu behandeln; die umfangreiche und gesellschaftlich bedeutende Benevolatsarbeit, die von Frauen als Erziehungs- und Betreuungsarbeit im inner- und ausserfamiliären Bereich geleistet wird, muss berücksichtigt und als leistungsrelevant anerkannt werden. Die Kommission hat ein Modell für die bevorstehende 10. AHV-Revision ausgearbeitet und dieses dem Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern zur Kenntnis gebracht. Diese Vorschläge werden im ersten Bulletin F-Frauenfragen 1988 veröffentlicht.

1 Sitzungen

11 Plenarsitzungen

An insgesamt 8 Sitzungstagen (3.2., 16./17.3., 25.6., 19.8., 29.9., 26./27.11.) behandelte die Kommission als wesentliche Traktanden: Diskussion und Verabschiedung der Eingabe zur Scheidungsrechtsrevision; Diskussion und Verabschiedung einer Stellungnahme zum Revisionsprogramm 10. AHV-Revision des EDI vom November 1986 sowie eines eigenen Modells für die Altersvorsorge; Hearing und Diskussion zur beruflichen Vorsorge (BVG), Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über die Bundesstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann.

12 Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe 'Sozialpolitik' bereitete, zusammen mit Expertinnen, die Stellungnahme der Kommission zum Revisionsprogramm 10. AHV-Revision des Eidg. Departementes des Innern vom November 1986 sowie die Vorschläge für ein neues AHV-Modell zuhanden der Plenarsitzung vor.

Zum Thema 'Frauen und neue Technologien' wurde das Institut für Arbeits- und Organisationspsychologie der ETH-Zürich von der Kommission beauftragt, eine Studie zu den Auswirkungen neuer Techniken auf Frauenarbeitsplätze im Büro- und Verwaltungsbereich auszuarbeiten. Begleitet werden die Beauftragten von einer Arbeitsgruppe, die aus Kommissionsmitgliedern und zwei aussenstehenden Expertinnen zusammengesetzt ist. Diese Arbeitsgruppe wird sich auch 1988 mit diesem Thema beschäftigen.

Nachdem Frau Bundesrätin Kopp und der Schlussbericht des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten EDA zur UNO-Weltfrauenkonferenz von 1985 sich für eine Analyse der verabschiedeten Strategien (FLS) durch die Kommission ausgesprochen hatten, nahm eine Arbeitsgruppe, die sich aus der Kommissionspräsidentin und den Repräsentantinnen der in der Kommission vertretenen grossen Schweizer Frauenorganisationen zusammensetzte, diese Analyse der FLS vor. Sie konnte ihre Konkretisierungsvorschläge zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann, quasi als Ergänzung zum Rechtsetzungsprogramm "Gleiche Rechte für Mann und Frau", der Vorsteherin des EJPD im Sommer überreichen.

2 Publikationen

21 Bericht 'Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien'

Der Bericht 'Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien' wurde bereits im Jahre 1986 von der Kommission verabschiedet. Im Frühjahr konnte er in einer deutschen und französischen Fassung publiziert und anlässlich einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

22 F-Frauenfragen

1987 erschienen 3 Nummern des Bulletins der Eidg. Kommission für Frauenfragen. Die erste Nummer behandelte die Frage der Gleichstellung von Frau und Mann und der verschiedenen Zivilstände in den Steuersystemen der Schweiz. Vor- und Nachteile der Familien- resp. Individualbesteuerung wurden für Ehepaare, für das Konkubinat sowie für die alleinstehenden Frauen unter die Lupe genommen.

Die zweite Nummer war ausschliesslich einem Thema gewidmet: der Revision des Scheidungsrechts in der Schweiz. Die von der Kommission entwickelten Vorschläge für die Scheidungsrechtsrevision wurden der ausserparlamentarischen Expertenkommission, welche mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs für die Revision des Scheidungsrechts beauftragt ist, zugestellt. Ziel des Berichtes ist es, der Expertenkommission möglichst früh die wichtigsten Änderungen zu unterbreiten, die sich die Eidg. Kommission für Frauenfragen von der bevorstehenden Revision erhofft. F 2/87 liegt in deutscher und französischer Fassung vor.

Die dritte Nummer beschäftigte sich mit dem Thema Frauen und Aelterwerden, Altern. Es wurde versucht, diese Problematik, wovon gewisse Aspekte auch in Frauenkreisen noch zuwenig beachtet werden, von den verschiedenen Aspekten her einzukreisen. Im weiteren wurde die in F 1/86 aufgenommene Diskussion zur Revision des Sexualstrafrechtes mit zwei Beiträgen zur Pornographie fortgesetzt.

23 Pressemappe / Dokumentationsstelle

Auch in diesem Jahr wurde monatlich eine Pressemappe mit Zeitungsartikeln über die wichtigsten frauenrelevanten Ereignisse u.a. aus den Bereichen Politik, Öffentlichkeit, Kultur, Erziehung, Arbeit, Gesundheit und Familie zusammengestellt. Die Bibliothek wurde durch Neuerscheinungen ergänzt.

Hinsichtlich einer besseren Uebersicht wurde der Bestand über die Schweizer Frauenbewegung bis zum Jahre 1975 an das Gosteli-Archiv übergeben und Doubletten allgemeineren Inhalts eingetauscht. Das Gosteli Archiv ist - wie die Dokumentationsstelle der Eidg. Frauenkommission - öffentlich zugänglich und befindet sich an der Altikofenstrasse 186, 3048 Worblaufen (bei Bern). Die Zusammenarbeit zwischen Archiv und Dokumentationsstelle ist gewährleistet.

3 Vernehmlassungen

Bundesstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen äusserte sich zum Verordnungsentwurf über die 1988 einzurichtende Bundesstelle zur Gleichstellung von Frau und Mann. Die Kommission konnte sich grundsätzlich mit dem Entwurf einverstanden erklären und stellte mit Genugtuung fest, dass wesentliche Formulierungen und Elemente des von der Kommission im Jahre 1985 vorgeschlagenen Modells für eine Stabsstelle in die Verordnung aufgenommen werden. Allerdings hätte die Eidg. Kommission für Frauenfragen in ihrem Modell die Stabsstelle hierarchisch höher gestellt und ihr weitere Kompetenzen gewünscht.

4 Verschiedenes

41 Vergewaltigung in der Ehe

Eine von der Frauenkommission unterstützte Untersuchung über Wünschbarkeit der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe wurde von der Sozialforschungsstelle der Universität Zürich durchgeführt und der Presse vorgestellt. Diese Umfrage entstand aus dem Bedürfnis, die Meinung der Schweizer Bevölkerung zur Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe zu erfahren.

und entsprechende Daten zu erheben.

42 Historisches Lexikon der Schweiz

Die Kommission erachtet es als wichtig, dass bei der vorgesehenen Neuherausgabe des historischen Lexikons der Schweiz sowohl inhaltlich die Frauenanliegen berücksichtigt werden wie auch Frauen in der Redaktion adäquat vertreten sind.

43 Kontakte

Im Juni fand zwischen der Präsidentin und der Lichtensteinischen Frauenkommission eine Zusammenkunft statt, die dem gegenseitigen Informationsaustausch diente. Von Seiten der Lichtensteinischen Frauenkommission wird ein periodischer Meinungsaustausch gewünscht.

Ebenfalls im Juni fand eine Aussprache zwischen National- resp. Ständerätinnen und den Präsidentinnen der Schweiz.

Frauenorganisationen statt, an der auch die Kommission vertreten war. Inhalt des Gespräches bildeten u.a. die Mutterschaftsversicherung, die 10. AHV-Revision sowie die Motion Stamm betreffend Bundesstelle zur Gleichstellung von Frau und Mann. Dieses Treffen soll künftig einmal jährlich stattfinden.

44 Internationale Organisationen

Das ad-hoc Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM) des Europarates erhielt 1987 einen neuen Status als ein ständiges Komitee. Es trägt neu den Namen Comité européen pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CEEG).

Die Kommission war durch ihre Sekretärin am Europaratskolloquium "Gewalt in der Familie" vertreten, das Ende November in Strassburg abgehalten wurde.

Tätigkeitsprogramm 1988

Sozialversicherung / BVG

Nach ihrer Arbeit zur 10. AHV-Revision wird die Kommission Vorschläge zur beruflichen Vorsorge (BVG-Revision) entwickeln und weitere Zweige der Sozialversicherung an die Hand nehmen.

Frauen und Neue Technologien

Die Kommission wird sich mit den Ergebnissen der bei der ETH-Zürich in Auftrag gegebenen Untersuchung eingehend beschäftigen. Sie wird versuchen, die gewonnenen Erkenntnisse nicht nur in Berichtsform zu veröffentlichen, sondern mit interessierten Kreisen zusammen - auch mittels Rahmenveranstaltungen und anderen Aktionen weiter zu verfolgen.

Frauen in der Politik

Bei den Parlamentswahlen im Herbst 1987 konnte zwar der Prozentsatz der gewählten Frauen angehoben werden, eine adäquate Frauenvertretung in der Bundesversammlung lässt jedoch immer noch auf sich warten. Die Kommission möchte daher in einer Untersuchung die bestehenden Widerstände, die gegenüber einer häufigeren Wahl von Frauen bestehen, analysieren: Weshalb wählen Frauen nicht konsequenter Kandidatinnen, wie kann der Zugang zur Politik für Frauen erleichtert werden, welche Frauenförderungsmassnahmen haben sich bewährt, wo liegen die Gründe für die niedrigere Wahlbeteiligung der Frauen?

F-Frauenfragen

Auch im nächsten Jahr sollen 2-4 Nummern des Bulletins F-Frauenfragen erscheinen und frauenrelevante Fragestellungen behandeln.

Weiteres

Die Kommission wird die Gelegenheit wahrnehmen, sich kurzfristig zu aktuellen Frauen- und Gleichstellungsfragen zu äussern. So wird sie u.a. am Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben teilnehmen.

Des weitern verfolgt die Kommission mit grossem Interesse die Einrichtung des neuen Gleichstellungsorgans und freut sich auf die regelmässigen Kontakte und auf die mögliche Zusammenarbeit.



Ich erinnere mich an Gespräche in einer sehr grossen Offenheit zwischen Frauen, die unterschiedlich weit gehen konnten, die sich miteinander auseinandersetzten, die auch am Ende nicht einer Meinung waren und einander doch als Schwestern erlebten. Ich kann mich aber auch an Abgrenzungen erinnern, die ich zwar intellektuell verstand, mit denen ich der Sache nach sogar einverstanden war und die ich doch nicht mitvollziehen konnte. Was sich hier abspielt, läuft heute unter dem Namen »Schwesternstreit«. Darunter leide ich. Natürlich müssen wir verschiedene Standpunkte formulieren und einander auch sagen: »Hier kann ich nicht mehr mit, hier ist für mich eine Grenze erreicht, die ich jetzt nicht überschreiten kann und will.« Das müssen wir aushalten, vielleicht können wir einander auch verständlich machen, warum wir aus unserem Lebens- und Glaubensverständnis heraus so und nicht anders entscheiden müssen, und vielleicht ist es auch möglich, die eigene Stellungnahme als nicht endgültig und absolut zu sehen. Wenn es wahr ist, daß Feminismus und feministische Theologie aus der lebendigen Erfahrung von Frauen wachsen, dann müssen wir einander auch zugestehen, daß Wege auseinandergehen, aber auch offenlassen, ob sie nicht am einen oder anderen Punkt näher voneinander sind, als wir meinen, und daß sie sich auch wieder nähern können. Ich hoffe immer noch, daß die feministische Theologie nie zu einem in sich geschlossenen System wird und daß das Netz weit genug gespannt ist, um zum Beispiel matriachale Spiritualität, wissenschaftliche feministische Arbeit an biblischen Texten und der ganzen kirchlichen Tradition, eine pneumatologisch ausgerichtete, vielleicht mit gnostischen Elementen gespeiste Spiritualität, eine prophetische Befreiungstheologie, die Neu-Interpretation von Symbolen und so weiter zu umfassen. Ein Netz ist kein Hut, unter den alle passen müssen, auch keine mit Mauern nach außen abgeschirmte Kirche. Es ist ein feines, zerbrechliches Gebilde, aus tausend Lebens- und Glaubensfäden gewoben, und die Zerreißprobe ist hart. Wenn wir uns auseinanderreißen lassen, ist der Sieger klar. Es ist das in seiner »Rechtgläubigkeit« und Autorität bestärkte Patriarchat, und die Besiegten sind nicht nur wir Frauen, sondern die große Verliererin ist die Kirche, die gerade heute wir Frauen besonders verkörpern. Ich träume von einem fein gesponnenen, vielfach verzweigten und geknüpften Netz von Schwesternschaft, die uns stark macht und die Gerechtigkeit, Frieden und Leben wachsen läßt.

Les activités de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1987

Cette année, la Commission fédérale pour les questions féminines s'est surtout penchée sur le statut de la femme dans l'AVS d'aujourd'hui et de demain. Il en ressort qu'à l'avenir, l'AVS devrait se conformer au contenu et aux objectifs de l'article 4, 2e alinéa de la Constitution fédérale, et s'inspirer de la conception de l'égalité qui en découle, ainsi que du nouveau droit matrimonial; les femmes devraient y avoir une existence juridique propre, indépendamment de leur état civil; il faudrait reconnaître les nombreuses activités bénévoles auxquelles les femmes se livrent pour le bien de la société, à l'intérieur et à l'extérieur du foyer, en élevant des enfants et en s'occupant des personnes requérant un encadrement, et considérer ce travail comme une prestation. Dans la perspective de la 10e révision de l'AVS, la Commission a préparé un projet qu'elle a adressé au Chef du Département fédéral de l'intérieur (DFI); elle présentera ces propositions dans le premier F-Questions au féminin de 1988.

1. Réunions

11 Réunions plénières

La Commission s'est réunie pendant 8 jours au total (3.2., 16./17.3., 25.6., 19.8., 29.9., 26./27.11.), notamment pour discuter et adopter sa demande concernant le droit du divorce, sa prise de position sur le programme de révision de la 10e révision de l'AVS publié par le DFI en novembre 1986 ainsi que son propre projet de prévoyance vieillesse; pour entendre des experts et débattre de la prévoyance professionnelle (LPP), et pour se prononcer sur le projet d'ordonnance concernant un service fédéral de l'égalité des droits entre femmes et hommes.

12 Groupes de travail

Le groupe de travail "Politique sociale" a préparé, avec le concours d'expertes, la prise de position de la Commission sur le programme de révision de la 10e révision de l'AVS publié par le DFI en novembre 1986, ainsi que des propositions pour un nouveau système AVS en vue de la réunion plénière de la Commission.

Au sujet des "Femmes et des techniques nouvelles", relevons que la Commission a chargé l'Institut für Arbeits- und Organisationspsychologie de l'EPF de Zurich d'étudier les répercussions des nouvelles techniques sur l'emploi des femmes dans les domaines du secrétariat et de l'administration. Les responsables projet sont suivis par un groupe de travail comprenant des membres de la Commission et deux expertes indépendantes. Le groupe de travail se consacrera à ce thème en 1988 également.

Vu que la Conseillère fédérale Elisabeth Kopp et le rapport final du Département fédéral des affaires étrangères sur la Conférence mondiale de la femme des Nations Unies de 1985 s'étaient dits favorables à la constitution d'un groupe de travail chargé d'analyser les stratégies prospectives d'action adoptées par la Conférence, un tel organe a été mis sur pied, qui regroupe la présidente de la Commission et les déléguées des grandes associations féminines représentées au sein de la Commission. Le groupe de travail a remis au cours de l'été à la Chef du Département fédéral de justice et police, ses propositions visant à concrétiser dans les faits le principe d'égalité entre la femme et l'homme, comme une sorte de complément au Programme législatif "Egalité des droits".

2 Publications

21 Rapport "Femmes et hommes: faits, perspectives, utopies"

Ce rapport avait été adopté par la Commission en 1986 déjà. Au début de l'année, la sortie des versions allemande et française a été l'occasion d'organiser une conférence de presse pour présenter cette étude au public.

22 F-Questions au féminin

1987 a vu la publication de 3 numéros de l'organe de la Commission. Le premier a traité de la question de l'égalité des sexes et des différents états civils existant dans les systèmes fiscaux du pays. C'est ainsi que furent examinés les avantages et les inconvénients de l'imposition "familiale" et individuelle des couples mariés, des personnes vivant en union libre ainsi que des femmes seules.

Publié en français et en allemand, le deuxième numéro a été exclusivement consacré à la révision du droit du divorce. Les recommandations de la Commission ont été présentées à la commission d'experts extra-parlementaire qui a reçu pour mandat d'élaborer un avant-projet en vue de cette révision, car il faut que les experts connaissent le plus tôt possible l'évolution que la Commission pour les questions féminines attend de la révision.

Le troisième numéro s'est penché sur la question des femmes âgées, sur le fait de vieillir au féminin, s'efforçant d'éclairer les différents aspects d'une problématique qui est rarement traitée de façon approfondie, même dans les milieux féministes. Dans un second volet, la Commission a poursuivi le débat qu'elle avait entamé dans le F 1/86 à propos de la révision du droit pénal en matière sexuelle, par le biais de deux articles sur la pornographie.

23 Revue de la presse /Service de documentation

Comme de coutume, une revue mensuelle de la presse est parue sur les événements les plus marquants pour la condition féminine dans les domaines de la politique,

des mass médias, de la culture, de l'éducation, du travail, de la santé et de la famille. La bibliothèque a été complétée par de nouvelles acquisitions.

Afin de faciliter les recherches, le fonds de la bibliothèque qui concerne le mouvement des femmes suisses jusqu'en 1975 a été remis aux archives historiques Gosteli; les ouvrages non spécialisés que la Commission avait à double ont en outre été échangés. Ouvertes à chacun, à l'instar du Service de documentation de la Commission, les archives Gosteli se trouvent tout près de Berne, à l'Altkofenstrasse 186, 3048 Worblaufen. Une coopération est assurée entre les deux organes.

3 Procédure de consultation

Service fédéral de l'égalité des droits entre femmes et hommes

La Commission s'est prononcée sur le projet d'ordonnance sur le service fédéral de l'égalité qui sera créé en 1988. Elle a globalement accepté le projet, heureuse de constater que les formulations et les points contenus dans sa proposition d'état-major de 1985 avaient, pour l'essentiel, été repris dans l'ordonnance. Il est vrai que son projet prévoyait que l'état-major serait placé à un niveau hiérarchique supérieur et doté de davantage de compétences. La Commission se félicite de la création d'un tel organe, avec lequel elle aura sûrement l'occasion de travailler régulièrement.

4 Divers

41 Le viol dans le mariage

La Commission a accordé son soutien à une enquête sur la nécessité ou non de rendre passible d'une peine le viol entre époux. Présenté à la presse, ce sondage réalisé par la Sozialforschungsstelle de l'Université de Zurich avait pour but de connaître l'opinion de la population sur le viol dans le mariage et de recueillir des informations à ce propos.

42 Dictionnaire historique de la Suisse
La Commission trouve important que la nouvelle édition du Dictionnaire historique de la Suisse tienne compte des questions intéressant la condition féminine et que les femmes soient dûment représentées dans l'équipe rédactionnelle.

43 Contacts

La présidente et la Commission de la condition féminine du Liechtenstein ont eu en juin une réunion d'information. Le Liechtenstein souhaite qu'un échange de vues ait lieu régulièrement.

En juin également, la Commission a délégué une de ses membres à une réunion organisée entre des députées du Conseil national et du Conseil des Etats, d'une part, et les présidentes des sociétés féminines suisses, d'autre part. Les discussions ont surtout porté sur l'assurance maternité, la 10e révision de l'AVS ainsi que sur la motion Stamm concernant la création d'un service fédéral de l'égalité des droits. Une telle réunion aura dorénavant lieu chaque année.

44 Organisations internationales

Le Comité ad hoc pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM) du Conseil de l'Europe a été doté en 1987 du statut de comité permanent et rebaptisé "Comité européen pour l'égalité entre les femmes et les hommes" (CEEG).

A la fin du mois de novembre, un colloque du Conseil de l'Europa consacré à la violence au sein de la famille a été suivi par la secrétaire de la Commission.

Programme d'activité 1988

Sécurité sociale / LPP

Après ses travaux sur la 10e révision de l'AVS, la Commission préparera des propositions en vue de la révision de la loi sur la prévoyance professionnelle, et abordera d'autres domaines des assurances sociales.

Les femmes et les techniques nouvelles

La Commission traitera dans les détails des résultats du sondage confié à l'EPF de Zurich. Elle s'efforcera non seulement de publier ses conclusions dans un rapport, mais également de leur donner une suite par des manifestations et actions diverses, avec le concours des milieux intéressés.

Les femmes et la politique

Si les élections de l'automne 1987 ont permis d'augmenter le pourcentage de femmes aux Chambres fédérales, la députation féminine continue à y être trop faible. La Commission entend par conséquent analyser les obstacles auxquels se heurtent les femmes au moment d'être élues: pourquoi les femmes ne votent-elles pas plus souvent pour des femmes; comment faciliter l'accès des femmes à la politique; quelles sont les mesures qui se sont révélées positives pour les carrières féminines; pour quels motifs le taux de participation des femmes est-il inférieur à celui des hommes?

F-Questions au féminin

Comme tous les ans, la Commission publiera deux, trois ou quatre numéros traitant de la condition féminine.

Autres activités

La Commission aura l'occasion de s'exprimer très bientôt sur des problèmes d'actualité ayant trait à l'égalité des droits et à la condition féminine en général. C'est ainsi qu'elle participera à la procédure de consultation sur l'avant-projet de loi fédérale concernant l'aide aux victimes d'infractions contre la vie

et l'intégrité corporelle.

Enfin, la Commission suit avec un vif intérêt la mise sur pied du service chargé de l'application du principe d'égalité des droits, et se réjouit à la perspective de ses contacts et de sa collaboration avec cet organe.

(Traduction: Lise Knöpfel)



In der Frauenbewegung erlebten wir andere Formen von Gemeinschaft. Ein Wort, das ich in Berkeley lernte, hieß »mutuality« – Gegenseitigkeit, Wechselseitigkeit – also flexible, nicht festgeschriebene Rollen, einmal stark und dann auch wieder schwach sein dürfen, auswechselbar, vertretbar sein. Eine Zusammengehörigkeit in gegenseitiger Zuwendung, aufeinander hören und zueinander sprechen. Kreise bilden und wieder auflösen, mehr Spontaneität, mehr Verbundenheit ohne Gleichförmigkeit und ohne Unterordnung. In einem Artikel, den ich 1982 für die Zeitschrift des Zentrums für Frauen und Religion zum Thema »Frau und Macht« schrieb, heißt es:

»Was meinen wir Feministinnen, wenn wir von einer starken Frau sprechen, von einer Frau, die »power« hat? Es gibt sicher so viele Definitionen, wie es Frauen gibt. Ich kann nur versuchen, einige Elemente, die mir wichtig scheinen, zusammenzustellen. Ich stelle mir eine Frau vor, die sich ihrer emotionalen Kräfte bewußt ist und mit ihnen umgehen kann, die in einer nahen Beziehung zur Natur, zu ihrem eigenen Körper und ihrer Seele lebt und diese Kräfte auch bei anderen spürt. Aber sie hat auch gelernt, so intelligent zu sein, wie sie ist, ohne Angst, deswegen als Blaustrumpf angesehen zu werden. Ich denke an eine ihrer selbst als Frau bewußte Frau (a woman-identified woman), eine mehr oder weniger voll integrierte Persönlichkeit, und ich bin überzeugt, daß Frauen in unserer Gesellschaft größere Chancen haben als Männer, solche in diesem Sinn machtvolle Persönlichkeiten zu werden. Männer stehen viel mehr in der Gefahr, die eine Seite ihrer Persönlichkeit zu unterdrücken – ihre Gefühle, ihre Beziehungsfähigkeit, ihre Sensibilität, weil das berufliche und politische Leben, wie es heute ist, nur so funktionieren kann.«

Auch in diesem Artikel hieß es, in dieser Hinsicht sei die Kirche ein getreues Abbild der Gesellschaft, verwaltet durch männliche, von im Patriarchat erzogenen Männern erdachte Strukturen, und männliches Denken waren vorherrschend in Theologie und Dogma. Demgegenüber erlebten wir eine Fülle von Leben in der Gemeinschaft von Frauen, und diese war doch auch Kirche – oder nicht?

Le attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1987

Nel corso dell'anno, la Commissione federale per i problemi della donna ha approfondito l'analisi della posizione riservata alla donna nell'odierno e futuro ordinamento dell'AVS. L'attenzione è stata rivolta in particolare alle seguenti esigenze: la futura AVS deve considerare tenore e obiettivi dell'art. 4 cpv. 2 Cost., come pure la nozione d'eguaglianza che ne deriva, e tenere conto del nuovo diritto matrimoniale; le donne devono essere trattate come personalità giuridiche autonome, indipendentemente dal loro stato civile; la mole di lavoro tanto importante per la società e svolta a titolo benevolo dalle donne nell'ambito delle loro mansioni educative e assistenziali dentro e fuori casa deve trovare un riconoscimento e dare diritto a prestazioni. Sempre in vista dell'imminente X revisione dell'AVS, la Commissione ha elaborato un modello, che ha poi sottoposto al capo del Dipartimento federale dell'interno. Le proposte contenute nel modello verranno pubblicate nel primo bollettino "F-Problemi al femminile" del 1988.

1. Sedute

11 Sedute plenarie

I principali argomenti iscritti all'ordine del giorno delle 9 giornate di riunione (3.2., 16./17.3., 25.6., 19.8., 29.9., 26./27.11.) erano: discussione e licenziamento di una proposta concernente la revisione del diritto riguardante il divorzio; discussione e licenziamento di una presa di posizione sul programma d'attuazione della X revisione dell'AVS stabilito dal DFI nel novembre 1986, come pure di un proprio modello per la previdenza per la vecchiaia; audizione e discussione sulla pre-

videnza professionale (LPP); presa di posizione sul progetto di ordinanza concernente l'Ufficio federale per la parità tra donna e uomo.

12 Gruppi di lavoro

Avvalendosi della collaborazione di esperte, il gruppo di lavoro sulla 'politica sociale' ha elaborato - all'attenzione della Commissione riunita in seduta plenaria - sia la presa di posizione commissionale riguardante il programma d'attuazione della X revisione dell'AVS allestito dal Dipartimento federale dell'interno e datato del novembre 1986, sia delle proposte per un nuovo ordinamento dell'AVS.

A proposito di 'donne e nuove tecnologie', la Commissione ha conferito all'Istituto di psicologia del lavoro del Politecnico di Zurigo il mandato di condurre uno studio sulle ripercussioni delle nuove tecniche sui posti di lavoro femminili nel settore amministrativo. La ricerca è seguita da un gruppo di lavoro, composto di membri della Commissione coadiuvati da due esperte esterne. Detto gruppo continuerà a dedicarsi all'argomento anche nel 1988.

Giacché sia la consigliera federale Kopp sia il Dipartimento federale degli affari esteri nel suo rapporto finale propendevano per affidare alla Commissione l'analisi delle strategie prospettive adottate nel 1985 dalla Conferenza mondiale delle donne indetta dall'ONU, un gruppo di lavoro - composto dalla presidente della Commissione e dalle rappresentanti delle organizzazioni femminili presenti in seno alla Commissione - si è chinato su tali strategie. Durante l'estate ha avuto modo di presentare le proposte volte al concretamento di una parità effettiva tra donna e uomo alla direttrice del DFGP; tali proposte si aggiungono, a titolo di complemento, al programma legislativo 'Eguaglianza di diritti tra uomo e donna'.

2 Pubblicazioni

21 Rapporto 'Donne e uomini: fatti, prospettive, utopie'

Il rapporto in questione venne approvato dalla Commissione già nel 1986. Questa primavera, lo si è pubblicato nelle versioni francese e tedesca, presentato al pubblico in occasione di una conferenza-stampa.

22 F-Problemi al femminile

Nel 1987, il bollettino della Commissione federale per i problemi della donna è apparso tre volte. Il primo numero era dedicato alla questione dell'eguaglianza tra donna e uomo come pure tra le persone di diverso stato civile nei sistemi tributari svizzeri. Vi si analizzavano in particolare i vantaggi e gli svantaggi derivanti da una tassazione per famiglie risp. da una tassazione individuale delle coppie coniugate e concubine come pure delle donne sole.

Il secondo numero sviluppava un unico argomento: la revisione del diritto concernente il divorzio in Svizzera. Le proposte elaborate dalla Commissione sono state trasmesse alla commissione peritale extraparlamentare incaricata di allestire l'avamprogetto. Lo scopo di detto rapporto era di confrontare tempestivamente la commissione peritale con i principali mutamenti che la Commissione federale per i problemi della donna si attende dall'imminente revisione. Il bollettino F 2/87 è disponibile nelle versioni francese e tedesca.

Il terzo numero tentava un'analisi del processo d'invecchiamento, quale è vissuto dalla donna. In effetti, vi sono aspetti di questo problema che persino gli ambienti femminili sono restii ad affrontare e che sarebbe stato interessante chiarire dai diversi punti di vista. Inoltre, si è proseguito il dibattito iniziato in F 1/86 a proposito della revisione del diritto penale in materia di reati sessuali, dando spazio a due contributi sulla pornografia.

23 Rassegna della stampa / Centro di documentazione

Anche quest'anno si è provveduto a comporre mensilmente un incartamento con articoli di giornale riguardanti gli av-

venimenti che maggiormente incidono sulla condizione della donna, in particolare nei settori della politica, della vita pubblica, della cultura, dell'educazione, del lavoro, della salute e della famiglia. La biblioteca si è arricchita di nuove pubblicazioni.

Per favorire una maggiore chiarezza, i documenti riguardanti il movimento femminista svizzero fino al 1975 sono stati consegnanti all'Archivio Gosteli, con il quale si sono pure scambiati dei doppioni aventi un contenuto di natura generale. L'Archivio Gosteli - come d'altronde il Centro di documentazione della Commissione federale per i problemi della donna - è aperto al pubblico, e si trova in Altikofenstrasse 186, 3048 Worblaufen presso Berna. La collaborazione tra Archivio e Centro di documentazione è assicurata.

3 Consultazioni

Ufficio federale per la parità tra donna e uomo

La Commissione federale per i problemi della donna ha avuto modo di esprimere il suo punto di vista sul disegno di ordinanza concernente l'Ufficio federale per la parità tra donna e uomini, che dovrebbe essere creato nel 1988. La Commissione ha potuto dare il suo assenso di principio, e ha constatato con piacere che nell'ordinanza sono ripresi elementi e formulazioni essenziali contenuti nel modello per uno stato maggiore, di cui aveva suggerito la creazione nel 1985. Va però ricordato che in questo suo modello, la Commissione auspicava un vero e proprio stato maggiore: gerarchicamente più importante e dotato di competenze più vaste. La Commissione approva esplicitamente la creazione di un simile ufficio federale, con il quale non mancherà di collaborare regolarmente.

4 Varia

41 Violenza carnale nel matrimonio

Su incarico della Commissione federale per i problemi della donna, l'Ufficio di ricerche sociali dell'Università di Zurigo ha condotto un'indagine sulla

punibilità dello stupro consumato nell'ambito dell'unione coniugale. I risultati sono stati presentati alla stampa. Una simile indagine rispondeva alla necessità di conoscere l'opinione della popolazione svizzera in merito, e di collezionare i corrispettivi dati.

42 Lessico storico della Svizzera

La Commissione ritiene importante che in occasione della prevista riedizione del Lessico storico della Svizzera (per ora non reperibile in italiano) vengano considerate le esigenze delle donne per quanto riguarda il contenuto, e che le donne siano rappresentate in modo adeguato nella redazione.

43 Contatti

Il mese di giugno si è avuto un incontro per lo scambio di informazioni tra la presidente e la Commissione femminile del Liechtenstein. Quest'ultima sollecita uno scambio d'opinioni periodico.

Pure in giugno, si è svolto un incontro tra consiglieri nazionali e degli stati e le presidenti delle organizzazioni femminili svizzere, al quale era rappresentata pure la Commissione. Tra gli argomenti discussi vi erano tra l'altro l'assicurazione-maternità, la X revisione dell'AVS e la mozione Stamm riguardante l'Ufficio federale per la parità tra donne e uomo. Un simile incontro avrà luogo d'ora innanzi a scadenza annuale.

44 Organizzazioni internazionali

Al Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM) del Consiglio d'Europa, istituito ad-hoc, è stato conferito nel 1987 il nuovo statuto di comitato permanente. Porta ora il nome di Comité européen pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CEEG).

La Commissione è stata rappresentata dalla sua segretaria al colloquio del Consiglio d'Europa sulla 'Violenza nella famiglia', tenutosi a Strasburgo alla fine di novembre.

Programma d'attività 1988

Assicurazioni sociali / LPP

Terminato il lavoro in vista della X revisione dell'AVS, la Commissione svilupperà delle proposte per la previdenza professionale (revisione LPP); indi si dedicherà allo studio di altre branche delle assicurazioni sociali.

Donne e nuove tecnologie

La Commissione analizzerà esaurientemente i risultati dell'indagine commissionata al Politecnico di Zurigo. Essa tenterà non solo di presentare in un rapporto le cognizioni acquisite, ma anche di dare un seguito a tale indagine, organizzando convegni e altre azioni in collaborazione con le cerchie interessate.

Donne in politica

Con le elezioni dell'autunno 1987, è aumentata la percentuale delle deputate; nondimeno, le donne sono ancor ben lontane dal disporre di un'adeguata rappresentazione nelle Camere federali. La Commissione intende perciò appurare per mezzo di un'indagine quali siano i fattori che contrastano l'elezione di un maggior numero di donne: perché le donne non privilegiano maggiormente le candidate; come facilitare l'entrata in politica delle donne; quali misure promozionali si sono rivelate favorevoli per le donne; come si giustifica la minore partecipazione femminile alle elezioni?

F-Problemi al femminile

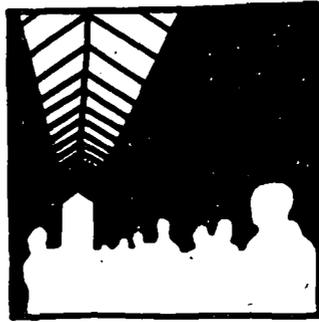
Anche per l'anno venturo sono previsti da 2 a 4 numeri del bollettino 'F-Problemi al femminile' dedicati alla disamina di questioni inerenti alla condizione della donna.

Varia

La Commissione coglierà le occasioni che le si presentano, per esprimere la sua opinione su questioni d'attualità concernenti la donna e l'eguaglianza. In quest'ordine d'idee, parteciperà tra l'altro pure alla consultazione relativa all'avamprogetto di legge federale sull'aiuto alle vittime di reati contro l'integrità della persona e la vita.

La Commissione segue inoltre con grande interesse l'istituzione del nuovo ufficio federale preposto all'egualianza tra donna e uomo, e si rallegra sin d'ora dei contatti regolari e della possibile collaborazione che verranno a stabilirsi.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)



Und das Frauenzeichen in der Mitte? Es ist leuchtend rot, eigentlich so rot, wie es in meinem Leben kaum gewesen ist, wenigstens nicht nach außen sichtbar. Ich habe lange gebraucht, bis ich gerne eine Frau war. Aber das Rot ist eine meiner Lieblingsfarben, auch wenn ich es erst spät in meinem Leben zu tragen wagte. An einem Fest während meiner Gymnasialzeit wurde ein Spiel inszeniert, von dem ich nur noch weiß, daß wir Mädchen eine Blume nennen sollten, die wir sein wollten. Ich wählte eine Tulpe, vermutlich, weil sie geschlossen nicht viel über sich aussagt. Hätte ich gewagt, das zu sagen, was ich wirklich in mir spürte, hätte ich vielleicht die von mir so geliebte dunkelrote Pfingstrose mit den vielen Blütenblättern genannt, die mein Vater in seinem Gartenbeet zog. Aber das hatte ich nicht gewagt. Sie war zu schön für mich, ich fürchtete den Spott der Kameraden, deren Normen von Schönheit und Attraktivität ich nicht entsprach.

Als alternde Frau habe ich das leuchtend rote Frauenzeichen mitten in mein Bild gesetzt. Es steht für viele positive Begegnungen mit Frauen, für Freundschaft mit Frauen, für die Erfahrung, daß ein unerhörtes Potential von nicht genützter Energie und Lebenskraft in Frauen verborgen ist. »Kommt das Heil von den Frauen?« fragte mich ein Mann spöttisch nach einem Referat. Nein, so nicht. Aber Kräfte der Heilung und des Lebens schon. Ob sie einmal auch die Wände der grauen Kirche aufbrechen, nein abbrechen können, weil sie keine mehr braucht? Das weiß ich nicht. Aber manchmal träume ich davon.

Chronik der laufenden Ereignisse
Juli bis November 1987

von Elisabeth Kästli

Erste Lehrmeisterinnen

(8./13.7.) Zwei Frauen haben in ihrem Beruf als erste weibliche Kandidatinnen die Meisterprüfung bestanden: Gabriela Steinegger in Winterthur als Automechanikerin und Nicole Chevalley in La Chaux-de-Fonds als Möbelschreinerin.

In den letzten Jahren haben neben den rund 2'200 Automechaniker-Lehrlingen jeweils auch etwa 10 Frauen die Automechaniker-Lehrabschlussprüfung abgelegt. Im Schreinerhandwerk sind die Frauen noch rarer. So hatte es Nicole Chevalley nicht leicht, während der Berufsschule in Lausanne einen Praktikumsplatz zu finden, weil offenbar viele Schreinermeister den Frauen diese körperlich strenge Arbeit nicht zutrauen. Als Meisterin kann sie nun selber Lehrlinge ausbilden.

Basler Beratungsstelle für Prostituierte

(12.8.) Nach Genf und Bern ist nun auch in Basel ein Prostituiertentreffpunkt mit einer Beratungsstelle eröffnet worden. Die Initiative dazu ging von Sozialarbeiterinnen aus, die an der Basler Schule für Sozialarbeit eine Diplomarbeit über das Thema Prostitution schrieben. Mit einer Umfrage unter den Prostituierten wurde das Bedürfnis nach einer Beratungsstelle abgeklärt. Die von einem Verein getragene und durch Geld aus Stiftungen und dem Lotteriefonds finanzierte Beratungsstelle "Horizont" wird bisher vor allem von selbständigerwerbenden Prostituierten in Anspruch genommen. Offenbar ist bei Frauen, die von Zuhältern abhängig sind, die Schwellenangst grösser.

Erster Internationaler Kongress über Inzest

(14.8.) In Zürich hat vom 10. bis 12. August die erste internationale Konferenz über Inzest rund 300 Frauen und Männer (wobei die Männer eine Minderheit waren) aus 16 Ländern zusammengeführt. Es wurden Informationen und Anregungen ausgetauscht über Vorbeugungsmassnahmen gegen Inzest sowie über Therapien, und es wurden erschütternde Erlebnisberichte von Inzestopfern eingebracht. Mit einem Zehnpunktemanifest gegen den Inzest und gegen das Schweigen darüber wurde die Konferenz abgeschlossen. Für die in der Schweiz entstehenden Selbsthilfegruppen bot die Konferenz die Möglichkeit, ein internationales Netz zu knüpfen, gibt es doch in andern Ländern - z.B. in Holland - schon viel weitergehende Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Wunsch-Rentenalter bei 62

(18.8.) Eine Umfrage des Zürcher Instituts für Markt- und Werbeforschung "Publitest AG" bei 399 Bürgerinnen und Bürgern zwischen 18 und 74 Jahren hat ergeben, dass das Wunsch-Alter für den erstmaligen Bezug der AHV-Rente bei rund 62 Jahren liegt im Mittel. Bei den Frauen liegt der Mittelwert bei 61,5 Jahren, bei den Männern bei 62,3 Jahren. Insgesamt haben aber über 60% der Befragten eine Senkung des AHV-Alters als "sehr" oder "ein bisschen" wünschenswert bezeichnet. Weiter sind 54,4% "sehr" und 17,5% "ein bisschen" dafür, dass das Rentenalter für Männer und Frauen gleich gesetzt werden soll. Dabei nimmt dieses Anliegen bei den Männern einen höheren Stellenwert ein. Für das Rentenalter 60 sprachen sich 26,3% aus.

Hervorzuheben ist weiter, dass sich bei dieser Untersuchung eine klare Mehrheit (72,7%) für eine zivilstandsunabhängige Rente äusserte. Dieser Wunsch ist bei den Frauen ausgeprägter als bei den Männern.

Nicht mehr automatisch Schweizerin durch Heirat

(27.8.) In seiner Botschaft zur zweiten Etappe der Bürgerrechtsrevision sieht der Bundesrat vor, dass die ausländische Ehefrau eines Schweizer nicht mehr automatisch Schweizerin wird. Frau und Mann sollen auch in Bürgerrechtsfragen gleichgestellt werden, und zwar erfolgt die Gleichstellung durch Ausweitung des Verfahrens, das bisher für ausländische Ehemänner von Schweizerinnen galt: Ausländische Ehepartner von Schweizerinnen bzw. Schweizern können erst nach fünfjähriger Wohnsitz- und dreijähriger Ehedauer beim Eidg. Justiz- und Polizeidepartement die erleichterte Einbürgerung beantragen. - Der bundesrätliche Entwurf muss als nächster Schritt vom eidg. Parlament beraten werden.

Sexualstrafrechts-Gegenentwurf von Juristinnen

(29.8.) Eine Arbeitsgruppe der Demokratischen Juristinnen Basel hat aus feministischer Sicht einen Gegenentwurf zu den Revisionsvorschlägen von Bundesrat und Ständerat für das Sexualstrafrecht ausgearbeitet. Der Gegenentwurf geht vom sexuellen Selbstbestimmungsrecht der Frau aus und erklärt jede Sexualhandlung, die gegen den Willen der beteiligten Frau geschieht, als strafbar, nicht nur die Vergewaltigung. Das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau müsse selbstverständlich auch innerhalb der Ehe geschützt werden, erklären die Autorinnen des Entwurfs. Sie hoffen, dass ihr Gegenentwurf eine Diskussion des Sexualstrafrechts aus der Sicht der Frau in Gang bringt.

Ein zweiter Teil zum Entwurf wird gegenwärtig von den Basler Juristinnen erarbeitet; er hat die Vermarktung der weiblichen Sexualität zum Inhalt.

Freizeitbeschäftigung von SchülerInnen

(9.9.) Ueber eine Stunde pro Tag sitzen rund 17% der 11- bis 16jährigen SchülerInnen hinter den Hausaufgaben; 5% sogar über zwei Stunden. Dies geht aus einer repräsentativen Untersuchung der Forschungsabteilung der Schweizerischen Fachstelle für Alkoholprobleme hervor. Einen beträchtlichen Teil ihrer Freizeit wenden die 11- bis 16jährigen zudem für Hausarbeiten oder zum Taschengeldverdienen auf, wobei Mädchen häufiger bei der Hausarbeit helfen und Knaben häufiger Taschengeld verdienen. Auch sitzen die Knaben mehr vor dem Fernseher und Mädchen hören mehr Radio oder Schallplatten. Weiter lesen Mädchen mehr Bücher, Knaben mehr Zeitung. Insgesamt sieht mehr als die Hälfte der Jugendlichen täglich Fernsehsendungen.

Mehrheit für Strafe bei Vergewaltigung in Ehe

(9.9.) 62% der SchweizerInnen ist - anders als die Mehrheit des Ständerates - dafür, dass Vergewaltigung auch innerhalb der Ehe strafbar erklärt werden soll. Von den 996 Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, die von der Sozialforschungsstelle der Universität Zürich befragt wurden, erklärten nur 20%, ein Ehemann sei wegen der Vergewaltigung seiner Frau nicht zu verurteilen; weitere 18% Befragte waren in dieser Frage unentschieden.

Präsidentin des Wissenschaftsrates

(17.9.) Der Schweizerische Wissenschaftsrat wird erstmals von einer Frau präsidiert: Der Bundesrat hat Verena Meyer, Professorin für Experimentalphysik an der Universität Zürich, gewählt. Sie gehört dem Wissenschaftsrat seit 1985 an. Als Präsidentin ersetzt sie den zurückgetretenen Bernhard Schnyder, Professor an der Universität Freiburg.

Ordensfrau als "Bischöflicher Kanzler"

(17.9.) Der Basler Bischof Otto Wüst hat die Ordensfrau Annelies Kurmann zum Bischöflichen Kanzler ernannt. Dieses Amt wird damit erstmals von einer Frau bekleidet.

Genfer Delegierte für Gleichberechtigung

(27.9.) Nach dem Kanton Jura erhält nun der Kanton Genf ein Büro für Frauenfragen. Die Juristin Marianne Frischknecht, welche bisher im kantonalen Personalamt tätig war, tritt ihr neues Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann am 1. November an. Das Büro für Frauenfragen ist ins kantonale Justiz- und Polizeidepartement eingegliedert.

Beraterin von Bundesrat Cotti

(7.10.) Die 39jährige Juristin Marieangela Wallimann-Bornatico ist vom Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern, Flavio Cotti, zur persönlichen Beraterin gewählt worden. Die Italienischbündnerin Wallimann-Bornatico war zuvor Kommissionssekretärin der Bundesversammlung. Zu Bundesrat Cottis persönlichem Beraterteam gehört ausserdem der Oberwalliser Eduard Brogle.

Frauenhausgesetz für Baselland

(9.10.) Der Kanton Baselland soll ein Frauenhausgesetz erhalten. Die Baselbieter Regierung hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem Beiträge an Frauenhäuser und andere Institutionen zur Betreuung vergewaltigter Frauen auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden sollen.

Initiative für Baselbieter Frauenstelle

(9.10.) Mit rund 1'900 Unterschriften ist der Kanzlei des Kantons Baselland eine Initiative zur Schaffung einer kantonalen Frauenstelle überreicht worden. Die Initiative wurde von einem Komitee von Frauen aus dem Umkreis des grünen Bündnisses lanciert. Mit dem Volksbegehren fordern sie die Schaffung einer verwaltungsinternen Frauenstelle, wie es sie in den Kantonen Jura und Genf gibt. Die von einer Frau geleitete Stelle soll die Durchsetzung des Gleichstellungsartikels der Verfassung vorantreiben.

Volk will zweite Bundesrätin

(12.10.) Rund zwei Drittel der Bevölkerung wünschen sich bei den Bundesratswahlen vom 9. Dezember die Wahl einer zweiten Frau in den Bundesrat: Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Link bei 731 Frauen und

Männern ergab, dass 65% der Befragten eine zweite Bundesrätin möchten. In der französischsprachigen Schweiz sprachen sich 70% für eine zweite Frau aus, in der Deutschschweiz 62%. Von den Frauen äusserten sich 66% für eine Bundesrätin, von den Männern 63%. - Die Bundesfraktionen der SP und der SVP haben als Nachfolger für die zurücktretenden Bundesräte Aubert (SP) und Schlumpf (SVP) jedoch männliche Kandidaten aufgestellt.

Winterthur unterstützt Frauenhaus

(17.10.) Die Stadt Winterthur hat dem Frauenhaus ab sofort eine definitive Defizitgarantie von 180'000 Franken zugesprochen. Damit wird der städtische Beitrag nach einer dreijährigen Versuchsphase gesichert. Mit diesem Beitrag und weiteren Spenden ist der Betrieb des Hauses für misshandelte Frauen gesichert. Im vergangenen Jahr gab es im Winterthurer Frauenhaus 1'481 Uebernachtungen von Frauen und 2'249 von Kindern.

Schaffhauser Notteléfono für Vergewaltigte

(13.10.) In Schaffhausen hat eine Gruppe von Frauen ein Notteléfono für vergewaltigte Frauen eingerichtet. Das Notteléfono ist während vier Stunden pro Woche besetzt. In der übrigen Zeit können Anruferinnen die wichtigsten Informationen für eine Anzeige bei Vergewaltigung ab Tonband erfahren. Die Notteléfono-Gruppe bietet Beratung an und stellt sich auf Wunsch von vergewaltigten Frauen auch zur Verfügung, um sie beim Gang zur Polizei, zur medizinischen Untersuchung und zur Gerichtsverhandlung zu begleiten.

Eidg. Wahlen: 13% Frauen

(18.10.) Bei den Eidg. Wahlen 1987 hat sich der Frauenanteil von rund 10% auf 13% erhöht. Im Nationalrat sind mit insgesamt 27 Sitzen 6 mehr als bisher von Frauen besetzt und im Ständerat hat sich die Zahl der Frauen von 3 auf 5 erhöht.

Die neu gewählten Ständerätinnen heissen: Esther Bürer (SP) (bisher), Yvette Jaggi (SP), Josi Meier (CVP) (bisher), Rosmarie Simmen (CVP) und Monika Weber (LdU).

Bei einem Frauenanteil von 30% unter den KandidatInnen ist der Frauenanteil unter den Gewählten mit 13% immer noch äusserst bescheiden geblieben.

Cornelia Füg Regierungsrätin

(18.10.) Bei der Ersatzwahl für den Solothurner Regierungsrat hat die frühere Nationalrätin Cornelia Füg den offiziellen FdP-Kandidaten Willy Pfund überrundet. Obwohl weder sie noch der für den SP-Sitz kandidierende Rolf Ritschard das absolute Mehr erreichte, ist ihre Wahl bestätigt worden, nachdem Pfund nicht mehr zu einem zweiten Wahlgang antreten wollte.

Mit der 46jährigen Gemeindepräsidentin und Bäuerin von Wisen zieht nun auch im Kanton Solothurn erstmals eine Frau in die Kantonsregierung ein. Je eine Regierungsrätin gibt es ausserdem in den Kantonen Bern, Freiburg, Luzern und Zürich.

Frauen fordern Platz in Kirche

(26.10.) Rund 750 Frauen haben an einem ökumenischen Frauen-Kirchen-Fest in Luzern einen Platz als gleichberechtigte Mitglieder der Kirche gefordert. Das Fest setzte sich unter anderem zum Ziel, die Frauen zu ermutigen, sich ihren Raum in der Kirche zu nehmen. "Wir Frauen sind Kirche!" sagte Marga Bührig, Präsidiumsmitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen, in ihrer Ansprache. Sie trat für eine ökumenische Kirche ein, eine Kirche ohne Ueber- und Unterordnung, ohne für immer festgelegte Hierarchien, ohne Ausschluss von Frauen, Laien und Minderheiten.

Recht aus der Sicht der Frau

(26.10.) Erstmals trafen sich rund 70 feministische Juristinnen aus der ganzen Schweiz zu einem Kongress mit dem Thema "Frauenrecht" in Basel. Die Tagung hatte zum Ziel, die Diskussion des bestehenden Rechtssystems unter dem Blickwinkel von Frauen in Gang zu setzen. Es ging nicht darum, nur einzelne Diskriminierungen zu untersuchen, sondern Ueberlegungen anzustellen, wie ein Recht aussehen soll,

das die Lebensrealität von Frauen zum Ausgangspunkt hat. Die dänische Lehrbeauftragte der Universität Kopenhagen im Fachbereich "Frauenrecht", Kirsten Ketscher, berichtete von ihren Erfahrungen.

Aargauer Gesetz regelt künstliche Befruchtung

(5.11.) In seinem neuen Gesundheitsgesetz, das in zweiter Lesung vom Grossen Rat gutgeheissen wurde, regelt der Kanton Aargau die künstliche Befruchtung. Die künstliche Insemination mit einem fremden Samen ist danach zugelassen, wenn die Befruchtung mit dem Samen des Ehemannes nicht möglich ist oder dadurch Erbkrankheiten vermieden werden können. Eine Befruchtung ausserhalb des Körpers (In-vitro-Fertilisation) darf nur mit dem Samen des Ehemannes und der Eizelle der Ehefrau durchgeführt werden. Experimente und Manipulationen an Embryonen sind untersagt.

Erste Fraktionspräsidentin

(7.11.) Die Aargauer Nationalrätin Ursula Mauch ist zur neuen Fraktionspräsidentin der SP-Fraktion der Bundesversammlung gewählt worden. Sie ersetzt Dario Robbiani, der am 18. Oktober als Nationalrat abgewählt wurde. Die 52jährige Ursula Mauch steht als erste Frau einer Fraktion der Bundesversammlung vor.

Aids-Hilfe-Präsidentin: Monique Bauer-Lagier

(16.11.) An einer äusserordentlichen Mitgliederversammlung in Bern ist die ehemalige Genfer Ständerätin Monique Bauer-Lagier zur Präsidentin der Aids-Hilfe-Schweiz gewählt worden. Das Amt war seit dem Tod des vormaligen Vereinspräsidenten André Ratti unbesetzt. Die Aids-Hilfe setzt sich für die Unterstützung der Aids-Kranken ein und für die Information über diese Immunschwächekrankheit.

Ausserrhoder Ständeratswahl angefochten

(25.11.) Im Kanton Appenzell-Ausserrrhoden verlangen 54 Frauen und die Kantonalpartei des Landesrings mit einer Beschwerde beim Bundesgericht die Annullierung der Ausserrhoder Ständeratswahl vom 18. Oktober. Als einzige Schweizerinnen konnten die Ausserrhoderinnen bei den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober nicht mitwählen, weil das kantonale Recht, welches die Ständeratswahlen regelt, den Frauen das Stimmrecht versagt. Da die beiden Ausserrhoder Nationalräte in stiller Wahl bestätigt wurden, konnten sich die Frauen auch dazu nicht äussern. Die Beschwerdeführerinnen argumentieren, es sei unerträglich, wenn der Bundesversammlung ein Mitglied angehöre, von dessen Wahl die Frauen ausgeschlossen wurden, dies widerspreche dem Gleichberechtigungsartikel in der Bundesverfassung. Die Beschwerde richte sich jedoch nicht gegen die Person von Ständerat Otto Schoch, dessen Bemühungen um das Frauenstimmrecht anerkannt würden.

Geringe Frauenkriminalität

(25.11.) Unter den Personen, die 1986 eine Haftstrafe antreten mussten, sind nur 5% Frauen. Wie die vom Bundesamt für Statistik veröffentlichte Analyse über die Straffälligkeit zeigt, ist die Frauenkriminalität zwar seit Mitte der sechziger Jahre leicht angestiegen; sie liegt aber immer noch weit unter jener der Männer. Im letzten Jahr waren 12% der verurteilten Personen weiblichen Geschlechts. Die Frauen verstossen nicht nur weniger gegen das Gesetz als die Männer, sie begehen mehrheitlich auch andere Straftaten. So haben sich fast die Hälfte der verurteilten Frauen Vermögensdelikte (Diebstahl, Betrug, Untreue) zu Schulden lassen kommen; dagegen begehen Frauen verhältnismässig wenig Strassenverkehrsdelikte (25% der verurteilten Frauen). Bei den Männern ist das Verhältnis umgekehrt.

St. Galler Samenbank geschlossen

(26.11.) Das St. Galler Kantonsparlament hat beschlossen, künstliche Befruchtungen mit Samen eines anonymen Spenders zu verbieten. St. Gallen ist der erste Kanton mit einem solchen Verbot. Damit wird die seit 17 Jahren in St. Gallen bestehende Samenbank geschlossen. Die in St. Gallen vorgenommenen künstlichen Befruchtungen führten zur Geburt von über 1'800 künstlich gezeugten Kindern.

Im weiteren verbot das Parlament auch die bisher in St. Gallen nicht praktizierte In-vitro-Fertilisation.

* * *

Publikationen

Zu beziehen (solange Vorrat) beim Sekretariat der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Thunstrasse 20, 3006 Bern:

'Positive Aktionen zugunsten der Frau', Europarat-Pilotstudie von Andrée Michel, Strassburg 1986. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1987. (Gratis)

'Frauen im lokalen und regionalen Leben - Gleichberechtigte Mitwirkung der Frau an politischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler und regionaler Eben', Bericht über die gemeinsam vom Europarat-Komitee für die Gleichstellung von Frau und Mann und von der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas organisierte Konferenz in Athen vom 10.-12.9.86. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1987. (Gratis)

'Vergewaltigung in der Ehe - Umfrage 1987' von A. Godenzi & A. Helming, Sozialforschungsstelle der Universität Zürich. (Unkostenbeitrag Fr. 4.-)

L'actualité au féminin
août - novembre 1987

par Martine Chaponnière

EGALITE

Ce sont surtout les élections fédérales qui ont occupé les esprits en cet automne 1987. Les résultats féminins ont été assez bons en Suisse alémanique, très moyens en Romandie et catastrophiques à Genève où, contre toute attente, pas une femme n'a passé la rampe dans aucune des deux Chambres. Les cantons de Neuchâtel et du Jura subissent le même sort. Résultats finaux: 27 femmes au Conseil national (+6) et 5 au Conseil des Etats (+2).

Nouvelle étape dans l'établissement des droits égaux entre hommes et femmes: le Conseil fédéral a proposé aux Chambres une révision de la loi sur la nationalité qui, plutôt que d'étendre aux femmes un privilège masculin, préfère retirer aux hommes ledit privilège, mettant ainsi les deux sexes sur un pied d'égalité. Selon le projet, le conjoint étranger d'une Suissesse ou d'un Suisse ne peut demander une naturalisation facilitée qu'après avoir résidé en Suisse pendant au moins cinq ans dont trois en étant marié. Rappelons que dans la législation actuelle, seul l'homme a le droit de transmettre directement sa citoyenneté suisse à son épouse étrangère.

Par ailleurs, le Conseil National a décidé à l'unanimité, le 22 septembre, que les époux des diplomates suisses à l'étranger pourront eux aussi voter par correspondance, mesure qui concerne en fait surtout les épouses des fonctionnaires, les femmes étant, c'est bien connu,

nettement plus nombreuses à suivre leur mari au bout du monde que l'inverse.

Le 6 décembre, le peuple genevois décidera s'il veut introduire un article 2A sur l'égalité entre hommes et femmes dans la Constitution genevoise. C'est le 1er novembre qu'est entrée en fonction la déléguée à l'égalité des droits entre hommes et femmes, une nouveauté pour le canton de Genève.

TRAVAIL

Deux secrétaires syndicales, Franziska Hauswirth (FTMH) et Liliane Hildbrand (USV) ont montré, dans le cadre d'un cours de l'Union syndicale valaisanne, que, selon les chiffres de l'Ofiamt pour 1986, l'inégalité de traitement entre hommes et femmes était plus forte en Valais que dans le reste de la Suisse. Si la différence est peu sensible pour les ouvrières, elle est en revanche considérable en ce qui concerne les employés de toutes les branches économiques confondues: les gains mensuels moyens des hommes et des femmes accusent, dans ce secteur, une différence de 2067 francs en Valais contre 1532 francs en Suisse.

Dans le Jura, les vendeuses gagnent en moyenne 1988 francs, mais certaines bénéficient d'une convention collective, et d'autres non, ce qui laisse la porte ouverte à toutes les inégalités.

À Fribourg, selon la statistique de 1986 des salaires, la rémunération du personnel de vente se situe bien en-dessous de la moyenne des autres branches d'activité. Ainsi les vendeuses ne touchent dans ce canton qu'un salaire mensuel moyen de 2200 francs, tandis que pour l'ensemble

des branches économiques, le salaire moyen s'élève à 2839 francs. A noter, en comparaison, qu'au niveau national, le salaire moyen d'une vendeuse est de 2515 francs. Au niveau national, toujours, le salaire des ouvrières (toutes catégories confondues) était, en 1986, de Fr. 13,44 l'heure contre Fr. 19,94 pour les hommes. Selon l'Union syndicale suisse (USS), qui fournit ces chiffres, les inégalités de salaires sont particulièrement marquées pour les ouvrières qualifiées.

Plädoyer, organe des Juristes démocrates de Suisse, a publié un dossier sur la représentation des femmes dans les professions juridiques, informations reprises par l'hebdomadaire romand Domaine Public: il n'y a qu'une seule femme parmi 30 juges au Tribunal fédéral, une seule femme au Tribunal fédéral des assurances à Lucerne. Dans les 21 cantons considérés, la situation n'est guère plus brillante: 250 juges titulaires et 134 juges suppléants sont des hommes, contre respectivement 16 et 20 femmes. Sur l'ensemble du pays, moins de 10% des avocats sont des femmes.

Le 25 août s'est réuni à Zurich le premier Symposium sur l'égalité organisé par le groupe "Des actes, moins de paroles" qui, rappelons-le, vise à promouvoir l'égalité entre hommes et femmes dans l'entreprise. Quelques personnalités romandes s'occupent aujourd'hui de donner corps à un tel mouvement en Romandie aussi.

Plus de 200 déléguées du Syndicat suisse des services publics (SSP/VPOD) se sont réunies à Genève les 20 et 21 novembre pour leur cinquième conférence fédérative. Elles ont adopté trois motions sur la promotion socio-professionnelle des femmes, le travail de nuit et le harcèlement sexuel.

Un Collectif Femmes de théâtre s'est créé à Genève, sur l'initiative de quelques artistes fémi-

nistes. Le Collectif a pour but de permettre aux femmes artistes d'exprimer leurs désirs et de "prendre leurs responsabilités par rapport à la représentation de la vie sur scène, sans que leur expérience soit qualifiée de marginale puisqu'elle représentent la moitié de l'humanité" (extrait des statuts de l'association). Désireux d'appliquer l'égalité entre hommes et femmes, le Collectif a prévu qu'un comité mixte élisait la direction artistique.

52,4% des emplois de l'administration cantonale genevoise sont occupés par des femmes, nombreuses surtout dans les milieux médical et enseignant.

L'Association suisse des opticiens innove sans doute en Suisse en lançant un cours gratuit de recyclage pour des femmes voulant rentrer dans la profession après une interruption de quelques années.

Dans le but de donner une bonne formation professionnelle aux paysannes, le Grand Conseil fribourgeois a voté en septembre un crédit d'étude pour la construction d'une école ménagère agricole à Grange-neuve. En moyenne, en Suisse, on attribue aujourd'hui à l'épouse de l'agriculteur 20% du travail de l'exploitation.

MARIAGE, FAMILLE, MATERNITE

Dès le 1er janvier 1989, la charge fiscale pesant sur les familles sous forme d'impôt fédéral direct sera allégée. En effet, le Conseil des Etats a confirmé le 7 octobre la décision prise par le Conseil national. La nouvelle loi introduit un double tarif pour mariés et célibataires. En outre, 20% du revenu du conjoint (au minimum 2000 et au maximum 5000 francs) seront déductibles. Enfin, la déduction par enfant passera de 2200 à 4000 francs. La Confédération y perdra 365 millions de francs.

Les sections cantonales du Parti radical (PRD) se démarquent du Parti suisse. Ce dernier soutient la révision de l'assurance-maladie (assurance maladie et maternité), alors que pas moins de neuf sections cantonales avaient déjà, à la mi-novembre, recommandé le non, à de fortes majorités, pour la votation du 6 décembre.

Quant aux femmes, leur position est claire: presque toutes les associations féminines et féministes ont appelé, le 27 octobre à Berne, à dire oui à la révision de l'assurance maladie.

Pour la première fois depuis 1973, la barre des 40.000 mariages a été franchie en 1986: 40.234 couples se sont mariés, contre 38.776 en 1985. Cette progression est certes due en premier lieu à l'augmentation du nombre de jeunes en âge de se marier, mais l'Office fédéral de la statistique (OFS) a aussi déterminé une augmentation du taux de nuptialité qui, entre 1980 et 1986, a passé de 66 à 68% pour les femmes célibataires, et de 64 à 66% pour les hommes célibataires. En revanche, la fécondité par femme a baissé sensiblement depuis 1980. Elle était pour cette année là de 155 enfants pour 100 femmes. En 1986, cette valeur a baissé à 153 (-1,3%). Notons enfin que les femmes se mariant plus tard, elles deviennent également mères plus tard. En 1980, le quart des mères étaient âgées de moins de 25 ans. En 1986, cette proportion est tombée à 21%.

En ce qui concerne les divorces, l'augmentation, on le sait, est spectaculaire: 42.000 hommes et 74.000 femmes divorcés en 1970, 102.000 et 148.000 respectivement en 1985. Des ruptures qui touchent surtout la tranche d'âge des 30-39 ans, et qui sont majoritairement demandées par les femmes. En 1985, sur les 11.415 divorces prononcés, 4245, soit 37%, l'ont été à la demande de l'époux, le reste, soit 7150 (63%) à la demande de l'épouse. La commission fédérale pour les Questions féminines a

d'ailleurs rédigé un rapport proposant, entre autres améliorations de la loi actuelle qui date de 1907, le divorce par consentement mutuel.

SANTE

Parmi les femmes de 24 pays, les Suissesses sont celles qui vivent le plus longtemps, dont le taux de mortalité est le plus bas et dont l'espérance de vie à 65 ans a le plus progressé depuis le début du siècle, pour atteindre aujourd'hui 80 ans. C'est une des conclusions qui ressort du rapport de l'OCDE sur la santé: financement et prestations, Paris, 1987.

La proportion des femmes contaminées par le Sida est en constante augmentation, ébranlant la conviction selon laquelle seuls les homosexuels et les toxicomanes sont concernés par la maladie. Pour faire face à cette situation, un groupe de travail "Femme et Sida" de l'Aide suisse contre le Sida a publié à la mi-septembre une brochure destinée aux femmes. En outre, deux journées sur le thème sont prévues au début de l'année 1988.

ETHIQUE

Le Conseil fédéral a été chargé, le 6 octobre, par le Conseil des Etats, de présenter un rapport et des propositions sur la manière de réglementer la fécondation artificielle chez l'être humain, transmettant, ce faisant, une initiative du canton de Saint-Gall. Rappelons qu'en outre, l'initiative populaire du Beobachter allant dans le même sens doit être traitée d'ici 1989. Par ailleurs, répondant à une motion déposée par les socialistes, le gouvernement zuricois, quant à lui, s'est opposé à une législation cantonale en matière de fécondation in vitro.

Un groupe de travail de juristes bâloises s'est penché sur la révi-

sion du Code pénal examinée actuellement par les Chambres fédérales. Les quatre femmes, membres des Femmes juristes progressistes, ont en effet présenté fin août à Berne un contre-projet pour la partie consacrée aux délits d'ordre sexuel, sous le titre "Les délits sexuels d'un point de vue féministe", où elles proposent le consentement de la femme comme un critère déterminant de la punissabilité de l'homme ayant fait usage de la violence. Ce projet est soutenu par l'OFRA ainsi que par des organisations d'accueil et de secours pour femmes en détresse. Par ailleurs, une enquête menée par l'Institut de Recherches sociales de l'Université de Zurich et publiée en septembre montre qu'une nette majorité des Suisses - 62% (70% en Suisse romande) - est favorable à une condamnation pénale du mari qui force son épouse à l'acte sexuel, usant de violence ou de menace grave.

A Berne, enfin, le gouvernement a refusé (12 oct.) d'accéder à la demande de deux députées que la victime de viol soit automatiquement traitée comme plaignante et pas comme témoin.

Une nouvelle initiative pour la solution des délais en matière d'avortement est en vue. L'Union suisse pour la décriminalisation de l'avortement a annoncé le 22 septembre qu'elle allait commencer au printemps 1988 la récolte des signatures. Le texte de l'initiative est déjà arrêté: il prévoit que l'avortement ne sera pas punissable au cours des 12 premières semaines de la grossesse, et que la décision reviendra à la femme seule.

Par ailleurs, un comité composé de femmes de Suisse alémanique a lancé début septembre à Zurich un manifeste en faveur du droit à l'avortement. Il espère réunir 20.000 signatures d'ici le printemps 1988. Le manifeste demande la décriminalisation de l'interruption de grossesse, dont les frais devraient être assumés par les caisses-maladie. Il s'oppose en re-

vanche aux manipulations génétiques et au diagnostic prénatal.

DIVERS

C'est la Genevoise Laurence Deonna qui a reçu le 16 septembre à Paris le prix Unesco 87 pour l'éducation à la paix. Grand reporter écrivain, la lauréate a entre autres publié "La guerre à deux voix", où la voie de la paix au Moyen-Orient passe par la voix des femmes.

De nombreuses réunions féministes ont ponctué les mois de septembre, octobre et novembre. Citons le camp de Vaumarcus des femmes protestantes ("Dire, demander, être", 25-27.9); les Femmes Juristes Progressistes de Bâle ("Des droits de la femme à un droit féminin", 23-24.10); la 55e Journée des femmes vaudoises ("Du producteur au consommateur", 31.10); les journées des historiennes à Bâle (23-25.10), et surtout la semaine consacrée à "Un siècle d'études de femmes à l'Université de Zurich" (24-29.11).

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-
nummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat
S behandelt vom Ständerat
n Erstbehandlung beim Nationalrat
s Erstbehandlung beim Ständerat
D Dringlich
SV Schriftliches Verfahren
* neue Geschäfte
x erledigt

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Herbstsession 1987

(19. Tagung der 42. Legislaturperiode)

vom Montag, 21. September bis Freitag, 9. Oktober 1987

Sitzungen des Nationalrates: 21., 22., 23. (II), 24., 28., 29., 30. September, 1., 5., 6., 7., 8. und 9. Oktober (14 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 21., 22., 23., 24., 29., 30. September, 1., 6., 7., 8. und 9. Oktober (11 Sitzungen)

Standesinitiativen

13/87.203 s St. Gallen. Künstliche Befruchtung beim Menschen, vom 20. März 1987

Der Grosse Rat des Kantons St. Gallen beauftragte am 16. Februar 1987 den Regierungsrat, der Bundesversammlung eine Standesinitiative mit dem Begehren einzureichen, die Bundesversammlung möge unverzüglich Vorschriften über die künstliche Befruchtung beim Menschen erlassen.

N Petitions- und Gewährleistungskommission

S Aubert, Bühler, Flückiger, Iten; Jelmini, Knüsel, Kuchler, Meier Josi, Piller, Schönenberger, Steiner (11)

1987 6. Oktober: Der Ständerat beschliesst, der Initiative Folge zu geben. Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht und Anträge vorzulegen.

13/87.203 é Saint-Gall. Fécondation artificielle chez l'être humain, du 20 mars 1987

Le Grand Conseil du canton de Saint-Gall a chargé le Conseil d'Etat, le 16 février 1987, de présenter aux Chambres fédérales une initiative cantonale demandant que l'Assemblée fédérale édicte sans tarder des prescriptions concernant la fécondation artificielle chez l'être humain.

N Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales

E Aubert, Bühler, Flückiger, Iten, Jelmini, Knüsel, Kuchler, Meier Josi, Piller, Schönenberger, Steiner (11)

1987 6 octobre: Le Conseil des Etats décide de donner suite à l'initiative: Le Conseil fédéral est invité à présenter un rapport et des propositions.

Parlamentarische Initiativen

× 25/85.239 n Bundespersonal im Ausland. Politische Rechte der Ehegatten (Gautier), vom 26. September 1985

Gemäss Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrates reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1975 über die politischen Rechte der Auslandsschweizer wird wie folgt geändert:

Art. 7^{bis} (neu)

Die Bediensteten des Bundes, die der Beamten- oder Angestelltenordnung unterstehen und im Ausland eingesetzt sind, sowie ihre Ehegatten können von dort aus brieflich stimmen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten regelt die Einzelheiten.

Art. 8 Abs. 3

Streichen

N Petitions- und Gewährleistungskommission

1986 20. Juni: Der Nationalrat beschliesst, der Initiative Folge zu geben.

Bericht der Petitions- und Gewährleistungskommission und Gesetzesentwurf vom 27. März 1987 (BBl II, 838).

Stellungnahme des Bundesrates vom 9. September 1987 (BBl III, 89).

1987 22. September. Beschluss des Nationalrates nach Antrag der Kommission.

1987 9. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1987 9. Oktober. Beschluss des Ständerates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen (siehe Geschäft Nr. 54/85.240).

Bundesblatt III, ; Ablauf der Referendumsfrist: Januar 1988

× 25/85.239 n Agents de la Confédération à l'étranger. Droits politiques des conjoints (Gautier), du 26 septembre 1985

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils et de l'article 27 du règlement du conseil, je dépose l'initiative parlementaire suivante:

La loi sur les droits politiques des Suisses de l'étranger, du 19 décembre 1975, est modifiée comme il suit:

Art. 7^{bis} (nouveau)

L'agent de la Confédération soumis au règlement des fonctionnaires ou à celui des employés, qui est en service à l'étranger, ainsi que son conjoint, peuvent voter par correspondance de l'étranger. Le Département fédéral des affaires étrangères règle les détails.

Art. 8, al. 3

Biffer

N *Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales*

1986 20 juin: Le Conseil national décide de donner suite à l'initiative.

Rapport de la commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales et projet de loi, du 27 mars 1987 (FF II, 853)

Avis du Conseil fédéral, du 9 septembre 1987 (FF III, 89)

1987 22 septembre: Décision du Conseil national: Le projet de la commission est adopté.

1987 9 octobre: Décision du Conseil national: La loi est adoptée en votation finale (voir initiative identique du Conseil des Etats, n° 54/85.240)

1987 9 octobre: Décision du Conseil des Etats: La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale III, 233; délai d'opposition: 18 janvier 1988

38/86.239 n **Schutz der schwangeren Frauen und Mütter** (Christinat), vom 10. Dezember 1986

Gestützt auf Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglementes des Nationalrates reiche ich folgende Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes ein:

Arbeitsgesetz (822.11)

Art. 35^a Abs. 2 (neu)

² Der Mutterschaftsurlaub dauert 16 Wochen, wovon mindestens 10 Wochen nach der Geburt bezogen werden müssen.

N *Kommission für soziale Sicherheit*

Zwischenbericht der Kommission für soziale Sicherheit vom 26. August 1987.

1987 9. Oktober: Beschluss des Nationalrates: Die Frist für die Einreichung des Berichtes wird bis zur Frühjahrssession 1988 verlängert.

38/86.239 n **Protection des femmes enceintes et des mères** (Christinat), du 10 décembre 1986

Conformément à l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les Conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative individuelle suivante sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces.

Loi fédérale sur le travail (822.11)

Art. 35, 2^e al. (nouveau)

² Le congé maternité est de 16 semaines dont 10 semaines au moins après l'accouchement.

N *Commission de la sécurité sociale*

Rapport intermédiaire de la commission de la sécurité sociale, du 26 août 1987

1987 9 octobre: Le Conseil national décide de prolonger jusqu'à la session de printemps 1988 le délai qui est imparti à la commission pour présenter son rapport.

47/87.222 n **Gleiche Krankenkassenprämien für Männer und Frauen** (Borel), vom 20. März 1987

Gestützt auf Artikel 93 der Bundesverfassung und Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes schlage ich vor, dass das Bundesgesetz über die Kranken- und Mutterschaftsversicherung wie folgt abgeändert wird:

Art. 6^{bis} Abs. 2

² Die Mitgliederbeiträge können nach Eintrittsalter und nach örtlich bedingten Kostenunterschieden abgestuft werden (Rest gleich).

N *Kommission für soziale Sicherheit*

47/87.222 n **Egalité des cotisations d'assurance-maladie entre hommes et femmes** (Borel), du 20 mars 1987

Me fondant sur l'article 93 de la constitution fédérale et sur l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose que la loi sur l'assurance-maladie et maternité soit modifiée de la manière suivante:

Art. 6^{bis}, 2^e alinéa:

² Les cotisations peuvent être échelonnées d'après l'âge d'entrée et les différences de frais dues aux conditions locales. (reste inchangé)

N *Commission de la sécurité sociale*

× 54/85.240 s **Bundespensional im Ausland. Politische Rechte der Ehegatten** (Bauer), vom 26. September 1985

Gemäss Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 23 des Geschäftsreglements des Ständerates reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1975 über die politischen Rechte der Auslandschweizer wird wie folgt geändert:

Art. 7^{bis} (neu)

Die Bediensteten des Bundes, die der Beamten- oder Angestelltenordnung unterstehen und im Ausland eingesetzt sind, sowie ihre Ehegatten können von dort aus brieflich stimmen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten regelt die Einzelheiten.

Art. 8 Abs. 3

Streichen.

S *Petitionskommission*

1986 18. Juni: Der Ständerat beschliesst, der Initiative Folge zu geben.

Bericht der Petitionskommission und Gesetzesentwurf vom 6. April 1987 (BBI II, 838)

Stellungnahme des Bundesrates vom 9. September 1987 (BBI III, 89)

1987 23. September: Beschluss des Ständerates nach Antrag der Kommission.

1987 9. Oktober: Beschluss des Ständerates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1987 9. Oktober: Beschluss des Nationalrates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen (siehe Geschäft Nr. 25/85.239).

Bundesblatt III, 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1988

× **54/85.240 é Agents de la Confédération à l'étranger. Droits politiques des conjoints** (Bauer), du 26 septembre 1985

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils et de l'article 23 du règlement du conseil, je dépose l'initiative parlementaire suivante:

La loi sur les droits politiques des Suisses de l'étranger, du 19 décembre 1975, est modifiée comme il suit:

Art. 7^{bis} (nouveau)

L'agent de la Confédération soumis au règlement des fonctionnaires ou à celui des employés, qui est en service à l'étranger, ainsi que son conjoint, peuvent voter par correspondance de l'étranger. Le Département fédéral des affaires étrangères règle les détails.

Art. 8, al. 3

Biffer

E Commission des pétitions

1986 18 juin: Le Conseil des Etats décide de donner suite à l'initiative.

Rapport de la commission des pétitions et projet de loi, du 6 avril 1987 (FF II, 853)

Avis du Conseil fédéral, du 9 septembre 1987 (FF III, 89)

1987 23 septembre. Décision du Conseil des Etats: Le projet de la commission est adopté.

1987 9 octobre. Décision du Conseil des Etats: La loi est adoptée en votation finale (voir initiative identique du Conseil national, n° 25/85.239)

1987 9 octobre. Décision du Conseil national: La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale III, 235; délai d'opposition: 18 janvier 1988

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

85/86.008 n «Gleiche Rechte für Mann und Frau». Rechtsetzungsprogramm

Bericht vom 26. Februar 1986 (BB I, 1144) über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau».

N Petitions- und Gewährleistungskommission

S Bührer, Bauer, Belser, Dreyer, Hänsenberger, Jagmetti, Meier Josi, Schaffter, Schmid, Schoch, Steiner (11)

1987 19. März. Beschluss des Nationalrates: Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

85/86.008 n «Egalité des droits entre hommes et femmes». Programme législatif

Rapport du Conseil fédéral du 26 février 1986, (FF I, 1132) sur le programme législatif «Egalité des droits entre hommes et femmes».

N Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales

E Bührer, Bauer, Belser, Dreyer, Hänsenberger, Jagmetti, Meier Josi, Schaffter, Schmid, Schoch, Steiner (11).

1987 19 mars: Le Conseil national prend acte du rapport.

Persönliche Vorstösse

Nationalrat

135/86.121 M Ständerat (Gadient) – Direkte Bundessteuer. Steuerrabatt für Verheiratete (5. März 1987)

Der Stand der Gesetzgebung über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sowie über die direkten Bundessteuern zeigt zwingend auf, dass Steuerentlastungen für den weitaus grössten Teil der Steuerpflichtigen frühestens im Frühjahr 1990 wirksam werden. Damit kann auch die Neuordnung der Ehegattenbesteuerung, die aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides in den Kantonen in die Wege geleitet ist, beim Bund noch längere Zeit nicht wirksam werden.

Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, den eidgenössischen Räten einen Beschlusentwurf zu unterbreiten, der einen Rabatt für Verheiratete auf der direkten Bundessteuer vorsieht. Die Ausgestaltung des Rabattes soll sich an den Rahmen halten, der im Bundesbeschluss betreffend Erhöhung der Steuereinnahmen 1976 vom 31. Januar 1975 von Volk und Ständen am 8. Juni 1975 beschlossen wurde. In Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a war in diesem Beschluss für die Verheirateten eine nach Steuerbetrag abgestufte Ermässigung festgelegt, die mit der Finanzordnung 1981 wieder aufgehoben wurde. Zusätzlich sollen Ehepaare mit Kindern einen erhöhten Rabatt erhalten.

Der beantragte Bundesbeschluss ist so vorzubereiten, dass er rückwirkend auf den 1. Januar 1987 in Kraft gesetzt werden kann. Er ist auf das Inkrafttreten der in Vorbereitung befindlichen, ordentlichen Gesetzgebung zu befristen.

N Reichling, Auer, Biel, Blunschy, Bundi, Butty, de Chastonay, Columberg, Coutau, Feigenwinter, Jaggi, Martignoni, Nauer, Nebiker, Pidoux, Reich, Rubi, Salvioni, Spoerry, Stucky, Uchtenhagen, Vannay, Weber Leo (23)

135/86.121 M Conseil des Etats (Gadient) – Impôt fédéral. Abattement pour les contribuables mariés (5 mars 1987)

L'avancement des travaux législatifs sur l'harmonisation des impôts directs perçus par les communes et les cantons, et sur l'impôt fédéral direct, est tel que les mesures d'allègements fiscaux dont devraient bénéficier la majeure partie des contribuables ne pourront pas prendre effet avant le printemps 1990. De ce fait, il faudra attendre encore longtemps avant que n'entre en vigueur au plan fédéral le nouveau régime relatif à l'imposition des contribuables mariés, qui sera introduit dans les cantons suite à un arrêt du Tribunal fédéral.

C'est pourquoi le Conseil fédéral est chargé de présenter aux Chambres un projet d'arrêté prévoyant un dégrèvement fiscal sur l'impôt fédéral direct pour les contribuables mariés. Les modalités de ce dégrèvement doivent s'inscrire dans le cadre de l'arrêté fédéral du 31 janvier 1975 relatif à l'augmentation des recettes fiscales dès 1976, approuvé par le peuple et par les cantons le 8 juin 1975. L'article 8, alinéa 3, lettre a de cet arrêté prévoyait une réduction échelonnée selon le montant de l'impôt, disposition abrogée par l'arrêté fédéral sur le régime financier de 1981. Ce projet doit prévoir également un dégrèvement plus élevé pour les couples mariés ayant des enfants.

L'arrêté fédéral devra entrer en vigueur en même temps que la législation ordinaire actuellement en cours de préparation, avec effet rétroactif au 1^{er} janvier 1987.

N Reichling, Auer, Biel, Blunschy, Bundi, Butty, de Chastonay, Columberg, Coutau, Feigenwinter, Jaggi, Martignoni, Nauer, Nebiker, Pidoux, Reich, Rubi, Salvioni, Spoerry, Stucky, Uchtenhagen, Vannay, Weber Leo (23)

138/86.939 M Christlichdemokratische Fraktion – AHV-Revision (9. Oktober 1986)

Der Bundesrat wird aufgefordert, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichberechtigung (Art. 4 Abs. 2 BV) und unter Wahrung des verfassungsrechtlich verankerten Familienschutzes (Art. 34^{quingies} BV) dem Parlament eine Botschaft über die Revision des Bundesgesetzes über die AHV vorzulegen, die folgenden Punkte umfasst:

- Einführung des flexiblen Rentenalters;
- Schrittweise Angleichung des Rentenalters für Mann und Frau;
- Einführung der Teilpension;
- Beitragsbefreiung der nichterwerbstätigen Ehegatten;
- Verhältnis der Minimal- und Maximalrente;
- Schrittweise Aufhebung der Zusatzrente für die Ehefrau;
- Stellung der geschiedenen Ehegatten;
- Witwerrente;
- Hilflosenentschädigung;

und dafür verschiedene Finanzierungsvarianten zu unterbreiten sowie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines derartigen Revisionsentwurfs darzulegen.

Sprecher: Darbellay

138/86.939 M Groupe démocrate-chrétien – Révision de l'AVS (9 octobre 1986)

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement un message concernant la révision de la loi fédérale sur l'AVS, en tenant compte du principe de l'égalité des droits entre homme et femme (art. 4, 2^e al., cst) et de celui de la protection de la famille inscrit dans la constitution (art. 34^{quingies}). Cette révision devra porter sur les points suivants:

- introduction de la retraite à la carte;
- harmonisation progressive de l'âge de la retraite pour les hommes et les femmes;
- introduction de la retraite partielle;
- libération de l'obligation de cotiser pour le conjoint n'exerçant pas d'activité lucrative;
- rapprochement entre la rente minimum et la rente maximum;
- suppression progressive de la rente complémentaire pour l'épouse;
- statut des époux divorcés;
- rente de veuve;
- allocation pour impotent.

Le Conseil fédéral proposera à cet effet différents modes de financement et exposera quelles seraient les conséquences pour l'économie d'un tel projet de révision.

Porte-parole: Darbellay

× 193/87.330 I Aubry – Krankenkassen der Bundesbetriebe. Zugehörigkeit geschiedener Frauen (10. März 1987)

In einem Artikel der Wochenzeitung «Berner Bär» vom 4. Februar 1987 stand folgendes: Eine verheiratete Frau bezahlte bis zu ihrer Scheidung ihre Beiträge an die Krankenkasse eines grossen Regiebetriebes (SBB). Infolge der Scheidung wurde sie aus der Krankenkasse ausgeschlossen und verlor ihre Ansprüche. Versichert sie sich bei einer andern Krankenkasse, so kommt sie nicht mehr in den Genuss der finanziellen Vorteile, die sie als Ehefrau hatte.

Ab 55 Jahren muss sie beim Eintritt in eine andere Krankenkasse sehr hohe Prämien bezahlen, die ihrer finanziellen Situation nicht entsprechen.

Ich stelle dem Bundesrat die Frage, ob es nicht möglich wäre, dass geschiedene Frauen von Bundesangestellten in der Krankenkasse eines Regiebetriebes bleiben können. Um dies zu ermöglichen, würde eine Abänderung des Krankenkassenreglements der Regiebetriebe genügen.

1987 9. Oktober: Die Interpellation ist erledigt durch die schriftliche Antwort des Bundesrates.

× 193/87.330 I Aubry – Caisses-maladie des régies fédérales.
Maintien de l'affiliation des femmes divorcées
(10 mars 1987)

Selon un article paru le 4 février 1987 dans l'hebdomadaire «Berner Bär», l'information suivante a été donnée: Une femme mariée jusqu'à son divorce payait ses cotisations dans une caisse d'assurance-maladie d'une grande régie (les CFF). Elle s'en retrouve exclue à la suite d'un divorce et fut privée de ses droits. En voulant s'assurer auprès d'une autre caisse-maladie, elle perd les avantages financiers dont elle jouissait en qualité d'épouse.

Si elle a atteint l'âge de 55 ans, son entrée dans une autre caisse l'obligera à payer des primes très élevées qui ne correspondent pas à sa situation financière.

Je demande au Conseil fédéral s'il ne serait pas possible de maintenir l'affiliation à la caisse-maladie des femmes divorcées dont l'époux travaille dans l'une des régies fédérales. Il suffirait de faire modifier le règlement des caisses-maladie des régies fédérales.

1987 9 octobre: L'interpellation est liquidée par la réponse écrite du Conseil fédéral.

212/86.592 I Borel – Unterschiedliches Rentenalter für Männer und Frauen (1. Oktober 1986)

Ein Entscheid des Bundesgerichts verlangt von den Kantonen, unverzüglich ihre Gesetzgebung im Bereich der beruflichen Vorsorge in den öffentlichen Diensten zu ändern, um die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in bezug auf das Rentenalter herzustellen. Wenn die Bundesgesetzgebung in der Folge nicht modifiziert wird, wird die Beseitigung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau im öffentlichen Dienst von Kantonen und Gemeinden zu einer neuen Ungleichbehandlung zwischen den Angestellten dieser Kategorie und allen andern Angestellten des öffentlichen und des privaten Sektors führen.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bircher, Christinat, Clivaz, Fankhauser, Fehr, Friedli, Gloor, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Mauch, Meyer-Bern, Morf, Nauer, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Renschler, Robbiani, Ruffy, Stamm, Walter, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon (26)

1987 20. März: Die Interpellation ist schriftlich begründet und vom Bundesrat beantwortet; die Diskussion wird verschoben.

212/86.592 I Borel – Différence de l'âge de la retraite pour les hommes et les femmes (1^{er} octobre 1986)

Une décision du Tribunal fédéral impose aux cantons de modifier sans retard leur législation en matière de prévoyance professionnelle des salariés du secteur public, de manière à établir l'égalité entre hommes et femmes au niveau de l'âge donnant le droit à la retraite. Si la législation fédérale n'est pas modifiée en conséquence, la suppression d'une inégalité entre hommes et femmes travaillant dans le secteur public cantonal et communal créera une nouvelle inégalité entre cette catégorie et tous les autres salariés du secteur privé et public.

Quelles sont les intentions du Conseil fédéral pour résoudre ce problème?

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bircher, Christinat, Clivaz, Fankhauser, Fehr, Friedli, Gloor, Lanz, Leuenberger-Soleure, Mauch, Meyer-Berne, Morf, Nauer, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Renschler, Robbiani, Ruffy, Stamm, Walter, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon (26)

1987 20 mars: L'interpellation est développée par écrit, le Conseil fédéral donne sa réponse; la discussion est renvoyée.

× 217/87.525 P Braunschweig – Gemeinsame Ausübung elterlicher Gewalt nicht verheirateter Eltern (19. Juni 1987)

Der Bundesrat wird eingeladen, im Anschluss an das Postulat Mascarin 83.346 (ZGB Art. 297), das am 24. Juni 1983 überwiesen worden ist, die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen, damit nichtverheiratete Eltern gemeinsam die elterliche Gewalt über ein Kind ausüben können, wenn dies dem Wohle des Kindes dient.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Borel, Bratschi, Bundi, Chopard, Christinat, Deneys, Eggenberg-Thun, Eggli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Gurtner, Herczog, Hubacher, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Meyer-Bern, Morf, Müller-Bachs, Nauer, Ott, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Seiler, Stamm, Walter, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon, Weder-Basel, Zehnder (50)

1987 9. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Das Postulat wird angenommen.

× 217/87.525 P Braunschweig – Parents non mariés. Exercice en commun du pouvoir parental (19 juin 1987)

Après s'être vu transmettre le postulat Mascarin 83.346 (CCS art. 297) le 24 juin 1983, le Conseil fédéral est prié d'étudier l'élaboration de dispositions légales permettant aux parents non mariés d'exercer l'autorité parentale en commun lorsque l'intérêt de l'enfant le commande.

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bäumlín, Borel, Bratschi, Bundi, Chopard, Christinat, Deneys, Eggenberg-Thoune, Eggli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Gurtner, Herczog, Hubacher, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Soleure, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Meyer-Berne, Morf, Müller-Bachs, Nauer, Ott, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann,

Renschler, Riesen-Fribourg, Robbiani, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Seiler, Stamm, Walter, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon, Weder-Bâle, Zehnder (50)

1987 9 octobre. Décision du Conseil national: Le postulat est adopté.

× 227/86.403 M Butty – Besteuerung der Ehepaare (20. März 1986)

Die Besteuerung muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung genügen, damit alle Steuerpflichtigen in vergleichbarer Weise belastet werden.

Ehepaare sollen folglich gleich besteuert werden wie im Konkubinats lebende Paare.

Diese Grundsätze der Gleichbehandlung, die im Interesse der Familie liegen, sollten auch auf die Kinder ausgedehnt werden, damit eine echte Familienpolitik geführt werden kann. Das Bundesgericht hat den Grundsatz der Gleichbehandlung für die Besteuerung der Ehepaare anerkannt und die Kantone gezwungen, sich danach zu richten.

Die Bundesgesetzgebung über die direkte Bundessteuer muss deshalb diesen Grundsätzen auch genügen, denn sie betrifft ja die gleichen Steuerpflichtigen.

Da die Steuerharmonisierung und die Revision der direkten Bundessteuer sicher noch mehrere Jahre auf sich warten lassen werden, ist eine Revision in diesem Punkt dringend notwendig. Angesichts der weitreichenden finanziellen Auswirkungen dieses Vorschlags auf die Bundesfinanzen, wird eine Übergangsregelung für zwei Jahre vorgeschlagen.

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament folgende Änderung des BdBSt vorzulegen:

– Art. 25 Abs. 1 Bst. a: aufgehoben.

– Art. 40 Abs. 1 zweiter Satz (neu):

Für die verheirateten Personen, deren Steuerfaktoren zusammengerechnet werden (Art. 13), sind für die Festlegung des Steuersatzes drei Fünftel des steuerbaren Einkommens massgebend. Artikel 157 bleibt vorbehalten.

– Art. 157 (neu):

Für die Veranlagungsperiode 1989/90 werden für die Berechnung des Steuersatzes vier Fünftel des steuerbaren Einkommens berücksichtigt.

1987 9. Oktober: Hr. Butty zieht seine Motion zurück.

× 227/86.403 M Butty – Imposition des couples
(20 mars 1986)

L'imposition fiscale doit répondre à des principes de justice et d'équité qui placent chaque contribuable dans une situation comparable.

Les couples mariés doivent dès lors être taxés comme les personnes qui vivent en concubinage.

Il est évident que ces principes d'équité sont dans l'intérêt de la famille et ils devraient même s'étendre aux enfants pour assurer une authentique politique familiale. Le Tribunal fédéral a reconnu ce principe d'égalité pour l'imposition des couples et a contraint les cantons à s'y conformer.

La législation fédérale de l'impôt fédéral direct doit donc également se soumettre à ces principes puisqu'elle s'applique aux mêmes contribuables.

L'harmonisation fiscale et la révision de l'impôt fédéral direct devant durer encore plusieurs années, il est urgent de procéder à une révision sur ce point. Etant donné l'ampleur des conséquences financières que cette proposition a sur les finances fédérales, je propose un régime transitoire de deux ans.

Le Conseil fédéral est chargé de présenter une révision de l'AIFD comme suit:

– Art. 25, 1^{er} al., let. a: abrogé.

– Art. 40, 1^{er} al., 2^e phrase (nouvelle):

Pour les personnes mariées dont les éléments imposables sont taxés ensemble (art. 13), les trois cinquièmes du revenu imposable sont déterminants pour la fixation du taux d'imposition. L'article 157 est réservé.

– Art. 157 (nouveau):

Pour la période de taxation 1989/90, la réduction du taux prévue à l'article 40, 1^{er} alinéa, 2^e phrase, est fixée aux quatre cinquièmes du revenu imposable.

1987 9 octobre: M. Butty retire sa motion.

× 228/87.437 P Camenzind – Berufliche Vorsorge. Gleichbehandlung von Mann und Frau (10. Juni 1987)

Der Bundesrat wird eingeladen, die Probleme der Gleichbehandlung von Mann und Frau bei der beruflichen Vorsorge zu untersuchen und dem Parlament Bericht und Antrag zu stellen, damit gegebenenfalls die bestehenden Probleme so rasch als möglich gelöst werden können.

Mitunterzeichner: Blunschy, Cantieni, Ogi, Rüttimann, Schmidhalter, Seiler, Stamm Judith, Wellauer (8)

1987 9. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Das Postulat wird angenommen.

× 228/87.437 P Camenzind – Prévoyance professionnelle. Egalité des droits entre l'homme et la femme (10 juin 1987)

Le Conseil fédéral est invité à étudier le problème de l'égalité des droits entre l'homme et la femme dans le domaine de la prévoyance professionnelle et à présenter au parlement à ce sujet un rapport et des propositions visant à réaliser au plus tôt cette égalité.

Cosignataires: Blunschy, Cantieni, Ogi, Rüttimann, Schmidhalter, Seiler, Stamm Judith, Wellauer (8)

1987 9 octobre. Décision du Conseil national: Le postulat est adopté.

241/86.158 P Christinat – Adoption und Mutterschaftsurlaub (15. Dezember 1986)

Der Bundesrat wird eingeladen, gesetzliche Bestimmungen vorzusehen, wonach ein Ehepaar, das im Hinblick auf eine Adoption ein Kleinkind aufnimmt, einen Mutterschaftsurlaub beanspruchen kann.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bircher, Blunschy, Borel, Braunschweig, Bundi, de Chastonay, Clivaz, Deneys, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gautier, Gloor, Grassi, Gurtner, Herczog, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Longet, Magnin, Mauch, Meizoz, Petitpierre, Rechsteiner, Revaclier, (Riesen-Freiburg), Robbiani, Ruffy, Schmidhalter, Stamm Judith, Stamm Walter, Thévoz, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika (38)

241/86.158 P Christinat – Adoption et congé-maternité (15 décembre 1986)

Le Conseil fédéral est prié d'envisager l'introduction dans la loi de dispositions permettant aux couples qui accueillent un enfant en bas âge en vue de l'adoption de pouvoir bénéficier d'un congé-maternité.

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bircher, Blunschy, Borel, Braunschweig, Bundi, de Chastonay, Clivaz, Deneys, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gautier, Gloor, Grassi, Gurtner, Herczog, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Soleure, Longet, Magnin, Mauch, Meizoz, Petitpierre, Rechsteiner, Revaclier, (Riesen-Fribourg), Robbiani, Ruffy, Schmidhalter, Stamm Judith, Stamm Walter, Thévoz, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika (38)

× 291/87.513 M Fetz – Schwangerschaftskomplikationen. Nationalfondsstudie (19. Juni 1987)

Pränatale Diagnostik auf Chromosomen- und Genaberrationen sollen in Zukunft vermehrt durchgeführt werden. Zahlreiche Studien weisen weltweit darauf hin, dass ein Zusammenhang besteht zwischen Umwelttoxinen und solchen Schwangerschaftsstörungen. Für die Schweiz gibt es keine systematische Untersuchung derartiger Zusammenhänge. Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, eine Nationalfondsstudie anzuregen, die Auskunft gibt über die Zusammenhänge der Belastung des menschlichen Organismus vor allem mit chemischen und radioaktiven Umwelttoxinen und chromosomalen oder genetischen Störungen bei Foeten.

Mitunterzeichner: Gurtner, Herczog (2)

1987 9. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird in nachstehender Form eines Postulates angenommen:

... Der Bundesrat wird ersucht zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, eine Nationalfondstudie ...

× 291/87.513 M Fetz – Troubles de la grossesse. Etude du Fonds national (19 juin 1987)

Il faudra, à l'avenir, multiplier les diagnostics prénatals des aberrations chromosomiques et génétiques. De nombreuses études faites dans le monde indiquant qu'il existe un rapport entre les substances nuisibles à l'environnement et de tels troubles de la grossesse. Or, on ne procède à aucune recherche systématique en Suisse dans ce domaine. C'est pourquoi le Conseil fédéral est chargé d'inciter le Fonds national à publier une étude visant à renseigner sur la relation entre l'atteinte à l'organisme humain, surtout par des substances chimiques et radioactives, et les aberrations chromosomiques ou génétiques constatées chez les fœtus.

Cosignataires: Gurtner, Herczog (2)

1987 9 octobre. Décision du Conseil national: La motion est adoptée sous la forme d'un postulat ainsi conçu:

... C'est pourquoi le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne serait pas indiqué d'inciter le Fonds national ...

× 292/87.516 P Fetz – AHV. Beitragslücken (19. Juni 1987)

Im Rahmen der 10. AHV-Revision sollen folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Beitragszahlungen der Ehefrau sollen vollumfänglich zur Kompensation von Beitragslücken des Ehemannes angerechnet werden (solange das System der Ehepaarsrente gilt).
2. Jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer soll in regelmäßigen Abständen eine verständliche Übersicht über das persönliche Konto ausgehändigt werden; Beitragslücken (z. B. durch Nachlässigkeit des Arbeitgebers) müssen deutlich ersichtlich sein.
3. Nachzahlungen für beitragsfreie Jahre sollen unter bestimmten Bedingungen möglich sein.

Mitunterzeichner: Gurtner, Herczog (2)

1987 9. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Das Postulat wird angenommen.

× 292/87.516 P Fetz – AVS. **Lacunes de cotisations** (19 juin 1987)

Il y a lieu de satisfaire aux exigences suivantes lors de la 10^e révision de l'AVS:

1. Les cotisations versées par la femme doivent servir à compenser intégralement les lacunes de cotisations du mari (aussi longtemps que subsistera le système de la rente pour couple).
2. Il faut, à intervalles réguliers, remettre à chaque travailleuse et à chaque travailleur un document précisant de façon compréhensible l'état de son compte personnel; les lacunes de cotisations (p. ex. par suite de la négligence de l'employeur) doivent être signalées clairement.
3. Il doit être possible, dans certaines conditions, de verser après coup des cotisations qui n'auraient pas été perçues durant des années précédentes.

Cosignataires: Gurtner, Herczog (2)

1987 9 octobre. Décision du Conseil national: Le postulat est adopté.

294/87.561 M Fetz – **Freisetzung von gentechnologisch manipulierten Lebewesen** (24. September 1987)

Der Bundesrat wird aufgefordert:

- die Freisetzung von gentechnisch manipulierten Lebewesen in der Schweiz zu verhindern. Das Risiko einer genetischen Verseuchung ist zu gross, die Auswirkungen auf das Ökosystem nicht vorhersehbar. Den Fragen der Sicherheit ist bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt worden.
- möglichst rasch Kontrollen und gesetzliche Regelungen in die Wege zu leiten, um eine Umweltgefährdung durch gentechnisch manipulierte Lebewesen auszuschliessen.

Mitunterzeichner: Gurtner, Herczog (2)

294/87.561 M Fetz – **Libre circulation des produits de manipulations génétiques** (24 septembre 1987)

Le Conseil fédéral est chargé:

- d'interdire la libre circulation en Suisse d'organismes vivants dont les gènes ont été artificiellement modifiés;
- de prévoir au plus vite des normes légales et des contrôles visant à exclure tout danger de contamination de l'environnement par de tels organismes.

En effet, le risque d'une telle contamination est grand et les répercussions sur le milieu vivant sont imprévisibles. On n'a pas jusqu'ici accordé une attention suffisante à la prévention de ce danger.

Cosignataires: Gurtner, Herczog (2)

335/87.436 M Gurtner – **Asylpolitik. Diskriminierung der Frauen** (10. Juni 1987)

Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Massnahmen zu veranlassen, um die geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen im Schweizer Asylrecht und in der Asylpraxis aufzuheben:

1. Der Flüchtlingsbegriff (Art. 3 Asylgesetz) ist mit «die Verfolgung aufgrund des Geschlechts» zu erweitern und so ausulegen, dass Frauen aufgrund von geschlechtsspezifischen Diskriminierungen oder Verfolgungen Asyl geltend machen können.
2. Während des Asylverfahrens sollen Frauen-Flüchtlinge ausschliesslich von speziell ausgebildeten Frauen befragt und gedolmetscht werden. Nur so sind Aussagen über erlittene geschlechtsspezifische Verfolgungen wie z. B. Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen überhaupt möglich.
3. Es sind spezifisch auf die Lebenssituation und das Bildungsniveau der Flüchtlings-Frauen angepasste Kurse durchzuführen, (Sprache, [arbeits-]rechtliche Fragen, Berufsbildung, Kinderhütendienst während den Kursbesuchen).
4. Es sind Studien in Auftrag zu geben über die Situation der Frauen in ihren Herkunftsländern. Dabei sind insbesondere die geschlechtsspezifischen Unterdrückungsmechanismen in den Asylherkunftsländern (religiös, kulturell motivierte

Diskriminierungsformen) und die gegen Frauen angewandten Folter- und sonstigen Verfolgungsmassnahmen zu untersuchen. Bei allgemeinen Studien soll zusätzlich die Situation von Frauen abgeklärt werden.

Mitunterzeichner: Blunschy, Braunschweig, Carobbio, Deneys, Fankhauser, Fetz, Friedli, Günter, Herczog, Maeder-Appenzell, Magnin, Pitteloud, Rechsteiner, Stamm Judith, Weder-Basel (15)

335/87.436 M Gurtner – **Politique d'asile. Discrimination des réfugiées** (10 juin 1987)

Le Conseil fédéral est chargé de faire en sorte que les mesures suivantes soient prises, afin d'éliminer toute discrimination des femmes dans la législation suisse sur l'asile et dans la jurisprudence y relative:

1. La définition du terme «réfugié» (art. 3 de la loi sur l'asile) doit être complétée de façon à inclure la persécution en raison du sexe parmi les critères déterminants; la disposition doit être interprétée de façon à permettre aux femmes de demander que l'asile leur soit accordé parce qu'elles sont l'objet de discrimination ou de persécution pour ce motif.
2. Durant la procédure d'asile, les femmes réfugiées doivent être interrogées uniquement par des femmes ayant reçu une formation spéciale et assistées par des interprètes de leur sexe. C'est le seul moyen de leur permettre de faire état de préjudices qui leur auraient été infligés en tant que femmes (viols, désagréments, etc.).
3. Il faudra organiser des cours spéciaux adaptés à la situation particulière des femmes et à leur éducation (langues, droit notamment législation sur le travail, formation professionnelle, garde des enfants pendant les cours).
4. On devra procéder à des études sur la situation féminine dans les pays d'origine des réfugiées. Il s'agira tout particulièrement en l'occurrence d'étudier les mécanismes par lesquels les femmes sont soumises à l'oppression dans ces pays (discrimination due à des facteurs religieux, cultures, etc.) et les mesures de persécution dont elles font l'objet, notamment les formes de torture qu'elles subissent. Dans les enquêtes d'ordre général, la situation des femmes doit être étudiée plus particulièrement.

Cosignataires: Blunschy, Braunschweig, Carobbio, Deneys, Fankhauser, Fetz, Friedli, Günter, Herczog, Maeder-Appenzell, Magnin, Pitteloud, Rechsteiner, Stamm Judith, Weder-Bâle (15)

336/87.502 M Gurtner – **DEH. Frauenstelle für Entwicklungszusammenarbeit** (18. Juni 1987)

Der Bundesrat wird aufgefordert, innerhalb der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) eine Frauenstelle für die Entwicklungszusammenarbeit mit folgenden Aufgaben einzurichten:

- Bei Entwicklungshilfe-Projekten der DEH den direkten Einbezug der betroffenen Frauen und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse zu garantieren;
- Den Einbezug von Frauen als Verhandlungspartnerinnen bei Entwicklungshilfe-Projekten zu fördern;
- Durch frauenspezifische, soziologische und ökonomische Forschungsprojekte über Frauen in der Dritten Welt die nötigen Informationen zu erarbeiten, um die Situation der Frauen konkret zu verbessern.

Mitunterzeichner: Braunschweig, Carobbio, Fankhauser, Fetz, Grendelmeier, Herczog, Maeder-Appenzell, Magnin, Mauch, Pitteloud, Rechsteiner, Stamm Judith, Vannay (13)

336/87.502 M Gurtner – **DDA. Service des questions féminines** (18 juin 1987)

Le Conseil fédéral est chargé de créer, au sein de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire (DDA), un service des questions féminines chargé des tâches suivantes:

- garantir, lors de la mise en œuvre par la DDA de projets d'aide au développement, la participation directe des femmes concernées et la prise en compte de leurs intérêts;

- encourager la participation des femmes, en qualité de partenaires aux négociations, lors de la mise en œuvre de projets d'aide au développement;
- élaborer des projets de recherche économique et sociologiques ayant trait aux questions particulières aux femmes du tiers monde afin de réunir les informations nécessaires pour améliorer concrètement leur situation.

Cosignataires: Braunschweig, Carobbio, Fankhauser, Fetz, Grendelmeier, Herczog, Maeder-Appenzell, Magnin, Mauch, Pitteloud, Rechsteiner, Stamm Judith, Vannay (13)

500/86.407 M Ruf-Bern – Heiratsvermittlung und Scheinehen mit Ausländern (20. März 1986)

Der Bundesrat wird ersucht, die erforderlichen Massnahmen zu treffen bzw. die nötigen Gesetzesänderungen vorzubereiten, damit:

- öffentliche Heiratsvermittlungen (Heiratsanzeigen usw.) zu Gunsten ausländischer Frauen (Männer), für welche keine Niederlassungsbewilligung vorliegt, gesetzlich unter Strafandrohung (mindestens Gefängnis) verboten werden;
- Artikel 120 Absatz 4 ZGB betreffend der Nichtigkeit von Scheinehen vermehrt Nachachtung verschafft wird.

Mitunterzeichner: Steffen (1)

500/86.407 M Ruf-Berne – Mariages fictifs d'étrangers (20 mars 1986)

Le Conseil fédéral est chargé de prendre les mesures nécessaires ou de présenter des projets de modification de loi dans le but

- d'interdire les annonces matrimoniales ou tout autre moyen de proposer publiquement le mariage à des femmes ou hommes étrangers qui n'ont pas d'autorisation de séjour en Suisse; en cas d'infraction, la loi doit prévoir des peines (d'emprisonnement au moins);
- de faire mieux respecter l'article 120, 4^e alinéa, CC concernant la nullité des mariages fictifs.

Cosignataire: Steffen (1)

597/87.914 M Zwygart – Gentechnik. Meldepflicht (9. Oktober 1987)

Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Grundlagen zu schaffen für Massnahmen im Zusammenhang mit Gen-Manipulationen. Es ist mindestens eine Meldepflicht vorzusehen.

Mitunterzeichner: Biel, Dünki, Grendelmeier, Günter, Jaeger, Maeder-Appenzell, Müller-Aargau, Müller-Bachs, Weder-Basel, Widmer (10)

597/87.914 M Zwygart – Manipulations génétiques. Déclaration obligatoire (9 octobre 1987)

Le Conseil fédéral est chargé de créer les bases légales permettant de prendre des mesures relatives aux manipulations génétiques. Les dispositions prévoiront pour le moins la déclaration obligatoire.

Cosignataires: Biel, Dünki, Grendelmeier, Günter, Jaeger, Maeder-Appenzell, Müller-Argovie, Müller-Bachs, Weder-Bäle, Widmer (10)

Ständerat

× **628/87.416 P Reymond – Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Anpassung an das neue Eherecht (1. Juni 1987)**

Das neue Eherecht bringt ziemlich tiefgreifende Änderungen, was die Betreibung der Ehefrau und des verheirateten Schuldners sowie allgemein die Betreibung zwischen Ehegatten anbetrifft.

Dies gilt namentlich für die Abschaffung des Betreibungsverbots unter Ehegatten und hinsichtlich der Lücke des neuen Rechts im Bereich der Betreibung für Miet- und Pachtzinse.

Um Unklarheiten oder sogar Unsicherheit auf Seiten der Schuldner und Gläubiger sowie der Betreibungs- und Konkursämter zu verhüten, ersuche ich den Bundesrat, möglichst rasch zu prüfen, ob das SchKG geändert werden muss, und wenn nötig entsprechende Änderungsvorschläge zu unterbreiten:

- Änderung des Artikels 43 SchKG gemäss Vorschlag der Expertenkommission für die Revision des SchKG, d. h.: die Konkursbetreibung für periodische familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge sowie für Sicherheitseleistungen abzuschaffen oder sogar die Betreibung auf Konkurs zwischen Ehegatten überhaupt auszuschliessen;
- Die Bestimmungen über die Betreibung für Miet- und Pachtzinse dahingehend zu ergänzen, dass der Zahlungsbefehl mit der Ausweisungsandrohung nach Artikel 265 OR (Art. 282 SchKG) auch dem Ehegatten des Mieters oder Pächters zugestellt werden muss und dem Ehegatten die Möglichkeit eingeräumt wird, Rechtsvorschlag zu erheben, allerdings mit der Verpflichtung, diesen zu begründen, wenn er behauptet, die Wohnung diene nicht als Familienwohnung (diese Begründung hätte wenigstens den Vorteil, dass dem Gläubiger die Lage klargemacht wird).

1987 1. Oktober. Beschluss des Ständerates: Das Postulat wird abgeschrieben.

× **628/87.416 P Reymond – Modification de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite. Introduction du nouveau régime matrimonial (1^{er} juin 1987)**

Le nouveau droit matrimonial va modifier assez profondément les règles de la poursuite contre la femme mariée et contre un débiteur marié, ainsi que les règles de la poursuite entre époux en général.

Ainsi en sera-t-il, notamment, de la suppression de l'interdiction des poursuites entre époux, de même que de la lacune du nouveau droit en matière de poursuite pour loyers et fermages.

Afin d'éviter des situations ambiguës, voire une certaine insécurité des débiteurs, des créanciers et des offices de poursuites et faillites, je prie le Conseil fédéral d'examiner au plus vite, et, au besoin, de faire des propositions de modification de la L. P. comme suit:

- modifier l'article 43 L. P. dans le sens proposé par la Commission d'experts chargée de réexaminer globalement la L. P., c'est-à-dire exclure la poursuite par voie de faillite pour les créances périodiques d'entretiens et d'aliments découlant du droit de la famille et pour les créances en constitution de sûretés, voire étendre cette exclusion à toutes les poursuites entre époux;
- compléter les dispositions en matière de poursuite pour loyers et fermages, d'une part par l'obligation de notifier au conjoint du preneur le commandement de payer comportant l'avis comminatoire de l'article 265 CO (art. 282 L. P.) d'autre part en donnant la possibilité au conjoint de faire opposition, tout en l'obligeant à motiver cette dernière, s'il prétend que le logement n'est pas un logement de famille (cette motivation aurait au moins l'avantage de mettre le créancier au clair sur la situation).

1987 1^{er} octobre. Décision du Conseil des Etats: Le postulat est classé.

Adressen der Autoren und Autorinnen

Claudia Kaufmann
Dr.iur.
Rathausgasse 7, 3011 Bern

Heide M. Pfarr
Prof.Dr.iur., Professorin an der Universität Hamburg
Fachbereich Rechtswissenschaft II
Edmund-Siemers-Allee 1, Pav. Ost, D-2000 Hamburg 13

Eva Rühmkorf
Staatsrätin, Leiterin der Leitstelle Gleichstellung
der Frau
Poststrasse 11, D-2000 Hamburg 36

Mariette Bottinelli
Sektionschef, Stabsstelle für Frauenfragen
Eidg. Personalamt
Bundesgasse 32, 3003 Bern

Mascha Madörin
lic.oec.
Missionsstrasse 23, 4055 Basel

Elisabeth Kästli
Journalistin BR
Quart-Dessus 1, 2606 Corgémont

Martine Chaponnière
lic.ès.sc.pol.
15, rue de l'Hôtel-de-Ville, 1204 Genève